



# Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 15.

Berlin, den 14. Juli 1918.

13. Jahrgang.

## Das alte Spiel, der alte Jammer.

Berlin, den 9. Juli 1918.

### Der Volkstribun mit den höfischen Verpflichtungen.

Die Menschen sind kurz von Gedächtnis; in dieser aufgewühlten Zeit mehr denn je. So ist denn auch die Jahresfeier eines für das politische Leben Deutschlands wichtigen Tages im Strome der aufgeregten und aufregenden Ereignisse untergegangen. Des Tages nämlich, an dem vor Jahresfrist die große deutsche unblutige Revolution die Gehrockschöbe der Reichsboten wackeln ließ. Der 6. Juli 1917 war bekanntlich der weltgeschichtliche Augenblick, an dem die Morgenröte der Demokratisierung Deutschlands über der politischen Leiche Bethmann Hollwegs anbrach, an dem die Osterlocken der glorreichen Blockpolitik läuteten und von dem der Stampfer-„Vorwärts“ erklärte, daß mit ihm „ein gründlich verändertes Bild der Weltlage“ geschaffen sei.

Diese große Volkserhebung unter Ausschluß des Volkes sollte angeblich der Herbeiführung des Friedens dienen. In Wirklichkeit war sie eine parlamentarische Komödie, die den breiten Massen den Eintritt in das vierte Kriegsjahr weniger fürchtbar erscheinen ließ. Und jetzt im Juli 1918 versucht Herr Scheidemann das alte Spiel. Der Theaterdonner seiner letzten Reichstagsrede leitet den Uebergang ins fünfte Kriegsjahr ein. Auch von diesem wichtigen Wendepunkte soll dem deutschen Volke vorgegaukelt werden, daß der Sozialismus Scheidemannscher Couleur als getreuer Eckardt auf dem Posten sei.

Ziehen wir einmal kurz die politische Bilanz des verflossenen Jahres für die deutsche Arbeiterklasse:

Auf der Soll-Seite stand: Baldiger Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigung, Hinarbeiten auf einen Völkerbund usw.

Auf der Haben-Seite steht: Verbittertes Ringen im Westen und Süden von unabsehbarer Dauer. Im Osten Gewaltfriedensschlüsse, ein politisches Chaos, Erschwerung des wirtschaftlichen Aufbaues der russischen Länder.

Auf der Soll-Seite stand: Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands, freies und gleiches Wahlrecht in Preußen.

Auf der Haben-Seite steht: Triumph der wirklich herrschenden Gewalten, immer stärkeres Unterstreichen der Statistenrolle der Zivilregierung. Zwei „parlamentarische“ Minister, (Dr. Friedberg, v. Payer), ein Reichszentraler, der die Unklarheit zum Regierungsprinzip erhoben hat. — Ein Pluralwahlrecht für Preußen. — Verschärfung des Belagerungszustandes und der Zensur.

Und zu alledem stieg und steigt das Blutmeer, türmen sich die sozialen und hygienischen Nöte, wachsen die moralischen Verwüstungen des Krieges.

Die Blockpolitik der Mehrheitsparteien des Reichstages hat den Arbeitern Seifenblasen und Steine statt Brot beschert. Sie mögen am eigenen Leibe nachprüfen, was ihnen und ihrer Klasse der „Einfluß“ und die „Erfolge“ des Regierungssozialismus eingetragen hat.

Vor wenigen Tagen hat Herr Eugen Ernst auf dem Berliner Bezirkstage stolz verkündet, daß die Sozialdemokratie die „alte proletarische Kampfpartei“ sei. Kurz vorher war aber bekannt geworden, daß diese „Kampfpartei“ sich verpflichtet habe, auf alle Opposition zu verzichten, wenn die bürgerlichen Parteien für die Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung eintreten. Und Duzende von anderen Beispielen ließen sich anführen, daß die „Kampfpartei“ freiwillig die Rolle

eines Beschwichtigungs- und Beruhigungs-Hofrates der Arbeiterklasse übernommen hat.

Den Massen gegenüber muß man sich aber von Zeit zu Zeit in der Toga des Volkstribunen präsentieren. Das versteht Herr Scheidemann am besten. Und so hat er denn sein vieldeutiges Wort vom „Schluß in Ehren“ in die Welt geschmettert und mit Ablehnung des Stats, beileibe aber nicht der Kriegskredite, gedroht. Als ob sich noch irgend jemand vor Drohungen von dieser Seite ins Bodshorn jagen ließe. Am allerwenigsten aber kann Herr Scheidemann die Verantwortung seiner Partei für all das, was zwischen dem Juli 1917 und Juli 1918 geschehen ist, aus der Welt schaffen.

Eine „Offensive der Wahrheit“ hat Herr Stampfer, geistreich wie immer, Scheidemanns neue Tribunenrolle genannt. Mit solcher Art Offensive und solcher Wahrheit mag sich der höfisch gewordene Regierungssozialismus abfinden, der internationale Sozialismus braucht andere Offensiven und andere Wahrheiten.

\* \* \*

### Ein neuer Mann.

Wie bei der Geburt des impotenten Demokratisierungsblokes ein hoher Reichsbeamter — Bethmann Hollweg — auf der Strede blieb, so ging auch in den Julitagen dieses Jahres ein heihumstrittener Zivilmandarin über Bord. Herr von Kühlmann ist nicht mehr, er ist in den Hades der politisch toten Männer abgewandert. Und es ist wieder das Pech des „einflussreichen“ Regierungssozialismus, daß gerade der Staatssekretär, den zu stützen und dem goldene Brücken zu bauen er sich im Schweige seines Angesichtes bemüht hat, den Hals brechen muß, just als Herr Scheidemann ihm mit seiner „Offensive der Wahrheit“ beispringen wollte. Jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, stehen die Oberbunzen der Mehrheitsparteien in interfraktionellen Besprechungen die Köpfe zusammen, aber man kann schon jetzt 10 gegen 1 wetten, daß der Regierungssozialismus nicht den einzig richtigen Weg aus dem Sumpfe der parlamentarischen Abhängigkeiten und politischen Intriguen finden wird: Bruch mit den bisherigen Blockbrüdern vom Zentrum und vom Fortschritt, die sich in ihrer Mehrzahl über ihre Friedensresolution vom 19. Juli 1917 lustig machen, schärfste Frontstellung gegen die regierenden Gewalten vor und hinter den Kulissen, Mobilisierung der proletarischen Macht gegen die Machtpositionen der Gewaltpolitiker aller Schattierungen.

Ein solcher Schritt wäre gleichbedeutend mit der Bankrotterklärung der eigenen Politik in den bisherigen vier Kriegsjahren, schloße die Gefahr des Ausgeschaltet- und Geächtetwerdens in sich und brächte unter Umständen Herrn Scheidemann sogar um seine Vizepräsidentenwürde, machte es ihm unmöglich, den feierlich übernommenen höfischen Verpflichtungen nachzukommen. Soviel Selbstverleugnung ist dem Regierungssozialismus nicht zutragen. Und so wird wohl irgendeine fulminante Erklärung die Zahl der bisherigen Erklärungen vermehren und im übrigen wird man trotz aller pseudoradikalen Reden und Leitartikel weiter den Karren des Imperialismus ziehen helfen.

Herr v. Kühlmann ist gestürzt, nicht etwa, weil er den Macht- und Eroberungsansprüchen der Imperialisten entgegenwirkte, die Friedensschlüsse, die durch ihn zustande kamen, sind wahrlich alles andere als Äußerungen eines ehrlichen Verständigungswillens. Nein, er fiel dem Hasse jener

imperialistischen Kliken zum Opfer, denen das plumpe Renommieren mit der gepanzerten Faust höchste Staatsweisheit dünkt und denen der Machtvoller derart das Hirn umnebelt, daß ihnen die diplomatische Vermäntelung der brutalen Welt-herrschaftsziele schon ein Grauel ist. Jetzt bekommen diese Kreise einen Mann nach ihrem Herzen. Ein Herr v. H i n k e, zuletzt Gesandter in Norwegen, nimmt Herrn v. Kühlmanns Platz ein; ein Tirpitz-Jünger wie Graf Reventlow, denn Herr v. H i n k e hat den Weg ins diplomatische Fach über den Admiralstab und das Hofparlett gemacht.

Die Arbeiter werden in den nächsten Tagen die Zeitungen wieder übervoll finden von Salbdereien über den neuen Mann, über die neue Phase des parlamentarischen Froschmäuselkrieges; der alte Quark unseres alten innerpolitischen Jammers wird zum soundsjovielsten Male breitgetreten werden. Was nützt es ihnen, wenn sich ein Duzend Journalisten über das mutmaßliche Verhalten des Grafen Hertling zum neuen Manne im Auswärtigen Amte ausschleimt, wenn über die taktischen Flohndereien der Mehrheitspartei Artikel über Artikel geschrieben werden. Wichtig für sie ist vielmehr die Erkenntnis der Mächte, die wirklich die Geschicke des deutschen Volkes in den Händen haben und die es jetzt herrisch in das fünfte Kriegsjahr hineinführen. In dieses Kriegsjahr aber gehen wir hinein, nachdem auch der letzte Schein der Bereitschaft Deutschlands zu einem Verständigungsfrieden davongeweht ist. Jetzt weht nach Kühlmanns Sturz die Flagge des Zerstückelungsfriedens über dem deutschen Staatsschiff. Wie das in den Ententeländern wirken wird, braucht denkenden Arbeitern nicht erst gesagt zu werden. Ebensovienig, was für Schlussfolgerungen der denkende Arbeiter aus solcher Erkenntnis zu ziehen hat. Notwendig ist aber, daß jeder auch andere zum Denken anregt, denn die Zahl der Arbeiter, die sich von Jahr zu Jahr mit schönen Versprechungen hinhalten lassen und den regierungssozialistischen Illusionen Glauben schenken, ist noch sehr groß. Aber das Denken allein tut's natürlich nicht!

### Die Tragödie der russischen Revolution.

In Moskau ist der deutsche Gesandte Graf Mirbach dem Attentat von zwei Anhängern des linken, terroristischen Flügels der Sozialrevolutionäre zum Opfer gefallen. Die Tat bildete den Auftakt zu einer Aufstandsbewegung der Sozialrevolutionäre gegen die bolschewistische Sowjetregierung. Was aus dieser neuen Phase des Bürgerkrieges werden wird, läßt sich heute nicht absehen. Mag das Attentat auch, wie wohl von seinen Urhebern beabsichtigt war, nicht den Bruch zwischen Deutschland und der Sowjetregierung herbeiführen, besser werden dadurch die Beziehungen zwischen beiden sicher nicht. Denn trotz des formalen Friedensschlusses ist der Imperialismus der Mittelmächte der Todfeind der russischen sozialen Revolution, und nicht minder totfreund ist ihr der Entente-Imperialismus. Und dazu die Gegenrevolution in allen möglichen Erscheinungsformen in allen Teilen des ehemaligen Zarenreiches. Und das internationale Proletariat, die einzige Macht, die retten könnte, ist in seinen breiten Massen noch im Banne des nationalen Blutrausches oder stumpf und gelähmt. Rufen drum wir, denen die Losung des internationalen Sozialismus im Herzen brennt, den Schlafenden zu: Tua res agitur! Um d e i n e Sache handelt es sich drüben beim Kesseltreiben auf die soziale Revolution. Wacht auf!



## Die Sozialisierungsbemühungen der Bolschewiki.

II

In Nr. 14 des N. Bl. gaben wir die Schilderung der Maßnahmen wieder, die von der Sowjet-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete durchzuführen versucht werden. Im Nachstehenden sei dargestellt, wie die sozialistische Republik des Hungers und der Arbeitslosigkeit Herr zu werden versucht. Wir geben auch hier nach dem V. Z. die Ausführungen wieder, die ein führender Bolschewist dem Herrn Hans Vorst gemacht hat:

„Den Hunger und die Arbeitslosigkeit mit allen Kräften zu bekämpfen, bildet eine der wichtigsten Aufgaben der russischen Regierung. Wir wollen auch in dieser Hinsicht keineswegs in den üblichen amtlichen Optimismus verfallen und es ruhig aussprechen, daß die Lage noch immer sehr schwer, ja bedrohlich ist, besonders inbezug auf die Ernährungsfrage. Die Ernährung der Bevölkerung ist in vielen Gegenden Rußlands, namentlich in den Großstädten und in den nördlichen Gebieten, noch immer ganz ungenügend. Wir verhehlen uns auch nicht, daß infolgedessen die Sterblichkeit sehr stark zugenommen hat. Es bleibt uns da noch sehr viel zu tun, und es wird viel Zeit beanspruchen, bis die Verpflegungsverhältnisse in normaler Weise wiederhergestellt sind und der Schade, den übrigens nicht nur die letzten Monate, sondern die ganzen letzten Jahre, bevölkerungspolitisch angerichtet haben, wieder ausgeglichen ist. Doch teilen wir nicht die Ansicht, die auch die westeuropäische Presse aus den russischen bürgerlichen und rechtssozialistischen Zeitungen übernommen hat, daß der Hunger und die Arbeitslosigkeit dazu führen können, die Autorität der Sowjetregierung zu untergraben oder zu stürzen. Dazu hat das Regime der Sowjetherrschaft schon zu feste Wurzeln im Volk geschlagen. Wir glauben allerdings, daß jede andere Regierung gestürzt worden wäre, wenn sie sich genötigt gesehen hätte, wie wir, viele Wochen lang z. B. in Moskau nur  $\frac{1}{3}$  russische Pfund (d. i. 50 Gramm) Brot täglich zu verteilen. Bei uns aber ist die Verbindung zwischen der Regierung und den breiten Massen des Volkes dafür zu eng. Das Volk entsetzt ja unmittelbar aus seiner Mitte Vertreter in alle leitenden Institutionen des Reiches, und es betrachtet diese Regierung als seine eigene Regierung. Wenn auch das Volk unter den Ernährungsverhältnissen schwer zu leiden hat, so ist es doch genügend darüber unterrichtet, daß die Schuld daran nicht die Regierung trifft, daß der Hunger in den gesamten Verhältnissen begründet ist, daß wir alles tun, was in unserer Macht steht, um die Lage zu bessern. Namentlich aber fehlt den breiten Massen des Volkes vollständig der Glaube, daß eine andere Regierung imstande sein würde, schneller Abhilfe zu schaffen als wir. Man muß in Betracht ziehen, daß wir in weit höherem Maße als früher in der Lage sind, Aufklärung über den wahren Sachverhalt selbst in den entlegenen Gebieten des Reiches zu verbreiten. Wir waren uns klar darüber, daß wir bei der Natur unserer Regierungsform, die sich auf die breiten Massen stützt, eine enge Verbindung zwischen dem Volk und der Regierung herstellen mußten. Wir haben daher vor allen Dingen mehrere tausend Post- und Telegraphenanstalten im Reich neu eröffnet, und es gibt gegenwärtig im ganzen Gebiet der Sowjetrepublik keine einzige Wolkst mehr ohne Post und Telegraph. Außerdem werden unsere Zeitungen in größtem Maßstabe unentgeltlich auch in die Dörfer verandt.

Die Ursachen der Verpflegungsnot können hier nur angedeutet werden, sie sind ja auch wohl allgemein bekannt. Die Bedingungen der Feldbestellung haben sich während der Kriegsjahre immer mehr verschlechtert, die Verkehrsrisse ist zu furchtbarem Umfang gewachsen, die Ukraine ist von Großrußland abgeschnitten. Aber auch ohne die Ukraine wäre, bei sonst normalen Verhältnissen, die Verpflegungslage Großrußlands keineswegs bedrohlich. Es wäre vollkommen irrig, anzunehmen, daß das Gebiet der Sowjetrepublik nicht genügend Getreide produziere, um sich selbst zu ernähren. Im Gegenteil sind, selbst in diesem schlimmen Jahr, nach der landwirtschaftlichen Erhebung des Jahres 1917 noch beträchtliche Getreideüberschüsse vorhanden. Im gegenwärtigen Augenblick ist die Lage aber außerordentlich dadurch erschwert, daß der tschecho-slowakische Aufstand unsere Verbindung mit Westsibirien unterbindet und ein Teil der Eisenbahnmagistrale, die zum Nordkaukasus führt, von den deutschen Truppen besetzt ist. Denn dieses sind die wichtigsten Ueberschussgebiete, die uns zur Verfügung stehen. Wir sind freilich überzeugt, daß wir den tschecho-slowakischen Aufstand in kürzester Zeit klären können. Die Lage im Dongebiet und die Wiederherstellung unserer Verbindung mit dem Nordkaukasus bildet einen der wichtigsten Punkte unserer Verhandlungen mit der deutschen Regierung.

„In anderer Beziehung hat sich unsere Lage wiederum gebessert. Es wurde früher erwähnt, daß die schlimmste Zeit der Eisenbahnkrise bereits überwunden ist. Nach dem Austauen der Wasserstraßen ist uns die Zufuhr von Getreide nach den Norden weiter wesentlich erleichtert. Es ist bekannt, daß wir am 13. Mai ein sehr strenges Dekret erlassen haben, das die Zurückhaltung von Getreidevorräten auf dem Lande mit den schärfsten Strafen belegt, dem Volkskommissar für Ernährungsfragen weitgehende außerordentliche Vollmachten verleiht, für die Anzeige von verborgenen Vorräten hohe Prämien anzusetzt usw. Aus einer Reihe von Gouvernements, wie Kasan, Ufa und anderen, liegen bereits günstige Nachrichten über die Wirkung dieses Dekrets vor.

Vielleicht mehr als auf solche Erfahrungen vertrauen wir aber auf die positiven Maßnahmen, die wir ergreifen haben, um die Sozialisierung der noch vorhandenen Vorräte zu fördern. Die wichtigste davon besteht in dem unmittelbaren Austausch von Fabrikwaren, an denen die dörfliche Bevölkerung großen Mangel leidet, gegen Getreide. Da der Privathandel monatelang so gut wie paralysiert war, mußten die Fabriken inzwischen auf Vorrat arbeiten. Diese Bestände haben wir beschlagnahmt und verfügen infolgedessen über große Mengen von Industrieerzeugnissen. Es sind bereits Waren im Werte von 1200 Millionen Rubel zum Austausch gegen Getreide von uns in die Dörfer geschickt worden.

„Dennoch ist die Verpflegungsnot, wie gesagt, gegenwärtig immer noch sehr groß, und auch die nächste Zeit wird noch sehr schwer bleiben. Die Ansichten auf die neue Ernte sind allerdings erfreulich günstig. Die Befürchtungen, daß in diesem Frühjahr die Feldbestellung stark zurückgehen würde, haben sich nicht bestätigt. Diese Befürchtungen hatten einen doppelten Grund. Erstens meinte man, daß nach der Liquidierung des Großgrundbesitzes die ernste Streitigkeiten und Kämpfe zwischen den einzelnen Bauern und Bauerngemeinden ergeben würden. Wir selbst sind in dieser Hinsicht durchaus nicht ohne ernste Besorgnis gewesen. Die Verteilung der Ländereien für die Aussaat ist aber in diesem Frühjahr so friedlich verlaufen, daß es für uns selbst eine erfreuliche Ueberraschung darstellte. Selbst die gegenrevolutionäre russische Presse, die gegenwärtig alles Negative hervorhebt und alles Günstige verschweigt, hat über keine Mißbilligkeiten bei der Landverteilung berichten können. Der andere Grund zur Besorgnis lag in dem vorausgesetzten Saatenmangel. In dieser Hinsicht hat man aber offenbar nicht genügend mit dem Charakter des Bauern gerechnet, der erst in der alleräußersten Not sich da

### Parteienossen!

## Werbet für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

zu entschließt, sein Saatgut zu verbrauchen. Nur in manchen nördlichen Gebieten, namentlich in der Nähe der Städte, hat der Saatmangel einen Rückgang der Anbaufläche herbeigeführt. In anderen Gebieten ist die Aussaat aber um etwa 10 Prozent größer als im Vorjahre, so daß im ganzen nach unseren Erhebungen die Feldbestellung in diesem Frühjahr nicht weiter zurückgegangen ist. Die Nachrichten über den Stand der Saaten lauten bisher gut.

Die Verpflegungsnot wurde in den Städten im Verlauf der Revolution noch weiter durch die wachsende Arbeitslosigkeit erschwert. Sie hatte zweifellos einen sehr bedrohlichen Umfang angenommen, aber in dieser Hinsicht ist jetzt bereits eine wesentliche Besserung erzielt. Vor allen Dingen hat hier ein selbsttätiges Regulativ gewirkt: durch die Abwanderung der beschäftigungslosen Arbeiter in die Dörfer, eine Erscheinung, die wir nach Kräften unterstützen. Die Hochkonjunktur der russischen Industrie in den ersten Kriegsjahren hatte sehr viele ungelernete Kräfte aus den Dörfern in die Städte geführt. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen fördern wir die Abwanderung gerade dieser Elemente, während wir die geübten Fabrikarbeiter für die Industrie zu erhalten suchen. Wir werden in dieser Absicht dadurch unterstützt, daß gerade diejenigen Elemente der Arbeiterschaft, die noch in enger Verbindung mit ihrem heimatischen Dorfe stehen, durch die Landverteilung nach Hause zurückgelockt worden sind, während dieser Anreiz für das eigentliche Industrieproletariat weniger wirksam war. Eine Statistik, die 832 Fabriken in Petersburg umfaßt, stellt fest, daß in ihnen am 1. Januar 1917 400 000 Arbeiter tätig waren, am 1. April dieses Jahres aber nur noch 16 000. Von den übrigen 240 000 sind zwei Drittel wieder in ihre Dörfer gezogen, wo sie ohne weiteres Arbeit und Unterhalt gefunden haben. Im anderen Industriegebiete ist die Abwanderung nicht so stark, wie in Petersburg, wo wir sie besonders begünstigt haben.

Eine weitere Erleichterung der Arbeitslosigkeit besteht darin, daß, wie früher schon bemerkt, die schlimmste Zeit der industriellen Krise nun überwunden ist und die Leistungen der Fabriken sich wieder zu steigern begonnen haben.

Ferner haben wir, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, in sehr großem Umfange produktive staatliche Arbeiten unternommen. So werden in der Nähe von Petersburg an den Flüssen Wolchow und Swirz große elektrische Anlagen eingerichtet, die die Wasserkraft in elektrische Energie umformen sollen und in einem solchen Maßstabe angelegt sind, daß sie ganz Petersburg mit Strom versorgen und in der Hauptsache von der Kohle unabhängig machen können. Hier ist eine große Zahl beschäftigungslos gewordener Arbeiter tätig. Der Arbeitsplan ist so angelegt, daß die ganze Anlage drei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Weiter haben wir bereits in großem Umfang mit den Arbeiten zur Verpflegung der sogenannten „Hungersteppe“ in Turkestan begonnen. Es handelt sich dabei um ein Gebiet von  $\frac{1}{2}$  Million Dessjätinen, und auch diese Arbeit wird natürlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen, aber wenn sie vollendet ist, eine große Erhöhung der Baumvoll-

produktion in Turkestan im Gefolge haben. In den Gouvernements Nischnij Nowgorod, Moskau, namentlich in den nördlichen Gouvernements, haben wir ebenfalls ein großes Reg von Meliorationsarbeiten bereits in Angriff genommen, das im ganzen ein Areal von 1 000 000 Dessjätinen umfaßt. Da es sich aber dabei um kleinere, verstreute Stücke handelt, so können diese Arbeiten weit schneller gefördert werden und ein großer Teil davon wird schon in diesem Jahre vollendet sein. Kürzlich haben wir auch schon große Mittel für den Bau des wichtigen Wolga-Don-Kanals angewiesen. Hier sind aber erst die technischen Vorarbeiten im Gange.

„Für alle diese großen Unternehmungen brauchen wir gar nicht erst die technischen Projekte auszuarbeiten. Ihre Notwendigkeit war in Rußland schon längst erkannt worden, und die Projekte lagen in den verschiedenen Ministerien und namentlich in den Gouvernementsämtern fertig vor. Nur hatte weder der Staat noch die Semstwo je die Mittel aufgebracht, um diese Projekte auszuführen. Wir brauchen sie nur nehmen und ins Werk zu setzen, da wir uns nicht scheuen, die erforderlichen Mittel für diese produktiven Arbeiten anzuschaffen, die zugleich die Arbeitslosigkeit wesentlich mildern. Wie wir diese finanziellen Mittel auf die Dauer beschaffen wollen, darauf soll später eingegangen werden.

„In bezug auf die Arbeitslosigkeit sei nur noch erwähnt, daß wir, bald nachdem wir die Regierung übernommen hatten, ein Gesetz über die allgemeine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit, das auch die Landarbeiter umfaßt, angenommen haben. Es dauerte natürlich einige Monate, bis dieses Gesetz praktisch verwirklicht werden konnte; aber seit dem März kann es durchgeführt werden, und die Unterführungen werden jetzt bereits ausgezahlt. Jeder Unternehmer (und — wo der Staat bereits der Unternehmer ist — auch dieser) zahlt in den Versicherungsfonds 4 Prozent (für Saisonarbeiter 5 Prozent) des gesamten Arbeitslohns. Die Arbeiter selbst haben nichts zu zahlen. Im Falle der Arbeitslosigkeit erhalten sie vom vierten Tage ab den mittleren, in der betreffenden Arbeiterkategorie üblichen Lohn ausbezahlt, aber nicht mehr als vier Fünftel des tatsächlich vorher von ihnen bezogenen Lohnes.

Durch diese Maßregeln ist es uns gelungen, die Schrecken der Arbeitslosigkeit wesentlich zu mildern.“

## Sie Schimpfen.

Die Rede des Genossen Herzfeld, die wir kürzlich in Wortlaut veröffentlichten, hat an verschiedenen Stellen diverse Mißverständnisse ausgelöst. In Nr. 10 der Metallarbeiterzeitung lobt Herr Bernide, Hauptvorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, über Herzfeld. Nur einige Kostproben: „Unverschämlichkeiten des H. A. Dr. Herzfeld“, „elende Verächtlichung“, „Ehrenhafte Leute in der gemeinsten Weise zu verdächtigen“, „schamlosen, erbärmlichen Verleumdung ehrenhafter Männer“, „Verleumdung Herzfeld“ usw. Zum Schluß wird Gen. Herzfeld mit den Gelben auf eine Stufe gestellt und hinzugefügt:

„Ein Verräter an den Interessen der Arbeiter ist, wer so schamlos und gewissenlos verleumdet, wie das der Abgeordnete Herzfeld im Reichstag getan hat.“

Die üben Schimpferien richten sich selbst. (Vielleicht wollte Herr Bernide damit auch seinen Befähigungsnachweis als Hauptvorstandsmitglied erbringen!) Halten wir uns nur an die konkreten, positiven Behauptungen der Bernide und Genossen. Sie erklären:

1. Nur zu dem Zweck, die von uns bereits mitgeteilten zwei Fragen zu besprechen, sei jene Sitzung mit Vertretern des Gen.-Komm. einberufen worden.
2. Herzfeld habe gewußt, daß nicht Metallarbeiterbeamte usw. zu dem Zweck zur Sitzung geladen, um mit Vertretern des Gen.-Komm. über die Verbreitung der Broschüre zu beraten.
3. Bernide habe ausdrücklich erklärt, daß der Vorstand weder die Verbreitung der Broschüre übernehmen, noch die Funktionäre des Verbandes dazu veranlassen kann.

Demgegenüber lassen wir folgende Tatsachen sprechen:

Am 1. Mai d. J. erging von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 7. Bezirk, (unterzeichnet Rud. Wallbrecht) eine Einladung an die Geschäftsführer des Verbandes zur besagten Sitzung am 4. Mai in Dortmund. Dieser Einladung waren folgende Zeilen beigefügt:

„Streng persönlich!

Werte Kollege! Von dem Kriegspresseamt ist belagerte Broschüre herausgegeben worden, die uns durch das Generalkommando zugesandt wurde mit dem Wunsch, dieselbe zur allgemeinen Abgabe an unsere Mitglieder zu bringen. Da wir darüber noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen sind, so werden wir am Samstag in der Sitzung zu Dortmund auch darüber zu sprechen haben. Damit Du Dich über den Inhalt informieren kannst, lege ich Dir eine Broschüre bei und versuche dieselbe durchzusehen. Bemerkungen möchte ich noch, daß wir dieselbe ablehnen haben und gegen den Inhalt nichts einzuwenden haben. Die angelegenen Bilate haben doch die Kunde durch unsere Presse zum größten Teil gemacht. Die Christlichen, Kirch-Dunderschen Organisationen sowie der alte Bergarbeiter-Verband haben sich für die Verbreitung entschieden und dementsprechend ihre benötigte Anzahl bestellt.“

In diesem „streng persönlichen“ Schreiben wird also ausdrücklich gesagt, daß sich die Sitzung am 4. 5. mit der Broschüre beschäftigt.

Und wie steht's damit, daß die Funktionäre des Verbandes zur Verbreitung der Broschüre „nicht veranlaßt worden“ seien? Darüber gibt nachstehendes Dokument den nötigen Aufschluß:



Werte Kollegen!

Das Generalkommando hat unter Mitwirkung der verschiedensten Redakteure der sozialdemokratischen Arbeiterpresse eine Broschüre betitelt

Tatsachen. Ein Wort zum Nachdenken für den deutschen Arbeiter

herausgegeben. Diese Broschüre, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, enthält ziemlich ausschließlich Aussprüche von Männern, welche in der Arbeiterbewegung hervorragend tätig sind oder waren. Diese Aussprüche zeigen, was den deutschen Arbeitern an einer Aufrechterhaltung Deutschlands gelegen sein muß. Eine Niederlage Deutschlands wäre gleichbedeutend mit der Verelendung der deutschen Arbeiter. Die Broschüre zeigt in kurzen Worten, was für die Arbeiter auf dem Spiele steht und wurde auf Vorschlag der Pressevertreter in 500 000 Exemplaren hergestellt.

In der Sitzung der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpresse wurden von keiner Seite gegen die Broschüre irgendwelche Bedenken erhoben, obgleich beide Richtungen vertreten waren.

Das Generalkommando hat sich nun auf Vorschlag der Pressevertreter an die einzelnen Nichtigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung gewandt, mit dem Ersuchen, diese Broschüre allen Mitgliedern zuzustellen. Die angefragten Organisationen haben alle zustimmend geantwortet und die benötigten Exemplare bereits bestellt.

In einer am 4. Mai d. J. stattgefundenen Sitzung mit den Vertretern der Gen.-Kom. haben wir dem Gen.-Kom. zugesagt, sofort eine Umfrage an alle unsere Verwaltungsstellen ergehen zu lassen, damit dieselben in einer Ortsverwaltungsitzung zu der Sache Stellung nehmen und die benötigten Exemplare bestellen können.

Wir unterbreiten hiermit die Sache den Ortsverwaltungen und ersuchen, dem Ansuchen des Generalkommandos Rechnung zu tragen, d. h. jedem Mitgliede eine Broschüre zuzustellen zu wollen. Um so mehr möchten wir die Verteilung der Broschüre empfehlen, weil wir vom Generalkommando bisher erwartet haben, daß unsere Wünsche resp. Beschwerden, Anträgen usw. Rechnung getragen wird, und nun einem Verlangen des Generalkommandos gegenüberstehen, wo von uns auch ein Entgegenkommen gewünscht wird.

Hervorheben möchten wir noch, daß der Bergarbeiterverband für die im Korpsbezirk vorhandenen Mitglieder die Broschüre bestellt hat.

Wir ersuchen die Verwaltungen, sofort eine Sitzung einzuberufen und uns von dem Beschluß und von der benötigten Anzahl Kenntnis zu geben, damit von uns dem Generalkommando weiterer Bescheid gegeben werden kann. Anbei eine Broschüre zur Kenntnisnahme.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung

Karl Spiegel und Rudolf Wallbrecht.

(Die Sperrung der verschiedenen Stellen rührt von uns. D. Red.)

Das Dokument genügt. Es besagt genug und beleuchtet recht treffend die Kulisseriearbeit der Herren, wie ihre Dreistigkeit, mit der sie, an den Pranger gestellt, der Öffentlichkeit weiszumachen versuchen, als seien sie die reinen Unschuldslämmer, die kein Wasser sehen getrübt. Ob die Herrschaften es auch jetzt noch weiter wagen werden, über „Unwahrheiten, Verleumdungen“ usw. des Gen. Herzfeld zu jeteren und zu schimpfen? Mögen sie. An den Tatsachen wie an dem Urteil Klassenbewusster Arbeiter ob ihrer Handlungen ändern sie damit nichts.

Aus der Bewegung.

Aus der Internationale. In Holland haben bekanntlich Besprechungen zwischen dem Genossen Troelstra, österreichischen Sozialdemokraten und Scheidemann stattgefunden. Wie uns jetzt bekannt wird, war auch an den Genossen Haase eine Anregung Troelstras ergangen, an den Besprechungen teilzunehmen. Der Brief gelangte erst in die Hände des Genossen Haase, als die Besprechungen längst vorüber waren.

Die Berliner Abhängigen haben wieder einmal einen sogenannten Bezirksstag abgehalten, von dem nicht viel zu berichten ist. Es wurde der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet, Wahlen vorgenommen, zwei Referate gehalten, eins von Cunow und eins von Hachisch, und schließlich wurde zum Schluß eine Protektionsresolution beschlossen. Daß sie mit der Entwicklung des Mitgliederbestandes nicht zufrieden sind, wollen wir nicht besonders anmerken, da das ja niemand ist, der weiter will. Aber bemerkenswert sind doch die Ziffern, die der Bezirkssekretär Theodor Fischer vortrug. Im Monat März 1918 habe die Mitgliederzahl 7982, darunter 1972 Frauen, betragen gegen 6475 Mitglieder, darunter 1783 Frauen, im März 1917. Wenn man bedenkt, daß der „Vorwärts“ ständig für die Organisation der Abhängigen Reklame macht, wenn man berücksichtigt, daß der allergrößte Teil der in Berlin zahlreich vertretenen Gewerkschafts- und sonstigen Rassenangehörigen eifrige Mitglieder der Abhängigen sind, so kann man allerdings die Frage des Bezirkssekretärs voll würdigen. Noch interessanter wird die Sache, wenn wir das Prahlen mit der großen Abonentenziffer des „Vorwärts“ berücksichtigen. Da

schreien die Leute in alle Welt hinaus, daß die Abonentenziffer selbe, sagen aber nicht, in welchem Umfang Reichspost, Vahnhofsbuchhandel, Straßenhändler u. dergl. daran beteiligt ist. Aber sei wie ihm sei: Was bedeuten dann die etwas mehr als 5000 organisierte Leser des „Vorwärts“, denn die Frauen muß man in einen Haushalt einrechnen, da doch nur ein Exemplar des „Vorwärts“ in einer Familie geltefen wird. Aus dieser Tatsache geht schon hervor, welcher Fehlschluß es ist, alle Vorwärtsleser für die Abhängigen reklamieren zu wollen.

In seiner Eröffnungsrede sprach Ernst von Berpsfütterungsarbeit der Unabhängigen und von Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse; derselbe Ernst, der in Berlin zuallererst Sonderorganisationen gründete. Spottet seiner selbst und weiß nicht wie!

Seine örtliche Kreisversammlung hielt der Sozialdemokratische Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mitglied der U. S. P., am Sonntag, den 7. Juli 1918, in Brix, Beckers Gesellschaftshaus, ab. Besuch war derselbe von 83 Delegierten aus 23 Orten, 12 Kreisfunktionären und dem Abgeordneten des Kreises, Gen. Zubeil. Der Parteivorstand war durch Gen. Däumig, der Zentralvorstand Groß-Berlin durch den Gen. Herbst vertreten. Von dem im Kreise wohnenden Reichs- und Landtagsabgeordneten war Gen. Bernstein zugegen.

Genosse Zirkel als Kreisvorsitzender eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß das abgelaufene Geschäftsjahr das erste volle Jahr nach der im August 1916 vollzogenen Trennung sei.

Den Geschäftsbericht erstattete Gen. Bachmann. Er gedachte der im Laufe des Jahres gefallenen und verstorbenen Mitglieder; auch der hinter Kerkermauern schmachtenden Kämpfern der Freiheit galt seine Worte.

Am 24. Juni 1893 gelang es der Sozialdemokratie in der Stichwahl das Reichstagsmandat zu erringen, seit dieser Zeit, also 25 Jahre, ist der Gen. Zubeil ständiger Vertreter des Kreises im Reichstage. Möge es ihm, der am 11. Januar d. J. seinen 70. Geburtstag feiern konnte, noch recht lange vergönnt sein, sein Mandat auszuüben. Hoffen wir, daß, wenn der Kreis nach der neuen Einteilung mehrere Abgeordnete in den Reichstag entsendet, auch Gen. Zubeil unter diesen ist. Ehrenpflicht der Arbeiterschaft von Teltow-Beeskow aber muß es sein, den Kreis der Unabhängigen Sozialdemokratie zu erhalten und ihn so zu einem Bollwerk gegen die Reaktion, gegen den Regierungssozialismus zu machen!

Dank der Ministerarbeit der Regierungssozialisten im Kreise ist es gelungen, die Organisation neu aufzubauen und zu festigen, so daß wir von der Ortsvereinen, die mit uns in Verbindung stehen, behaupten können, es geht vorwärts. Vergewärtigen wir uns, daß die Arbeiten im Kreisbüro alle nur ehrenamtlich geleistet werden in Nacht- und Sonntagsstunden, so ist es verständlich, wenn die Bewegung im Kreise sich zurzeit nur auf die Orte beschränkt, die sich uns gleich am ersten Tage der Spaltung angeschlossen haben. Nachdem wir eine sogenannte Bezirkssektion geschaffen, werden wir auch die Agitation auf die Orte im Kreise ausdehnen, die bis jetzt der U. S. P. noch nicht angeschlossen sind. Die ganze Bewegung leidet unter dem Mangel einer täglichen Presse, darum muß die mündliche Agitation um so eifriger betrieben werden. Auf Grund der eingelaufenen Fragebogen, von denen allerdings wiederum einige Orte fehlen, haben wir einen Mitgliederbestand von 5885 (4017 Männer und 1868 Frauen) gegen 8928 im Vorjahre zu verzeichnen. Neuzugewonnen und überwiesen wurden 430 und 122 Mitglieder, so daß ein Verlust von 2191 Mitgliedern zu buchen ist, der aber nach den Berichten zum großen Teil auf die vielen Einberufungen zurückzuführen ist. Trotz scharfer Maßnahmen der Regierung fanden dennoch ein Teil Versammlungen statt. Mehrere im August und September vorigen Jahres geplante Versammlungen mit den Themen: Will das Volk Frieden? Was erwarten wir von Stockholm? und: Bringt uns der Papst den Frieden? konnten nur zum Teil stattfinden. Eine zum August einberufene Frauenkonferenz konnte nicht tagen.

In einer Reihe von Orten fanden Gemeindevorwahlen statt. Teilweise beteiligten wir uns an der Wahl nicht, teilweise hatten wir eigene Kandidaten aufgestellt. Einige Mandate verloren wir an die Regierungssozialisten, die, gestützt auf die Kräfte der bürgerlichen Parteien, den „Sieg“ über uns errangen. Können wir ihnen diesen „Sieg“, daß es auch anders kommen kann, hat die Wahl am vorigen Sonntag in Mariendorf bewiesen, dort wurden unsere Kandidaten gewählt. Der im April 1917 und Januar 1918 ausgedrohte Streik gab der Regierung die Veranlassung, mit den schärfsten Maßnahmen gerade gegen die U. S. P. vorzugehen. Wenn auch ein augenblicklicher Stillstand zu verzeichnen war, so traten doch bald andere Genossen an die freigewordenen Posten. Die Fahne des internationalen Sozialismus hochzuhalten, zu neuen Ehren zu bringen, soll unsere vornehmste Aufgabe sein.

Den Kassenbericht gab Gen. Freising an. An Beiträgen wurden eingenommen 124254 Mk., sonstige Einnahmen 10090,15 Mk.; dem steht eine Ausgabe von 22047,22 Mk. gegenüber, so daß ein Bestand von 285,46 Mark bleibt. Freising detaillierte den vorliegenden Kassenbericht und empfahl einen Vorschlag des Kreisvorstandes, dahingehend, daß eine Extramarke von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder pro Quartal gefordert werden soll.

In der nun folgenden Diskussion gab der Abgeordnete des Kreises, Gen. Zubeil, eine Reminiszenz auf die verflochtenen 25 Jahre, seit denen der Kreis der Sozialdemokratie gehört. Um eine regere Agitation im Kreise zu entfalten, empfahl auch er den Antrag des Kreisvorstandes. Die große Mehrzahl der zu Worte gekommenen Diskussionsredner sprach ebenfalls für den Antrag. Dem Kreis sollen dadurch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um bei späteren Wahlen gestärkt in den Kampf treten zu können.

Der Vertreter des Parteivorstandes empfahl dagegen eine generelle Erhöhung der Beiträge. Genosse Herbst vom Zentralvorstand Groß-Berlin sprach für den Antrag des Kreisvorstandes. Dieser Antrag gelangte dann auch zur Annahme.

In der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: 1. Vorf. Zirkel, 2. Vorf. Marcuffon, Kassierer Freigang, Schriftführer Gollmich, Beisitzer: Köhnke, Wanda Marcuffon und Marie Böhm. Revisoren: Kettel, Grollig, Goddäus, Anna Nemis und Maria Jeeche. Aktionsausschuß: Zirkel. Bildungsausschuß: Marcuffon. Pressekommission: Hartmann und Mitley. Kinderhilfskommission: Johanna Regge. Schiedsger.-kommission: Kaiser. Agitationskommission: Franke. Rev. für Groß-Berlin: Osburg. Vertr. der Frauen in Groß-Berlin: Marie Böhm.

Ein Antrag Friedeman: Reichstagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei, welche zur Unabhängigen Partei überitreten wollen, haben ihr Mandat niederzulegen und als Mitglied beizutreten, soll auf einer demnächst stattfindenden Fortsetzung der Generalversammlung zur Verhandlung gelangen.

Streit zwischen Königsberger und Danziger Schildeknappen! Das von dem ehemaligen Anarchosozialisten, jetzigen Parteisekretär der Regierungssozialisten Gehl geleitete Wochenblatt „Danziger Volkswacht“ bellagte sich unlängst über „unabhängige Quertreibereien“ in Elbing. Diesen Anlaß benutzte das jede Gelegenheit zu persönlichen Angriffen ergreifende Revolverblatt, die „Königsberger Volkszeitung“, den Gehl, der dem Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ aus Reinlichkeitsgründen die Mitarbeit an seinem Blatt verboten hat, anzurempeln. Die „Königsberger Volkszeitung“ wirft Gehl vor, durch seine kurzfristige Vogel Strauß-Politik verschuldet zu haben, daß die Unabhängigen in Elbing große Fortschritte gemacht und jetzt sogar eine eigene Organisation gegründet haben.

Das läßt nun Gehl auf sich nicht sitzen. In der Nummer vom 29. Juni der „Danziger Volkswacht“ gibt er es der „Königsberger Volkszeitung“ unter „Elbing“ wie folgt:

„Ueber unabhängige Quertreibereien berichteten wir in der letzten Nummer. Diesen Anlaß benutzte die „Königsberger Volkszeitung“, um sich wieder einmal in ihrer bekannten „vornehmen“ Art an uns zu reiben. Wir gönnen ihr dies kindliche Vergnügen von ganzem Herzen schon deshalb, weil uns ihre geschwollenen Auslassungen gegen uns auch einige heitere Minuten bereiten. Dem Blatt sachlich zu antworten, müssen wir allerdings ablehnen, weil dazu sein stark subjektiv gehaltener Anwurf keine sachliche Handhabe bietet, sondern nur ein minderwertiges Phantasieprodukt des Verfassers wiedergibt.“

Und gebrüllt, Löwe! Aber verdient hat Herr Gehl es, daß ihm sein Schildknape aus Danzig jetzt von Königsberg aus die Wahrheit sagt. Nur scheint uns der Anlaß zu diesem Streit der sonst mit gleichen Waffen gegen die Unabhängigen kämpfenden Redakteure wirklich auffallend geringfügig zu sein. Auch den Königsberger Unabhängigen bereiten die geschwollenen minderwertigen Phantasieprodukte der „Königsberger Volkszeitung“ immer einige heitere Minuten. Eben deshalb nimmt man sie doch nicht ernst. Insbesondere dann nicht, wenn man gleich wie in Danzig es weiß, daß diese „minderwertigen Phantasieprodukte“ einem im Jahre 1914 infolge der bekannten Gaschlauchaffäre defekt gewordenen Hirn entspringen.

In Offenburg (Baden) kommen am 21. Juli die Vertreter des badischen Reformsozialismus zu einem sogenannten Landesparteitag zusammen. Der Ort ist gewählt in der Mitte des Landes, um recht viele Delegierte zu einem imposanten Konzilium auf billigste Art zu vereinigen. Offenburg ist vor bald einem Jahre auf Mehrheitsbeschluß seiner Generalversammlung zur U. S. P. übergetreten. Der Reichstagsabgeordnete Oscar West-Mannheim, der sich dann monatlang in Offenburg aufhielt, konnte im September der ganzen Welt versichern, daß es der reformatorisch arbeitenden Mehrheitspolizei gelungen sei, die Ordnung wiederherzustellen in Offenburg Stadt und Kreis. Jetzt wollen die festgebenden Sozialisten in Offenburg zeigen, wie imposant dort die Entwicklung vorgegangen ist, nachdem im August 1917 sich genau ein Dutzend Anhänger des Reformsozialismus (bad. Großblöcker) dem Beschluß der Generalversammlung nicht fügten und aus dem Verein austraten. Vor kurzer Zeit schrieb der Leiter des Offenburger Wäckerbüdens an den Vorstand des Sozialdem. Wahlvereins (U. S. P.), daß man sich es im regierungsozialistischen Lager ernstlich verbitte, wenn die Organisation der U. S. P. den Titel „Sozialdemokratischer Verein“ sich annehme. Jetzt erschien im „Volkstfreund“ ein Einladungsinerat zu einer Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung; mit Beischrift ist im redaktionellen Teil das Erscheinen sämtlicher Mitglieder verlangt worden. Das gewählte Versammlungslokal der Offenburger Großprecher enthält einer Tisch, an welchem 12 Stühle stehen. Mehr Platz bietet der Raum sonst nicht; er genügt auch diesmal, um die Handvoll um Etwa ein zu lassen, die nun bald das Jubiläum ihres einjährigen Beharrungszustandes feiern können. Und so ein imponantes Geisöpf verbietet dem ursprünglichen Sozialdemokratischen Verein des 7. Kreises, der heute 100 Mitglieder zählt, seinen ehrlichen Namen Sozialdemokratischer Verein zu führen!

Die Sterbekasse der Regierungssozialisten. Vor einigen Jahren wurde ein Vorschlag des Herrn Reichstagsabgeordneten Peus-Anhalt sehr belacht, der den sozialdemokratischen Vereinen zur Hebung ihrer Mitgliederzahl die Gründung einer Sterbekasse empfahl. Dieser Tage haben die Magdeburger Regierungssozialisten diesen Vorschlag in die Tat umgesetzt. In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins am Mittwoch, den 3. Juli, ist die Einrichtung einer Sterbekasse bereit beschlossen worden, daß der Sterbekassenvereinigung nur angehören kann, wer Mitglied der Parteiorganisation ist; ein Zwang besteht nicht.



Der Monatsbeitrag zur Unterstützungskasse beträgt 15 Pf. Die Unterstützung im Zierbesitz bewegt sich je nach der Dauer der Mitgliedschaft zwischen 50-70 Mark. Da sage noch einer, unsere Regierungssozialisten verkünden nicht ihre Zeit, die große Zeit, wie sie sagen.

„Große Wahlrechtsdemonstration“ der Regimenter in Königsberg. Durch großzügige Propaganda hatten die Abhängigen ihre Vertreter in drei Versammlungen zum 5. Juli eingeladen, um Stellung zu nehmen zum „Schicksal des preussischen Wahlrechts und des preussischen Volkes“. Der größte dieser Versammlungen, der bei unabhängigen Mitgliederversammlungen trotz unzureichender Agitation stets von 200 bis 250 Mitgliedern besucht wird, hatte aus drei Bezirken der Stadt ganze 80 Besucher der Abhängigen aufzuweisen. Die Versammlung für den größten Stadtbezirk war von 20 Personen besucht. Und die dritte Versammlung, die für zwei andere große Bezirke abgehalten wurde, wurde von 45 Personen besucht. Insgesamt also 125 Wahlrechtsdemonstranten hörten in drei Versammlungen eine Stunde lang die hochtönenden Reden von drei Referenten geduldig an, nahmen eine 30 Minuten lange Entscheidung an und gingen dann — eingedenk der unheilvollen Folgen ihrer Abgeordneten im Reichs- und Landtag — begeistert nach Hause. Am anderen Tage las man aber in der „Königsberger Volkszeitung“:

„In drei sehr gut besuchten Mitgliederversammlungen (wie bescheiden) des Sozialdemokratischen Vereins nahmen die Königsberger Genossen gestern Stellung zum Kampf um das preussische Wahlrecht“ usw.

In derselben Nummer der abhängigen Volkszeitung wird dann noch in großer Aufmachung zum Anstoß an die Partei aufgefordert, die den Völkern Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit auf ihr Banner geschrieben hat.

Breslau. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Breslau. Die Geschäftsstelle befindet sich Brüderstr. 21, II.

## Groß-Berliner Chronik.

Oh! Kohlrabi! Diese Aufforderung richtet der Berliner Magistrat an die Bevölkerung. Er legt dar, daß die Zufuhr an Kohlrabi so stark sei, daß sämtliche Kleinhandelsgeschäfte beliefert würden. Es sei auffallend, daß die Nachfrage nach Kohlrabi nicht so stark sei, wie sie nach Lage der Verhältnisse erwartet werden konnte. Es läge im Interesse der Volksernährung, wenn von der Gelegenheit, ein so gesundes und wertvolles Gemüse zu kaufen reichlich Gebrauch gemacht werde. Das ist sehr gut gesagt, aber Kohlrabi ständig mit Bonitonswürfeln zu locken, ohne Mehl zum Binden zu haben, geht auf die Dauer nicht an, ganz abgesehen von dem Zeitmangel. Wenn der Magistrat wenigstens dafür wirken könnte, daß die Familien etwas Mehl erhalten, dann würden auch die Kohlrabi schneller weggehen.

Mit dem Fleisch soll es vom 1. August ab noch weniger werden. Im Monat soll eine Woche gänzlich fleischlos sein und in den anderen Wochen soll eine noch geringere Fleischration gegeben werden. Man sagt, daß es dann wieder mehr Brot geben soll. Aber das bisherige Quantum Brot und Mehl hat nie ausgereicht. Daran wird auch wenig geändert durch die zur Einführung gelangenden Fischarten. Fische und Erzeugnisse aus Fischen dürfen danach nur noch gegen Karten abgegeben werden. Bisher wandelte der größte Teil der Fische in die Küchen der Hotels. — Ausländische Kirchen werden in bestimmten vom Magistrat näher bezeichneten Geschäften abgegeben. Es ist bezeichnend, daß der größte Teil dieser Geschäfte in den sogenannten besseren Gegenden liegt, wie Potsdamerstraße, Friedrichstraße usw. Danach geht der Magistrat von der Annahme aus, daß das zahlungsfähige Publikum bequemer kaufen kann. Das wäre ja nicht das schlimmste, wenn andere Nahrungsmittel zur Verfügung stehen.

Und nun gar das eine Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche. Da empört es doppelt, wenn man hört, daß viele Tausend Berliner Kartoffeln verkauft sind. Draußen auf einem bei Weiskensee gelegenen Gelände hat der Berliner Magistrat große Mengen von Kartoffeln einmieten lassen. Diese Kartoffeln waren als eiserner Bestand gedacht für den Fall, daß infolge großer Kälte Kartoffeln von auswärts nicht herankommen könnten. Nun hätte man aber im April die Kartoffeln herausgeben und nicht noch länger liegen lassen sollen. Wohl soll gelegentlich nachgesehen werden sein, aber das scheint ungenügend gewesen zu sein. Jetzt zeigt sich die Beschränkung. Gegen 80-90.000 Ztr. Kartoffeln sind verkauft. Gegen 400 Frauen sind damit beschäftigt, die Kartoffeln auszulösen, in der Hauptsache für das Vieh. Ganz abgesehen von dem materiellen Schaden scheint uns wichtiger die Schädigung der Bevölkerung durch die immer knapper werdende Kartoffelverteilung, die durch solche Vorkehrungen nur verschärft wird. Es wird berichtet, daß während der Lagerung der Kartoffeln Tausende von Zentnern trotz Bewachung des Geländes gestohlen worden seien. Wäre das nicht geschehen, wären diese auch noch verkauft. Man sollte heute froh sein, daß sich noch Liebhaber gefunden haben, die die Kartoffeln ohne Marken und als sie noch zu essen waren, sich aneigneten.

Allgemeine Mietssteigerungen sind in großem Maße eingetreten. Sie sind recht erheblicher Natur. 3, 5, 8 und 10 Mk. monatlich betragen die Steigerungen bei kleinen Wohnungen. Sehr hart werden Kriegerfrauen betroffen, die nicht über besonderes Einkommen verfügen. Wir machen darauf aufmerksam, daß für Mietsstreitigkeiten, dazu gehören auch unverhältnismäßig hohe Mietssteigerungen, die Mietsminderungsämter zuständig sind. In Berlin be-

finden sich diese Mieter in der Zimmerstraße im Hause der früheren Markthalle.

Der Turnverein „Fichte“ hatte am Sonntag im Dreptower Park eine von schönem Wetter begünstigte Veranstaltung getroffen. Die sportlichen Wettkämpfe brachten folgende Resultate. Dreikampfklassen: Garb 55 Pkte. Klasse A: Fahle 74 Pkte. Klasse B: Kolberg 64 Pkte. Klasse C: Turek 64 Pkte. Turnerinnen: Schröter 47, Seifrit 46 Pkte. Sonderwettkämpfe: Männer, Stabweitspringen: Fahle 7,40 Meter. Diskuswerfen: Fahle 30,25 Meter. Speerwerfen: Fahle 33,85 Meter. Lehrlinge, Diskuswerfen: Henneberg 25,15 Meter. Speerwerfen: Henneberg 24,15 Meter. Schachtel 32,95 Meter. 5x100 Meter Stafette, Männer: Norden 11 Min. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. Frauen: 1. Abtlg. 1 Min. 24<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. Lehrlinge: Süd-Ost 1 Min. 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. Olympische Stafette, Lehrlinge: 4 Min. 45<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. Spiele in Faust und Tamburinball bildeten den Schluß des Tages.

Ueber enorme Mietssteigerungen in Neukölln wird uns aus dem Felde geschrieben: Meine Frau wohnt in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 8, III. Sie soll monatlich 15,75 Mk. mehr Miete bezahlen, auch andere Kriegerfrauen, die im Hause wohnen. Kann denn gegen diese Wohnungswucherer in der Heimat, für die wir doch auch kämpfen und bluten, nicht eingeschritten werden? Wo sollen denn unsere Frauen das Geld zum Essen hernehmen, wenn sie alles für die Wohnung hergeben sollen? Die Antwort können wir nicht geben.

## Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 14. Juli, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in den Germania-Sälen in der Chausseestraße statt. Pünktliches Erscheinen der Delegierten ist notwendig. Legitimationskarten nicht vergessen.

3. Kreis. Sonntag, den 21. Juli, findet ein Familienausflug nach Mahlsdorf-Süd (Hubertus) statt. Abfahrt 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> vormittags vom Schlesienschen Bahnhof nach Köpenick. Regere Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Friedrichshagen, Sonntag, den 14. Juli, Familienausflug nach Neu-Helgoland. Treffpunkt 2 Uhr. Bränerie (Aussicht). Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichterode und Parkweg. Am Sonntag, den 21. Juli, gemeinsamer Familienausflug nach Marienfelde, Restaurant von Schröder. Dortselbst gemüthliches Beisammensein. Treffpunkt für Wanderer früh 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Bahnhof Mariendorf. Abfahrt 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Nachhaußer Bahnhof Mariendorf mittags 1 Uhr, Abfahrt 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwarten.

Die Vorstände.

Konowsee. Am Mittwoch, den 17. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Mitgliederversammlung bei Singer, Priesterstraße 11. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und von den letzten Gemeindevorstandersitzungen. Ein jedes Mitglied muß erscheinen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. — N. 54, Vinienstr. 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1289, 1967, 9714.

Montag, den 15. Juli 1918, abends 7 Uhr:

## Versammlung

der Metallschleifer und Galvaniseure im Gewerkschaftshaus, Engelauer 10, Saal 6.

### Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission.
2. Neuwahl der Kommission.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

### Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Branchenleitung.

## Proff'sches Quartett

empfiehlt sich den Parteigenossen zu allen Gelegenheiten besonders Trauerfeierlichkeiten und Einäscherungen

### Franz Proff,

Berlin NO., Lippehnerstr. 15.

Tel.: Amt Alexander, 894.

## Tegel.

Am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, beehrt der Bezirk Tegel sein

## Sommerfest

in dem Garten des „Schollenkruges“ der Kolonie „Freie Scholle“.

Eintritt 50 Pfennige.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen Das Komitee.

(Unabhängige Sozialdemokratie.) **Bremen.** Donnerstag, den 18. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Niemeyer, Hansastr. 10/12:

## General-Versammlung

Tagesordnung: Vorstands- und Kassenbericht; Neuwahlen.

Sonntag, den 21. Juli: Familienausflug nach Rickmers Park. Treffpunkt für Fußgänger 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr beim Parkbahnhof (Gellertallee) oder um 9 Uhr bei der Straßenbahn-Haltestelle Markuskälee. Proviant mitbringen.

Am 4. Juni fiel nach dreijährigen Kämpfen durch Artillerie-Volltreffer mein innigstgeliebter Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Krankenträger

## Hermann Kuralla

im Alter von 33 Jahren.

In tiefem Schmerz  
Auguste Kuralla,  
Langenbeckstr. 4.

## Nachruf!

Am 4. Juli d. J. verstarben die Kollegen

## Dreher Gustav Jahn,

Hilfsschlosser Fritz Behnke,

ferner verstarb am 7. Juli die Kollegin

## Emma Hornemann

an der Proletarierkrankheit.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiterchaft der Argus-Motoren-Werke Reinickendorf.

## Wahlverein Dreptow-Saunischulenweg.

### Nachruf!

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß plötzlich nach kurzem Krankenlager die Parteigenossin

## Marie Köhde

Kieholzstr. 187, Bez. 3,

81 Jahre alt, am Sonntag, den 7. Juli, verstorben ist

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

### Wahlverein Charlottenburg.

Am 31. Mai fiel auf einem entfernten Kriegsschauplatz der Genosse

## August Stephan

Mindener Str. 12.

### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim, Bezirk Pichtenberg.

Auf dem Kriegsschauplatz fiel am 14. Juni 1918 unser Genosse

## Otto Geppert

Beckerstr. 17, 2. Viertel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse

## Willy Peters

59. Gruppe, 12. Abt., 4. Viertel.

## Bezirk Pankow.

Ein Opfer des Krieges wurde unser Genosse

## Karl Scholz

Gaillardstr. 17.

Ehre ihrem Andenken!

## Nachruf.

### 4. Wahlkreis.

Am 28. Juni verstarb unser Mitglied, der Barbier

## Carl Conrad

Barnim-Straße 36, Bez. 384, Teil I.

Am 9. Juli ist unsere Genossin

## Ana Brehke

aus dem 357. Bezirk der 4. Abteilung verstorben.

Am 8. Juli verstarb unser Mitglied, der Maler

## Franz Ohm

Petersburger Straße 47, Bez. 395, 30. Abt.

im Alter von 49 Jahren.

### Wahlverein Adlershof.

Am 25. Juni 1918 starb nach langem Krankenlager an den Folgen eines Unfalles unser Genosse, der Tischler

## Friedrich Schwenk

im Alter von 89 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!



# Das Ministerium des Innern vor dem preußischen Landtage.

Landtag vom Dienstag, den 18. Juli 1918.

Vizepräsident Dr. Lohmann eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht Ministerium des Innern (Fortsetzung).

Linz (Str.): Ich für meine Person würde es für richtiger halten, wenn wir in der jetzigen Zeit das Wort „nationale Parteien“ nicht zu sehr in den Vordergrund drängen, da es zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte. Was die Kriegsbeschädigtenfürsorge betrifft, so ist anzuerkennen, daß die Arbeitgeber der größte Interesse entgegenbringen. Von größter Bedeutung ist aber die Zurückführung der Kriegsbeschädigten ins Wirtschaftsleben. Zur Lösung dieser Aufgabe sind sehr große Gelder nötig. Wichtig ist auch eine Beschleunigung der Kapitalabfindung für die Sekundarmachung der Kriegsbeschädigten.

Von der Polizei erwarten wir in der jetzigen Zeit ein scharfes Auge. Wir wünschen aber keineswegs eine bevorzogene Tätigkeit der Polizei auf Gebieten, wo sie nicht hingehört. Wir wünschen an erster Stelle unserer heranwachsenden Jugend gegenüber den mit der jetzigen Zeit besonders verbundenen Gefahren der geistigeren Genussucht und der Zuchtlosigkeit zu schützen. Das Nachbunmelleben muß aufhören und in der Beziehung ist Berlin leider etwas in den Vordergrund getreten. Da sollte doch eine stärkere Aufsicht der Polizei am Platze sein. Wir verlangen auch Schutz der großstädtischen Bevölkerung gegen die Gefahr für Leib, Leben und Eigentum. Für die Beamten der Schutzmannschaft und ihre Angehörigen muß besser gesorgt werden. Die Charitasbewegung muß sich freier entwickeln können. Bei der Verwaltungsreform wünschen wir den Landrat nicht zum Chef einer größeren bürokratischen Behörde gemacht zu sehen. Ferner wünschen meine Freunde eine Einschränkung der Staatsaufsicht über die Städte. Nach der Richtung hin sind erfreuliche Ansätze zur Besserung enthalten. Es müssen Formen gefunden werden, die das klar zum Ausdruck bringen, wie das auch die Herren Freiherr v. Zedlig und Müller-Coblenz ausgesprochen haben.

Ein großes Interesse beansprucht das Problem Groß-Berlin. Der Zweckverband hat doch manches Gute geleistet, wie der bisherige Verbandsdirektor in seiner Broschüre nachgewiesen hat. Gewiß sind manche Klagen Berlins berechtigt, insbesondere, daß Berlin zu gering im Verbandsausfluß vertreten ist. Eine Umgruppierung nach der Richtung hin, daß die Städte aus den Landkreisen ausscheiden, soll man nicht machen. Anders ist es mit der Aenderung der sachlichen Aufgaben. Meiner Ansicht nach wird eine Samtgemeinde anzustreben sein, ähnlich den rheinischen Landbürgermeistereien, die den einzelnen Landgemeinden volle Freiheit läßt. Eine Eingemeindung ist heute nicht möglich, wie Herr Haberland nachgewiesen hat. Zu den Aufgaben der Samtgemeinde rechne ich Kanalisation, Gas, Wasser, Elektrizität und auch eine Vereinheitlichung der Armenpflege. Ueber einen Lastenausgleich wird nicht hinwegzukommen sein.

Im übrigen verlangen meine Freunde auf allen Gebieten volle Parität. Die besteht heute leider nicht. Die Zahl der katholischen Beamten ist noch sehr gering. Wir müssen da entschieden Besserung verlangen. Wenn Sie das tun, dann werden wir gerne, was vergangen ist, vergessen.

Braun (Regierungssozialist): Aus dem Hause und vom Minister des Innern ist gesagt worden, daß unsere öffentliche Sicherheit für Leben und Eigentum immer mehr im Schwanken begriffen ist. Tatsächlich springt uns als hervorsteckender Nagel in die Augen ein erschreckender Tiefstand der öffentlichen Moral. In 14 Monaten sind in Preußen fast eine halbe Million Personen wegen Vergehen gegen die Lebensmittelvorschriften verurteilt worden, wobei beachtet werden muß, daß nur die allerwenigsten Sünden geargert werden. In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist der Anreiz des Erwerbssinns die Haupttriebkraft des Wirtschaftslebens. Beträgerische Kriegsgewinnmacherei ist keine Einzelercheinung, sie geht durch alle Kreise des Erwerbslebens. Die Sucht nach Profit, nach mühelosem Gewinn, hat alle Kreise der Bevölkerung ergriffen. Es gilt heute nur noch das eine Imperativ: Reichere dich, sich zu, daß du zu etwas kommst, gleichviel auf welchem Wege. Man raubt, man trüht, man rafft heute von dem Zuchthausler, der ehrenhalber vom Schützengraben zurückgehalten worden ist und sich dem einträglichen Geschäft des Schleichhandels, des Einkaufs hingibt, über den Lebensmittelwucherer, Spekulanten und Schieber bis zum ehemaligen Kammerherrn der Kaiserin, der die armen Heimarbeiterinnen um den wohlverdienten Lohn betrügt und dabei Millionen einheimst. Das ist ein trübes und erschreckendes Bild, das ich von dem Thema entrolle. Die minderbemittelten Volkskreise haben unter diesen Erscheinungen am schwersten zu leiden. Dazu kommt die kriegsverlängernde Propaganda der Vaterlandspartei, die ablehnende Haltung gegenüber dem gleichen Wahlrecht in diesem Hause. Die erzogene Erbitterung kam zum Ausdruck in dem großen Januarstreik in diesem Jahre. Ich will heute auf den Streik nicht näher eingehen. Ich habe das in der Kommission getan. Meine Ausführungen durften aber nicht weiter ausgedehnt werden, da das Oberkommando das verbot. Daher mag das Oberkommando

seine Kenntnis haben, da es doch in der Kommission gar nicht vertreten war?

Die Zensur, die jetzt im öffentlichen Leben ausgeübt wird, wirkt geradezu wie ein Zwang zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei. Sie zwingt, die Wahrheit zu unterdrücken und dadurch Unwahrheiten zu verbreiten. In sinnloser, für die Allgemeinheit schädlicher Weise wirkt ja die Zensur auf politischem Gebiet. Da habe ich hier unter anderem eine Zensuranordnung des Oberkommandos in den Marken, die folgendenmaßen lautet:

„Vertraulich.“

Berlin, 2. März 1918.

Die Veröffentlichung von Berichten über Geldsendungen von Heeresangehörigen zur Förderung politischer Zwecke ist verboten.“

Vom Kommandierenden General in Stettin, der nach seiner ganzen Tätigkeit derartig vom alldeutschenkonservativen Parteianatismus befangen zu sein scheint, ist unser Parteiblatt in Stettin, der Stettiner Volksbote, unter Vorzensur gestellt worden, weil der Redakteur von einem Verbot des Blattes in einer nach Ansicht des Kommandierenden Generals unehrlichen Abhandlung seinen Lesern Kenntnis gegeben hatte. Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts sieht es ebenso schlimm aus wie auf dem Gebiete der Zensur, was besonders aus einem Erlaß des Regierungspräsidenten in Oppeln hervorgeht.

Dem Erlaß des Ministers vom 13. April 1918, der sich auf das Kriegervereinswesen bezieht, muß entschieden entgegengetreten werden. Man soll endlich einmal brechen mit dieser preußischen polizeilichen Bevormundungssucht. Die wichtigste Frage bleibt aber die Wahlrechtsfrage. Wie die Dinge liegen, muß die Regierung das Haus schleunigst auflösen, um die soziale Durchführung des Wahlrechtsversprechens herbeizuführen.

Minister des Innern Dr. Drews: Auf die Beschwerden über die Handhabung der Zensur kann ich hier nicht eingehen. Die Zensur liegt nicht in der Hand der Zivilbehörden, für die ich verantwortlich bin, sondern in der Hand der Militärbehörde. Was die Beschwerden über öffentliche Versammlungen betrifft, in denen die Wahlrechtsvorlage besprochen werden sollte, so hat sich im Laufe der Zeit bei sämtlichen Militärbeschlüßhabern die übereinstimmende Praxis herausgebildet, daß sie öffentliche politische Versammlungen nicht zulassen, um möglichst Verurteilungen der öffentlichen Stimmung, die eine Gefährdung der ruhigen und sicheren Stimmung des Durchhaltens bis zum Siege herbeizuführen könnten, zu vermeiden. Ich halte diesen Standpunkt der Militärbeschlüßhaber persönlich für berechtigt. Die Darlegungen des Herrn Braun enthalten nach verschiedenen Richtungen hin arge Uebertreibungen. Es ist bedauerlich, wenn das von der Tribüne aus, wo im Augenblick eine Widerlegung nicht erfolgen kann, in das Land hinaus geht.

Bezüglich der Wohltätigkeitsvereine und ihrer staatlichen Beaufsichtigung und Genehmigung stimme ich Herrn Abg. Linz bei. Auch bezüglich der Verwaltungsreform bin ich mit Herrn Linz der Ansicht; der Landrat muß in seiner Eigenart als Personalbeamter erhalten werden, er darf nicht Chef einer großen Behörde werden. Denn sonst geht die Führung, die er im Kreise mit den einzelnen Instanzen haben soll, verloren. Was die Staatsaufsicht betrifft, so habe ich meine Ansicht wiederholt dargelegt. Es muß der Aufsichtsbehörde die Befugnis gegeben sein, wenn in einer Gemeinde die ihr obliegenden Aufgaben durch die Art und Weise, wie ihr Beamtenkörper organisiert und befehligt, in ungenügender Weise erfüllt werden, einzugreifen und zu sagen, du mußt für diesen oder jenen bestimmten Zweck einen Beamten mehr einstellen, sonst droht der ganze Betrieb. In großen Städten kommt das nicht vor, aber in manchen kleinen Städten wird manchmal recht unangebrachte Sparsamkeit geübt. Die Fürsorge der Beamten liegt uns sehr am Herzen.

Abg. Lüdicke (Kons.): Was die Staatsaufsicht betrifft, so dürfte eine gewisse Beschränkung aufrecht zu erhalten sein, insofern es sich um die staatliche Genehmigung bei Aufnahme von Anleihen handelt. Anerkennen wird man müssen, daß die Zeit, in der die Städte am Gängelbande geführt wurden und vielleicht auch geführt werden mußten, vorüber ist, nachdem die Selbstverwaltung sich in dieser Weise, wie wir sie jetzt haben, durchgebildet und sich bewährt hat. Die bisherigen Bestimmungen über das Ausscheiden der Städte aus den Landkreisen sind sehr buntschichtig und bedürfen der Reform. Das Problem Groß-Berlin ist sehr schwierig. Eine Eingemeindung großer Stiles könnte nur erfolgen, wenn ein gewisser Zwang ausgeübt würde. Große Gemeinden wie Charlottenburg haben nicht den Wunsch, in die Stadt Berlin hineinzukommen. Eine Provinzabteilung hat andererseits auch schwere Bedenken. Als dritte Lösung käme die Samtgemeinde in Betracht, die vom Oberverwaltungsgerichtsrat Geuzner schriftstellerisch vertreten wird. Geklärt ist das Problem noch nicht. Ueber den Zweckverband kann man heute noch kein abschließendes Urteil abgeben. Die Fragen bedürfen noch der näheren Prüfung.

Die Vaterlandspartei hat sich ein großes Verdienst erworben, daß zufolge ihrer Tätigkeit Parteien des Reichstages von der Verzichtserklärung abgerückt sind; sie hat die Verzichtserklärung tatsächlich zunichte ge-

macht. Der Streik vom Januar ist nicht unerwartet gekommen, er wurde von der Tribüne dieses Hauses und von der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie durch ein Flugblatt angekündigt. Es ist widersinnig, zu sagen, die Wahlrechtsvorlage gebe den Grund zum Streik ab. Von einer Verschleppung kann keine Rede sein. Eine genaue Prüfung ist nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Parteien. Durch eine herrschaftslüsterne Minderheit darf der Sieg nicht gefährdet werden.

Abg. Cassel (Fr. Volkspartei): Meine Freunde gehen in erster Linie davon aus, daß auch den Beamten, wie allen Staatsbürgern, das Recht der Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung durchaus gelassen werden muß. Wir bedauern, daß man in der Vergangenheit sich an diese Grundsätze gerade auf Seiten der Parteien, die jetzt sehr lebhaft in die Klage des ursprünglichen Antrages Fuhrmann eingestellt haben, nicht gehalten hat. Dies Recht der Beamten wie das gesamte Beamtenrecht muß geschlecht festgelegt werden. Der Herr Minister hat selbst gestern erklärt, wir müssen es in unserem Staat erreichen, daß in den Beamten das Gefühl vorhanden ist, daß mit ihm nicht willkürlich umgesprungen werden kann.

Mancher Unfug scheint von einzelnen Landräten mit den Ausfuhrerlaubnissen für bestimmte Lebensmittel gemacht zu werden.

Was die Fragen der Zensur und der Behandlung des Vereinsrechts betrifft, so vertreten wir auch da den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und dem Recht. Die Zensur wird einseitig betrieben, daß sie von manchen Zensoren in den Dienst einseitiger Parteibestrebungen gestellt wird, daß sie mit ungleichem Maße die Elaborate der verschiedenen Parteien behandelt, daß Versuche gemacht werden, die Duldung von Zeitungen zu erkaufen dadurch, daß die Redakteure sich ihrer Gefinnung abwendig machen. Ein verächtlicher Versuch, der aufs schwerste zu tadeln ist. Ich verkenne die Schwierigkeiten des Herrn Ministers nicht, die er in dieser Sache hat. Das Gesetz besteht nun einmal und der Herr Minister muß auch selbst dem Gesetz folgen. Aber eins, Herr Minister, könnte doch geschehen: daß diejenigen Beamten der Zivilverwaltung, welche in solcher Weise als Zensur wirken, welche in solcher Einseitigkeit wie der Polizeipräsident in Stettin gegen das Versammlungsrecht und gegen die Pressefreiheit sich ergehen, die Teilnahme an solchen Dingen von ihren Vorgesetzten unterlagert wird.

Im Ausschuss habe ich im Namen meiner Partei und auch ein nationalliberaler Redner das Verfahren des Generalkommandos zwecks vollständiger Uebergebung der Rede des Herrn Braun durchaus gerügt. So sehr ich mich mit dem Herrn Kollegen Braun über die Ursachen des Streiks im Gegenseitigen befinde, so muß ich doch anerkennen, daß seine Rede durchaus vom Gesichtspunkte des Interesses des Vaterlandes gehalten war. Er hat den Streik zu erklären versucht, so wenig wie er ihn gebilligt hat, und warum solche Reden Schaden können, wenn sie hinauskommen, kann ich nicht einsehen. Was das Problem Groß-Berlin betrifft, so ist es sicher vielgestaltig. Der Zweckverband hat, vollkommen verfehlt. Ein Lastenausgleich würde nur eine Zahlungsgemeinschaft sein, was ohne Verwaltungsgemeinschaft keinen Frieden schafft. Ein anderes Gebilde muß geschaffen, es muß ein kommunales Gebilde herbeigeführt werden. Das ist notwendig im Interesse einer gesunden friedlichen Entwicklung.

Abg. Adolph Hoffmann (Unabh. Soz.):

M. H., zuerst einmal ein paar Worte über den Zweckverband. Meine Freunde sind über die Eingemeindung anderer Ansicht. Die Gründe, die Herr Linz angeführt hat, und die gegen die Eingemeindung sprechen, scheinen uns durchaus nicht stichhaltig zu sein. Er hat unter anderem darauf hingewiesen, daß ein Stadtparlament dann in Berlin — heute hat es bereits 144 Mitglieder — so groß wäre, wenn alle nicht hinzukämen, wie der Landtag. Das stimmt nicht ganz. Aber der Landtag ist auch größer als der Reichstag, es wäre also auch kein Unglück. Herr Abgeordneter Linz hat aber auf eine Schrift von einem gewissen Haberland Bezug genommen. Ich glaube, er hätte diese Schrift und diesen Mann lieber nicht anführen sollen. Er ist einer der größten Grundstückspekulanten, und sich besonders auf seine Schrift zu berufen, scheint mir sehr unglücklich zu sein.

Der Zweckverband ist ein Verband, der wirklich keinen Zweck hat, wenn ich auch zugebe, daß Wandlung zu schaffen notwendig war und daß auch die freisinnige Stadtverordnetenversammlung manches geleistet hat. Hätte sie das nicht getan, wäre die Eingemeindung längst durchgeführt. Aber es wäre andererseits später möglich, wenn die Regierung der Eingemeindung auch dann nachgegeben hätte, als diese verlangt wurde.

Was Herr Abgeordneter Linz dann noch betrifft der Parität besonders mit Bezug auf Berlin sage — ja, in Berlin ist gütlicherweise im Stadtparlament bis heute kein konfessioneller Streit aufgetaucht, und die Parität, die im Linzischen Sinne gewünscht wird, würde höchstens diesen Kampf herbeiführen. Daß die Gestalt des Zweckverbandes eine andere werden muß, ist selbstverständlich; aber sie wird erst dann anders werden, Groß-Berlin wird erst dann ein anderes Aussehen bekommen, wenn es in Frieden anders aussteht.



Bei dem Fort des Ministeriums des Innern ist es natürlich unmöglich, an der sogenannten

### Wahlreform

vorüberzugehen, wie es auch den verschiedenen Vordnern unmöglich war. Es ist ja nun ein halbes Jahr, daß die Vorlage des Haus beschäftigt. Man läßt sich Zeit, und wenn hier auch immer wieder, auch von den heutigen Rednern, vor allen Dingen von Herrn Abgeordneten Lüdicke dem widersprochen wurde, daß eine Verschleppung stattfindet, so werden Sie nicht einen Menschen finden, der das glaubt. Ja, ich bin der Meinung, es gibt sogar eine ganze Menge Herren, die das sagen und es selber nicht glauben. Diese Wahlreform ist für gewisse Leute eine verächtliche Frühgeburt gewesen; sie meinen, sie wäre viel zu früh gekommen, man hätte ja bis nach dem Kriege warten können. Dann hätten sie die Herren nämlich ungehörter ablehnen können. Während des Krieges müssen einige der Herren vom Zentrum und auch von den Rationalisten gezwungen Ja sagen, weil sie aus wahlkaffischen und aus andern Gründen nicht anders können; aber nach dem Kriege hätte man die Geschichte ohne weiteres beiseite schaffen können. Deshalb halten sie die Wahlreform für eine Frühgeburt, und da sie unglücklicherweise noch ein bißchen lebt, suchen sie ihr nach Möglichkeit den letzten Funken von Lebenslicht anzublasen. So ziemlich ist das ja gelungen — noch nicht ganz; die Wahlreform lebt zwar nicht mehr, aber sie zuckt noch ein wenig, und da hat man sie in Behandlung beim Herrenhause gegeben und erwartet nun, daß dort der Gnadenstoß erfolgt. Das Herrenhaus ist aber ebenso schlau wie die Rechte hier; es denkt gar nicht daran, das auf sich zu nehmen. Das Herrenhaus wird ein wenig an diesem halb zum Kadaver gewordenen Korpus herumoperieren, dann werden wir ihn im Abgeordnetenhaus wiederleben, und so wird das anmutige Spiel fortgesetzt werden, bis der Krieg zu Ende ist, wenn das Kind nicht vorher an Entkräftung stirbt. Die Herren Heydebrand, Osten, Lohmann und sein Gefolge haben ja im Herrenhaus gute Freunde, die alles daran setzen werden, daß es so kommt, wie sie es wünschen. Wer soll sie daran hindern? Die Regierung? Die Herren Minister? Ach, du lieber Himmel, dazu gehören doch ganze Männer, und die Herren Drews und Friedberg sind alles mögliche, nur keine politischen Uebermenschen. Das können Sie nicht gut verlangen. Sie sind ganz bescheldene kleine Menschenlein, wie sie ja auch sonst hier im Hause reichlich vorhanden sind. Sie werden dafür sorgen, daß Ihnen und ihren Interessen kein Schaden geschieht. Jedenfalls sind die Minister den Herren v. Heydebrand, v. d. Osten, Lohmann, Bredt, ja selbst dem ollen erstlichen Seemann, der ja geben mußte, nicht gewachsen. Die Minister haben ja keine Kraft, den Leuten entgegenzutreten und ihnen zu widersprechen. Für die Herren Minister gilt das Wort: „Ich möchte wohl, aber ich traue mir.“ Warum ist die Wahlvorlage gekommen; warum ist sie in der jetzigen Zeit gekommen? Sie ist in der Zeit der Bedrängnis gekommen. Nun ist die Bedrängnis augenblicklich nicht vorhanden, und da möchte man das Ding wieder beseitigen, und ich glaube, es würde auf der rechten Seite des Hauses, in der Mitte des Hauses, sowie auch von der Regierung kaum eine Träne nachgeweint werden, wenn man die Wahlvorlage auf anständige Weise wieder beseitigen könnte.

Aber selbst wenn die Minister sie durchsetzen wollten, auf wen sollten sie sich denn stützen? Auf die linke Seite des Hauses mit ihren schwankenden und schlotternden Gestalten? Die ist doch — das müssen wir zugeben — wirklich nicht in der Lage, mit Grundlosigkeit Minister zu stützen oder von ihnen Grundzüge zu verlangen. Die Herren der Rechten haben mit Mut und Energie — das Zeugnis stelle ich ihnen gern aus — rücksichtslos ihre Interessen vertreten. Würde die Linke halb so energisch und rücksichtslos sein wie die Herren auf der Rechten, dann hätten wir das Wahlrecht längst in Preußen. Sie haben der Wahlrechtsvorlage nicht nur sämtliche Zähne ausgebrochen, sondern auch alle Gliedmaßen verkrüppelt und die Lebensfähigkeit von vornherein ausgeschloffen. Also, wenn die Geschichte wirklich Geseh wird, dann laden Sie, wie jetzt Herr Delbrück lacht. Dann freuen Sie sich und sagen: Na, die Geschichte kann uns nicht mehr schaden. Konsequent aber, wie die Herren nun einmal sind, wollen sie nicht einmal, daß dieser Wechselbalg leben bleibt, und suchen ihn nun selber noch abzuwürgen. Und man kann den Herren nicht einmal Unrecht geben; denn es ist ein so häßliches und lebensunfähiges Monstrum, das schon so aus der Kommission gekommen ist, wo es ja von allen verschandelt worden ist, die in der Kommission gelesen hatten, nicht unschuldig sind auch die Regierungssozialisten. — Ja, wohl, mit  $\frac{1}{6}$ , ja mit  $\frac{1}{10}$  Zugeständnissen hat man sich zufrieden erklärt, und wie die Geschichte zur Welt gekommen ist, wie sie im preussischen Abgeordnetenhaus von der Kommission vorgelegt worden ist, da wäre diese Vorlage, ganz abgesehen davon, wie das Haus sie gestaltet hat, dazu angehen, für lange Zeit aus dem Abgeordnetenhaus, wenn nach diesem Geseh gewählt würde, ein ausgeprägtes Krüppelheim zu machen — ich meine in geistiger Beziehung — und jede Reform für die Zukunft zu verhindern. Das Leitmotiv der Freisinnigen vom Bülow-Block ungelassen Angebenens hieß: „nicht ausschalten lassen“ — der Bülow-Block ist bekanntlich durch die Paarungsversuche zwischen Karpfen und Ranaiden zur Welt gekommen. — Damals wurde von Seiten der gesamten Sozialdemokratie das beste Geseh angestimmt über diese Freisinnigen, die sich in dieser Weise aus Angst, sie könnten ausgeschaltet

werden, immer wieder heranzumachen suchten; und jetzt sehen wir dieselbe Geschichte bei den Regierungssozialisten. Jetzt machen Sie es genau so, und daran hindern alle Wutartikel des Kriegserfah-Bortwärts nichts, da helfen auch die Kameraden nichts, die der Kollege Haentisch im Hamburger Regierungs-Echo losläßt. Die Wut der Leute, daß es Männer gibt, die ihre abhängige Durchhätterei, die bald schon mehr an Zuhälterei grenzt, nicht mitmachen, ist ja begreiflich, da sie dadurch umso deutlicher gekennzeichnet werden. — Zur Zeit des Bülow-Blocks, sage ich — und das ist nicht zu widerlegen! — hätte die ganze Sozialdemokratie aller Schattierungen von Hohngelächter wieder über diese Angstphlistier, die Freisinnigen, die um keinen Preis sich ausschalten lassen wollten, die alle reaktionären Zumutungen mit Heldengrimassen heruntergeschludert, alle Rückwärtsereien in den Kauf nahmen, nur um in dem Regierungsblock zu bleiben und ferner da gebuhlet zu werden; da hätte dieses Hohngelächter von allen Schattierungen der Sozialdemokratie (Heiterkeit.) Welches Hohngelächter müßte nun jetzt erschallen, wo die Regierungssozialdemokraten es genau so machen, wo die Regierungssozialdemokraten es nicht besser machen, um nur bei dem Block zu bleiben! Ich brauche ja nur auf die trampschaften Versuche hinzuweisen, die Sie machen, immer noch der Resolution des Reichstages eine Auslegung zu geben, die auf jeden Unbefangenen und auf Ihre eigenen Blockbrüder geradezu lächerlich wirkt. Das unsagbare Geseh der Nichtachtung dieser unwürdigen Blockpolitik müßte Sie doch nun endlich zur Vernunft bringen. Heute sind ja so einzelne Töne schon durchgeklungen. Seit 4 Jahren verlangen wir ganz intensiv die Aufkündigung des sogenannten Burgfriedens. Heute endlich hat auch der Abgeordnete Braun sich dazu verstanden, den Burgfrieden als eine Farce zu erklären. — Immer habt Ihr (zu den Sozialdemokraten) den Burgfrieden hochgehalten, Eure ganze Gewaltpolitik gegen uns ist nur gekommen, weil wir gegen diesen Burgfrieden waren und nicht den Burgfrieden, sondern die sozialdemokratischen Grundzüge hochhalten wollten.

Gerade das Ministerium des Innern mit seiner Verkörperung der preussischen Polizei- und Reaktionswirtschaft zeigt, wie spottwohlfeil man Grundzüge verschachtet. Die Wahlrechtsvorlage in der jetzigen Gestalt mit ihrem jammervollen Almosen, mit dem man sich abfinden lassen will, zeigt doch recht deutlich, wohin wir gelangt sind bei den Leuten, die sich noch als Opposition bezeichnen. Hier kann man sehr treffend die Worte des Reichstagsabgeordneten Wendel anwenden, der seinen eigenen Fraktionsgenossen zurief: „Sollen wir um ein solches Linsengericht unsere Ehre, unsere Seele, unsere Zukunft verschachern?“ Die Worte sind so deutlich und so klar, daß man wirklich nichts mehr hinzuzufügen braucht für jemanden, der sehen will. Herr Braun hat heute ja den Erlaß, den der Abgeordnete v. Trampczynski im Reichstage zur Sprache gebracht hat, selber vorgebracht, den Erlaß des Ministers des Innern, der um so deutlicher zeigt, wie die Regierungssozialisten mit ihren Hoffnungen auf die Zukunft tatsächlich ab absurdam geführt sind. Wie Ihre Gedanken, daß Sie von der Regierung als vollberechtigt angesehen werden, daß es „keine Parteien mehr gibt“, verwirklicht werden, zeigt ja am besten der Erlaß des Regierungspräsidenten in Opyeln an die Landräte. Der Erlaß stammt ja erst von Ende Mai d. J. Ich will ihn nochmals in seinem letzten Teile vorlesen:

Bei den polnischen Berufsvereinen ist das Vorgehen geboten, da sich ihre Bestrebungen immer nach national-polnischen Tendenzen richten. Gegen die sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände vorzugehen, hält der Minister des Innern zur Zeit nicht für ratsam. Besonders soll möglichst von Strafverfolgungen abgesehen werden, um nicht jetzt einen gerichtlichen Austrag herbeizuführen. Ich bitte, diese Bewegung gut zu überwachen, und wo man ein Einschreiten für notwendig hält, vorzugehen.

Die Erklärung, die der Herr Minister heute dazu gegeben hat, war sehr leidend, indem er sagte: Da ist gar nichts dabei. Nein, von seinem Standpunkt aus gewiß nicht und von Ihrem (nach rechts) erst recht nicht.

Während des Krieges muß der Burgfriede gehalten werden, greift nur die Regierungssozialisten und ihre Verbände nicht an, nachher werden wir sie schon klein bekommen, nur jetzt, „zur Zeit“ ist es nicht richtig. Wer da nicht hören und sehen will, muß doch stocktaub und stockblind sein, dem ist nicht zu helfen. Dieser Erlaß ist der Dank vom Hause Drews. Nach dem Kriege werden Sie schon den Dank noch reichlicher für die treuen Hausknechtsdienste bekommen.

Das ist ja auch ganz selbstverständlich. Wer das nicht voraussah, hat es entweder nicht sehen wollen oder er leidet an so bedenklichen Selbstirungen, daß man ihn wirklich nicht zum „Führer“ nehmen kann. Welch unsagbares Gefühl der Nichtachtung, sagte ich, wird die entwürdigende Blockpolitik der Scheidemänner auslösen, wenn nach dem Kriege erst mal abgerechnet wird, und die Dinge öffentlich festgestellt werden können.

Bei diesen Debatten ist immer und immer wieder gesagt worden: das Volk wäre viel zu untreu, das war die Diagnose, die immer und immer dem Volke gefällt war, diesem Volke, das in allen Schichten an der Front verblutet und hinter der Front an Entkräftung zugrunde geht. Sogar die Neuerungen des Abgeordneten Braun — er hat

ja heute selber drauf verwiesen — wurden als Beweis der politischen Unreife empfunden. Es genügt also den Junkern noch lange nicht, daß die Regierungssozialisten alle sozialistischen Grundzüge in Grund und Boden treiben, daß sie die brutale Macht, die Eroberungspolitik der herrschenden Klassen durch immer erneute Bewilligung der Kriegskredite unterstützt haben. Solange Sie den Junkern nicht völlig willenslos aus der Hand strafen, bleiben Sie politisch untreu und das Volk des gleichen Wahlrechts unwert. Die Gedanken über das Volk hat ja der Herr Oldenburg-Zauschau am besten zum Ausdruck gebracht, wenn er meinte, daß Volkes Stimme so viel wie Rindviehstimme sei. Nun, Herr v. Oldenburg und alle, die wie er denken, aber zu schlau sind es zu sagen, daß nach diesem fürchterlichen Kriege — der in Massenvergiftung und Augenblendung ausgeartet ist — die Zeit vorüber wird sein, daß die Massen wie das liebe Rindvieh sich wieder in das Joch spannen lassen. Der Janusshauer wird sich allerdings wie andere Leute versuchen auf den Ausfall der Wahlen in Niederbarnim, auf den Ausgang der Wahlen in Zwickau. Diese Wahlen haben das Vertrauen zu den Massen bei uns nicht im geringsten erschüttert. Rückschlüsse sind bei jeder Vorwärtsbewegung, bei jeder Anebelung sowie bei systematischer Fälschung durch die Presse immer und immer eingetreten. Das wissen wir. Die Masse ist immer wieder in die Arme der Reaktion getrieben worden. Das war so beim Sozialistengesetz, das war so bei der Karnewahl, bei der Hottentottenwahl. Aber das Erwachen kam immer sehr rasch und schnell hinterher, und dieses Erwachen wird auch diesmal kommen. Die Masse wird nach diesem Kriege schnell wieder zu der grundsätzlichen Politik des wahren Sozialismus zurückkehren; dafür sorgen ja die herrschenden Klassen und die Regierung selbst am besten. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die 3-Milliarden-Steuer vorlage im Reichstage ja schon das nötige herbeiführen wird, die eine Unsumme von neuen Belastungen des armen und mittleren Volkes durch indirekte Steuern bringt. 1915 da war es der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Südekum von den Regierungssozialisten, — der freiwillige junge Mann der Regierung, der ja im Auslande lange für die Regierung herumgetrieft ist. Er erklärte in Nürnberg wortlich:

Keine Regierung wird es wieder wagen, neue Verbrauchssteuern dem Reichstage vorzulegen, weil die Sozialdemokratie die Regierung während des Krieges unterstützt.

Ach, war das ein Irrtum! war das ein Reinfall! als das Inkett neuer Steuern kam. Herr Südekum wird seine Meinung über die Regierung ändern müssen. Sie wagt es und sie wird es noch öfter wagen; denn wenn sie die ganzen Kriegslasten von den bestehenden Klassen erheben würde, dann würde ja die Revolution viel eher da sein; die sind nicht so geduldig, die lassen es sich nicht gefallen, und die Herren von der Rechten wissen es genau. Ich erinnere an die Versammlung im Zirkus Busch, wo erklärt wurde: wenn die Regierung es so weiter treibt, dann werden wir zu den Sozialdemokraten gehen. Sie haben ja noch nicht gefragt, ob Sie aufgenommen werden. Da sie das Attestat auf Ihre Portemonnaie nicht dulden, wird die Regierung immer mit neuen Steuern kommen, welche der großen Masse aufgebald werden; der Reichstag wird sie apportionieren, und der großen Masse werden die Augen auf- und übergeben, und sie werden sehen, wo die sind, die ihre Interessen vertreten und wo nicht. Eine Tagespresse für den Sozialismus in seiner wahren Gestalt gibt es in Berlin überhaupt nicht. Wir haben in Berlin wiederholt um die Erlaubnis nachgesucht. Zuerst ist vom Oberkommando erklärt worden: grundsätzlich wird während des Krieges keiner neuen Zeitung hier Erlaubnis zum Erscheinen gegeben. Dann, eines Tages, hatten wir in unserm Mitteilungsblatt, einem Blatt, das alle Woche erscheint, für eine Stadt wie Berlin ein sehr mangelhafter Beheß, auf die vielen Anfragen geantwortet, die an uns kamen, doch ein tägliches Blatt herauszugeben, daß das Oberkommando grundsätzlich dazu seine Zustimmung nicht gibt. Da nahm der Zensor des Oberkommandos den Kostift und strich das Wort „grundsätzlich“. Das wäre nicht der Fall, sondern es würde vom Oberkommando von Fall zu Fall entschieden. Darauf haben wir sofort wieder eine Eingabe gemacht und ersucht, ein täglich erscheinendes Blatt zu genehmigen. Nun bekamen wir die Antwort: für die unabhängigen Sozialdemokraten gibt es grundsätzlich keine Genehmigung. Jetzt war der „Grundsatz“ auf einmal wieder hergestellt.

Nachdem uns auch die „Neue Zeit“ geraubt war, also sogar dem Gründer derselben sie genommen worden war, wurde uns nicht die Zustimmung vom Oberkommando gegeben, ein wissenschaftliches Organ wie die „Neue Zeit“ zu begründen. Die Abhängigen dagegen bekommen auch da, wo sie in einer noch so kleinen Minderheit sind, wie in Leipzig, Halle, Weimar, Düsseldorf ohne einen Bedürfnisnachweis trotz Papiermangels die Erlaubnis, neue Blätter erscheinen zu lassen. Das zeigt doch klar und deutlich, warum man so vorgeht. Da soll man sich doch nicht beklagen, wenn wir diese Sachen hier feststellen. Wir müssen es ja hier feststellen, sonst kommen wir ja gar nicht zu Worte. Denn wie unsere Zeitungen unterdrückt werden, so werden unsere

Versammlungen „grundsätzlich“ überall verboten. Den Unabhängigen verbietet man Versammlungen; man macht es ihren Zeitungen unmöglich, zu erscheinen, in Berlin, in Kiel, in Hamburg, überall. Die besten Kräfte der Unabhängigen werden ins Gefängnis gesteckt, so wie sie sich irgendwie bemerkbar machen, oder zum Hilfsdienst eingezogen, sie werden bei Streiks



wie bei dem letzten zu vielen Hunderten zur Straße eingezogen, nach dem Schützengraben gebracht. Man hat ja auch heute ein Loblied gesungen auf den verstorbenen Generaloberst v. Kessel. Gutes kann man von ihm nur dann reden, wenn man etwas weiß. Ich aber bin auch der Letzte, der den General v. Kessel für das verantwortlich macht, was er getan hat; er ist ja nur ausführende Person eines Systems, und wenn ein anderer kommt, macht er es nicht besser, weil er nur der Ausdruck des Systems ist. Wenn aber selbst liberale Blätter in Berlin, die liberal sein wollen wie die „Vossische Zeitung“, so weit gehen und sagen — ich will den Satz im Allfalle ganz wiedergeben —: dem Volke — die gering bemittelten Schichten keineswegs ausgenommen — wäre der Oberkommandierende so etwas wie der große Bruder gewesen. Sie werden sagen: das ist stark! Ich sage: es gibt auch große Brüder, die den kleinen mit Pantinen auf den Kopf schlagen.

Nun möchte ich aber ein paar Worte sagen zu den trüben Quellen, aus welchen die Oberkommandos ihr Material schöpfen. Ich wies schon vorhin darauf hin: das sind Polizeiinstitutionen. Eine traurige Rolle spielt die sogenannte politische Abteilung. Wo ist die Erfüllung des Kaiserwortes: „ich kenne keine Parteien mehr“. Wenn das jemals Gültigkeit gehabt hätte, dann hätten an dem Tage, wo das ausgesprochen worden war, sämtliche Geheimnisse der politischen Abteilung verbrannt und vernichtet werden müssen. Denn diese Geheimnisse sind gerade ein Beweis dafür, daß die Parteilichkeit und Verleumdung nie aufgehört hat, sonst hätte diese Vernichtung erfolgen müssen. Statt dessen ist das System in den vier Kriegsjahren in einer Weise ausgebaut, daß es alles bisher Erlebte tief in den Schatten stellt. Und trotz alledem trotten die Regierungssozialisten immer noch hinterher hinter den Hurrapatrioten, und wenn es selbst noch so sehr im Reiche triselt, so daß der vorhin erwähnte Reichstagsabgeordnete Wendel sagt: Die Wackelpolitik triumphiert, die Vaterlandspartei flagt, Graf Rebenikow ist oben auf, wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Der Scherbenhaufen ist nach der Meinung Wendels die ganze bisherige Krieg- und Friedenspolitik der Abhängigen. Die ganze Wahlreform war und ist weiter nichts als eine politische Bauernfängererei ersten Ranges. Mit lächerlichen Scheinreformen wagt man das Volk abzuspiesen, das zu Millionen für die herrschenden Klassen sich abschlachten und zu Krüppeln machen lassen muß. Und warum? Damit die Pfaffen, die zu den gräßlichen Weheleien noch ihren Segen geben, weiter das Volk auch künftig — auch die Jugend — zu ihrer Art „Nächstenliebe“, zu „Christlichem Dulden“, zur geduldbigen Untertanengesinnung erziehen können, damit die Engrosprofiteure vom Erschlagen der Daimler, Behr-Blinow usw., die Junker und Schlotbarone ihr Porzellan gegen die notleidende Volksmehrheit füllen und schützen können. Und eine solche Behandlung läßt sich das deutsche Volk von den Junkern und Junkerengenossen gefallen in einer Zeit, wo in England, in England, in Amerika den Frauen das Wahlrecht gegeben wird. Bei uns haben die Frauen nur das Recht, sich in den Munitionsfabriken um ihre Gesundheit bringen zu lassen, Kinder zu gebären und zu hungern mit ihren Kindern. Diese Behandlung ist nur dadurch möglich, daß die sogenannte Sozialdemokratie — d. h. ein Teil der Sozialdemokratie, die ich als sogenannte bezeichne — das saubere Geschäft übernahm, den herrschenden Klassen bei der Demagogie des arbeitenden Volkes Schmiere zu streichen. Selbst als der deutsche Botschafter in London nach Ausbruch des Krieges seine Stimme für die Wahrheit über den Angriffskrieg und Eroberungskrieg erhob, machten sich die Regierungssozialisten zu Helfern der Schuldigen. Nur dadurch wurde es möglich, daß die ganze reaktionäre — wie soll ich mich ausdrücken — Hundewut gegen den Lichnowsky losgelassen werden konnte. Trotz aller Enttäuschungen sind wir mehr denn je überzeugt, daß die Zeit kommen wird, an welcher dem getäuschten Volke die Augen aufgehen werden und es fürchterliche Rechenschaft verlangen wird von den Schuldigen. Für die Millionen, die die Opfer dieser Politik der Täuschung und des Volksbetrugs geworden sind, ist es leider dann zu spät. Noch jetzt wäre der Augenblick, wenn die Sozialdemokraten alle Kräfte aufbieten würden; reitungslos würde Lug und Trug zusammenbrechen und die Demokratie in Deutschland siegen, wenn sie den Mut hätte, nur jetzt die Konsequenzen zu ziehen. Der ganze Apparat des Ministeriums des Innern, auch des neuorientierten, ist natürlich darauf eingestellt, den Sieg der Demokratie zu verhindern. Es ist lächerlich, daß noch immer wieder behauptet wird, wenn es hier zum Konflikt käme, dann würde wie in Rußland der Feind siegen, und die Eroberungen nach Herzenslust lämen dann gegen uns in Anwendung. Wenn es hier zum Konflikt kommt, dann trägt die nimmerfatte Herrsch- und Gewinnsucht der bestehenden Klassen die Schuld; sie haben allein zu verlieren. Das arme ausgeplünderte, mit Papiergeld und Raubergeschäften gefüllte und gepöppelte Volk kann nur gewinnen. Ein demokratisches Deutschland hätte in aller Welt Freunde. Siegte die Demokratie in Deutschland, hätte Deutschland auch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, nicht einen solchen Frieden, wie Deutschland Rußland aufgezwungen hat. Selbst wenn ein Clemenceau den Krieg weiter führen wollte, würde ihn die Revolution der Arbeiter wegsetzen, genau wie die Kriegsheber in England und Italien. Es würde der Sieg der Demokratie weiter nichts herbeiführen als die Verteidigungskräfte in Deutschland stärken und uns mit der Welt wieder anzuschließen.

Da nun in den Kommissionsverhandlungen auch beim Haushalt des Ministeriums des Innern die Erörterung über den großen

### Massenstreik

weiten Raum eingenommen hat, ist es notwendig, dazu auch etwas zu sagen, insbesondere, da wir ja in der Kommission weder die noch die Stimme hatten; müssen wir also hier auch auf Einzelheiten eingehen. Wir müssen erstens der vollständig unrichtigen Sachdarstellung des Herrn Ministers des Innern entgegen-treten. Herr Dr. Dreßler hat in der Kommission behauptet, in Groß-Berlin hätten von 1200000 Arbeitern nur 180000 an dem Streik teilgenommen, also nur 12 Prozent. In der Wahlrechtskommission hat er das wiederholt und erklärt, daß sich in der Provinz die Teilnahme noch erheblich geringer gestellt hätte; von der deutschen Arbeiterschaft seien nur 10 Proz. in den Streik getreten. Schon aus diesen Zahlen selbst läßt sich die Unrichtigkeit der Behauptung nachweisen. Da nur in einer ganz beschränkten Zahl von Städten gestreikt wurde, müßte bei 10 Prozent der Gesamtheit der Arbeiterschaft ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Arbeiter gestreikt haben. Um wieviel werden dann aber die Berliner Zahlen erhöht werden müssen. Wenn man also dem gutgläubigen Publikum Märchen erzählen will, muß man sie wenigstens in der Form von Tausend und Einer Nacht bringen, sonst glauben sie selbst politische Kinder nicht.

Wie sehen aber die Zahlen aus? Sehen wir uns die Berliner Zahlen einmal näher an! Der Minister behauptet, es gäbe insgesamt 1200000 Arbeiter in Berlin. Während des Streiks hieß es in den offiziellen Nachrichten erst, es wären nahezu 100000 Streikende in Berlin, zuletzt gab man 200000 zu und erklärte, das wäre gering gegenüber einer Anzahl der Gesamtarbeiter von 700000. Damals waren es also 700000, jetzt wurden es mit einem Male im Munde des Herrn Ministers 1200000. Um die Zahl der Streikenden recht gering erscheinen zu lassen, mußte die Zahl der Gesamtarbeiter um 500000 höher gestellt werden. Und das bezeichnet man nachher als eine Kleinigkeit. Wie man hier 500000 addiert hat, hat man sie von den Streikenden abgezogen. Wenn die offiziellen Nachrichten während des Streiks 200000 Streikende zugaben, können Sie ohne weiteres annehmen, daß es über die doppelte Anzahl war; dann reicht kaum eine halbe Million für Groß-Berlin. Wir sind die letzten, die eine Ursache hätten, die Zahlen anzuhäufeln. Je nüchtern wir die Wirklichkeit ansehen, je besser für die kommenden Kämpfe! Die halbe Million ist eine Tatsache, die keine Polizeilegende und kein Unternehmerverschwindel wegleugnen kann.

Der nicht endenwollende Krieg, der Hunger muß die Völker zur Verzweiflung treiben. Die Kräfte der Arbeiter, die sie zur Arbeit hergeben müssen, können durch die Art der Ernährung nicht ersetzt werden. Es nützt ihnen nichts, wenn sie statt 20 Mark 100 Mark und mehr in die Hand gedrückt bekommen. Papier ist geduldig. Was macht es Ihnen aus, ob Sie darauf eine 20 oder eine 100 drucken lassen; das kostet keinen Pfennig mehr, kaum mehr Papier! Der Arbeiter bekommt so gut wie nichts dafür. Die Butter ist jetzt glücklicherweise im Schleichhandel auf 25 bis 30 Mark emporgestiegen. Schließlich gibt es auch bei den deutschen Arbeitern kein Halten mehr, wie es auch in Oesterreich geschah, als die Bewegung Riesenwellen schlug. Zweimal ist in Oesterreich schon die Warnung ergangen. Auch die Eisenbahner — sie sind in dem Betriebe tätig, den Sie den wichtigsten nennen — haben sich angeschlossen. Das mag dem Eisenbahnminister in Preußen zur Warnung dienen. Gilt es: hart auf hart, dann nützt auch die Niederhaltung des Koalitionsrechts der Eisenbahner nichts. Uebrigens haben ja die Arbeiter in diesem Kriege eine Belehrung darüber bekommen, wie man auf Verträge preist. Diese Streiks und ihr Umfang wurden in Deutschland tolgeschwiegen. Die Zensur verbot alles; das Volk durfte und sollte die Wahrheit nicht erfahren. Zu diesem Zwecke, dem deutschen Volke die Wahrheit vorzuenthalten, sitzen ja über 480 Offiziere im Kriegspresseamt, die doch so viel nötiger an der Front wären. Hindenburg und Ludendorff sind nicht nur Höchstkommandierende der Armee, sondern sie schreiben auch dem Parlamente seine Politik vor, sie kommandieren die gesamte Presse. Die Wahrheit läßt sich aber trotz alledem nicht wegkommandieren; sie behält das letzte Wort. Sie läßt sich auch bei den Streiks nicht unterdrücken. Die Wahrheit muß aber feststellen, daß in Berlin über eine halbe Million und im Reich eine weitere halbe Million Arbeiter gestreikt haben: in Kiel 40000, in Hamburg 25000, in Essen 4000, in Danzig 15000, in Halle 5000, in Magdeburg 35000, im Regierungsbezirk Düsseldorf 20000, in Jena 1000, in Gotha 3000, in Leipzig 6000, in Köln 14000, in Cassel 20000, im Industriebezirk Nürnberg-Fürth 100000, im Schwemfurt 10000, in Mannheim 20000. Von denen in vielen kleineren Städten und Orten gar nicht zu reden. Als eine gute Million Arbeiter war in den Massenstreik eingetreten, der nicht nur Hunger- und Brotstreik genannt werden konnte, sondern der erste ernste Kampf um das hohe ideale Ziel der politischen Freiheit, der Kultur, der Menschlichkeit und des Friedens war. Das sind die großen Ideen, ohne die der Arbeiter und ohne die auch das Vaterland nicht gedeihen und ohne die ein Frieden nicht von Dauer sein wird. Sie nennen diejenigen Vaterlandsverräter, die da streiken oder die dem Streik nicht feindlich gegenüberstehen. Ja, meine Herren, wir sind anderer Meinung; wir sind der Meinung: Vaterlandsverräter sind diejenigen, die ein Volk zur Verzweiflung treiben, (Sehr richtig!) die die Menschheit ins Elend treiben, (Sehr

wahr! v. d. unabh. Soz.) die dieses Elend so lange aufrecht erhalten.

Waren denn die Forderungen der Arbeiter wirklich Landesverrat? Sie hatten eine Resolution angenommen, die verlangte: „Schnelle Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen, ohne Kriegsschadigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entsprechend den Bestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden, Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen. Waren denn diese Forderungen Landesverrat? Wir sagen im Gegenteil: das waren die Forderungen, die notwendig waren, wenn wir das Vaterland, das Deutsche Reich, vor allen Dingen seine Volkskräfte erhalten wollten.

M. H., die Völker sind doch keine Soldaten, die ohne Muten jede Torheit und Nichtswürdigkeit der augenblicklichen Machthaber zu ertragen hätten. Sie sind Bürger, die so gut ihre Meinung zur Geltung zu bringen berechtigt sind, wie nur ein Vaterlandsbündler, wie ein Tirpitz, wie ein Reventlow oder ein Fuhrmann. Hat etwa Tirpitz sich gefügt wie ein stummer Hund, und hat er alles über sich ergehen lassen? Das ist ihm gar nicht eingefallen. Er machte mit seinen Reden und Rundgebeten ganz Deutschland unsicher. Die Arbeiter haben es nicht so gut. Sie sind so gut wie rechtlos, wie vogelfrei geworden, wenigstens soweit sie nicht mit den Abhängigen den traurigen Schwanz von Hindenburg und Ludendorff bilden. Ihre Versammlungen werden verboten; ihre Zeitungen werden unterdrückt; alle Neugründungen werden nicht gestattet; ihre Führer werden verhaftet; ins Gefängnis, ins Zuchthaus gesteckt, und die noch auf freiem Fuße befindlichen erhalten ein Redeverbot, oder ihnen wird sonstwie ein Schloß vor den Mund gelegt. Auch alle Opposition in den Gewerkschaften wird mit Hilfe der Militäräditatur gewaltsam unterdrückt. Neuwahlen des Vorstandes wie bei den Metallarbeitern in Berlin werden nicht zugelassen. Damit die artigen Kinder unserer Imperialisten und Militaristen nicht als Arbeitervertreter fortgesetzt werden, deshalb läßt man es nicht zu. Was bleibt den Arbeitern gegen diese Gewaltpolitik, wenn es kein anderes Mittel mehr gibt, da noch übrig, als schließlich ihre Arbeit zu verweigern? Der Streik ist für die rechtlos Gemachten das einzige Mittel der Gegengewicht.

Was sonst noch gefordert wurde, das hat sich durchaus in diesen Grenzen gehalten. Ich will auch das feststellen: sie verlangten „ausgiebige Nahrungsversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsgebieten wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungsteile. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben, das Vereinsrecht tritt wieder vollständig in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in den Versammlungen. Das Schutzgesetz für die Arbeiterinnen und die Jugendlichen ist schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren zum Preussischen Landtag.“ Ja, m. H., wenn Sie sie mit 17 und 18 Jahren an die Front und in den Schützengraben bringen, dann werden sie wohl auch mit 20 Jahren mitbestimmen können über das Wohl und Wehe ihrer eigenen Person und des Vaterlandes. Das sind alles vollständig berechnete Forderungen, ja mehr noch: sie sind durchaus notwendige, dringend notwendige Forderungen, ohne deren Durchsetzung Deutschland unentrinnbar dem Verderben entgegengeht trotz aller sogenannten Siege. Das ist ein Minimalprogramm der allerbedeudendsten Art über die der jetzigen Schreckensherrschaft des Rüstungsapparats und der Kriegstreiber entgegenzustehenden Mittel, die gefordert werden müssen, um das verfassungsmäßige Recht und die Demokratie sicherzustellen. Das ist ja auch im wesentlichen das, was die Arbeiter in Oesterreich verlangten. Da hat man sie nicht als Landesverräter beschimpft, nicht mit dem Säbel traktiert und nicht mit Urlassbriefen an die Front geschickt; in Oesterreich hat man mit ihnen in der bestmöglichen Form unterhandelt, dort hat man Abstellung ihrer Beschwerden, Erfüllung ihrer Forderungen zugesagt; und bei uns? Sollen denn die Arbeiter in Deutschland niederen Rechtes sein als die Arbeiter in Oesterreich?

Daß wir eine solche Haltung einnehmen, ist doch eigentlich ganz selbstverständlich; das sollten Sie doch aus der Streikbestatte auch des Reichstages erfahren haben. Die vorletzlichen Reden unserer Genossen Haase und Vogtberg zu dem Streik, die Reden von Haase und Herzfeld zu der Zensur und dem Belagerungszustand jetzt erst sind ja doch wohl bekannt. — Ihnen zum mindesten: das Volk erfährt ja nicht alles. Die Zeitungen bringen so gut wie nichts, auch was von der Zensur nicht gestrichen wird; die Zeitungen sind ja so abhängig von der Zensur, daß sie es gar nicht mehr wagen, solche Reden zu bringen. Einzelne auch aus eigenem Entschluß absichtlich nicht, um sich selber nicht des Verrats zu zeihen, den sie an den Volksinteressen begehen. Nicht mindert ausgenommen und den Nagel auf den Kopf treffend waren die Ausführungen, die am 21. Februar im sächsischen Landtag die Genossen Fleißner und Seger gemacht haben. Mein Freund Fleißner sagte laut Genogramm — und die Worte treffen ganz genau auf Preußen zu —:



An sich ist der Massenstreik ein durchaus legales, gesetzlich erlaubtes Mittel, und es gibt auch während des Kriegszustandes kein Gesetz, das den Streik verbietet. Die Verordnungen und Gesetze, die man unter dem Belagerungszustande gemacht hat, sind Willkür, Diktatur, von keinem Parlament beschlossen und nach unserer Meinung überhaupt ein ungesetzlicher Zustand, da wir den ganzen Belagerungszustand für ungesetzlich halten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik zunächst auch in der Kriegszeit für die Arbeiterschaft die Anwendung eines durchaus legalen und berechtigten Mittels bedeutet.

Zum Schluß sagte er:

In dem Augenblicke aber, wo gegen die Anwendung dieses Mittels der Arbeiterklasse von oben herab die Macht, die man dort zurzeit besitzt, in rücksichtsloser Weise angewendet wird und wo dadurch gewissermaßen die Revolution von oben ergriffen, in dem Augenblicke ist natürlich die Tatsache gegeben, daß sich die Arbeiter unter der Zucht der Militärdiktatur beugen, schweigen, in die Maschinerie kriechen oder sich dagegen auflehnen. Nur die beiden Möglichkeiten gibt es. Daß es infolge solcher Vorgänge zu Zusammenstößen kommen muß, liegt auf der glatten Hand.

Die Ausführungen Fleißners sind für jeden Sozialdemokraten selbst verständlich. Kein denkender Arbeiter wird diese Dinge anders beurteilen. Ramentlich stimmt auch das, was Fleißner über die von den herrschenden Gewalten herausbeschworbenen Zustände gesagt hat. Darauf komme ich aber später noch zurück. Ueber das Gerede vom Landesverrat der Streikenden lacht jeder vernünftige Arbeiter. Solche Krast- und Gelworte machen ebensowenig Eindruck auf vernünftige Proletarier wie alle Drohungen und Gewaltmittel. Auch alle Täuschungsversuche über die Kriegslage und über die angebliche Nähe des Friedens können nur vorübergehend wirken. Jetzt ist nun abermals eine halbe Million nutzlos verblutet, und der Friede ist noch ferner und weiter als je zuvor. Ruß da nicht die Erbitterung der getäuschten Arbeiter fortgesetzt steigen? Vollends aber wird man Fiasko machen mit dem abernen Märchen von der Auswiegler aus dem Auslande. Des Spul haben wir ja heute wieder gehört von den Auslandsgebern. Sie glauben offenbar, weil das deutsche Geld von verächtlichen Subjekten im Auslande gern genommen wird zur Anzeiung von Revolutionen in Irland, Finnland, Amerika usw., da geschieht es hier auch so.

Es ist ja möglich, daß es auch hier einen Bolscha und ähnliches Gellichter gibt. Das kann ja gewiß nicht abgestritten werden. Sie müssen aber jedenfalls diese Leute kennen. Es ist eine alte Tatsache, daß diejenigen, die kein reines Gewissen haben, überall Gespenster und Sputzgestalten sehen. Wie unsere Kriegsmoral auf gewisse Kreise gewirkt hat, das zeigte sich ja besonders in dem Wiesbadener Prozeß, wo ein Hauptmann sich durch Schmiergelder bestechen ließ, das beweist der Fall der Behr-Pinnow, wo ein königlicher Kammerherr Geldgeschäfte getrieben hatte, die zum Himmel stiegen, das beweist die Käuflichkeit und Beflechtlichkeit eines großen Teils unserer Presse — denken Sie doch an den Inseratenumfang der berühmten Na —, und der Abgeordnete Braun hat jedenfalls nicht unrecht, wenn er von einem erschreckenden Tiefgang der öffentlichen Moral sprach, daß keine Scham mehr vorhanden wäre, mit Dieben zu verkehren, das erklärt auch das furchtbare Anschwellen der Jugendkriminalität, daß bei den Lebensmitteln alle Begriffe von Recht und Unrecht durcheinandertommen. Wenn alle die eingestechen werden sollten, die da sündigen, dann würde es so kommen, wie einst ein Minister zu Friedrich I. gesagt haben soll, als derselbe sagte, man müsse bei der Ueberhandnahme der Diebstähle alle Diebe, ohne jede Ausnahme, an den Galgen hängen: „Wollen Majestät ein Land beherrschen ohne Einwohner?“ So wäre es heute, wenn alle eingestecht würden, die hinterhändig Lebensmitteln zu erwerben suchten. Sie wären ja längst verhungert, wenn sie das nicht täten. Denken Sie doch daran, daß man den Bauern und dem Landwirte sagte: zeichnet nur recht hoch Kriegsanleihe, dann nimmt man es bei der Ablieferung nicht so genau. Die Ueberschüsse der Kriegsgesellschaften werden in Landratschlossern, Wohnungen und noch ganz anderen Dingen angelegt. Ich habe das Material hier, das ich vielleicht bei anderer Gelegenheit vorbringen werde, von einem Regierungspräsidenten, der aus diesem Fonds Autos und dergleichen sich beschaffte, so wird überall das Sprichwort wahr, wie es im Volke heißt: Wo gehobelt wird, da fallen Spähne.

Wie ist es nun bei dem Streik gewesen, von dem ich sprach? Da sagte der Kollege Braun, es wäre in der Staatshandhalts-Kommission besprochen worden und das, was er selbst darüber gesagt hat, hätte auf Befehl des Oberkommandos nicht gebracht werden dürfen. Ich will das gewiß nicht beschönigen, und bin ebenso wie Kollege Braun überzeugt, daß es sich um einen unerhörten Uebergriff des Oberkommandos handelt, wie er krasser nicht gedacht werden kann. Aber dieselbe Praxis wird ja vom Vorwärts uns gegenüber geübt, er schweigt uns absichtlich tot. Also, Sie haben eigentlich wenig Recht, sich über solche Fälschung der öffentlichen Meinung zu beschweren. Wenn man wirklich sehen will und hören will, dann könnte man die Wahrheit erfahren, die sich ja sofort zeigt, wenn man die Pressefreiheit wieder einführt. Drucken Sie doch die Deutsche Christ des Fürsten Lichnowsky in ihrem ganzen Inhalt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und den übrigen Zeitungen ab, geben Sie dem Volke doch die ganze Deutschchrist, nicht nur Bruchstücke, dann

wird sich schon ein anderes Bild daraus ergeben. Drucken Sie doch den Brief des ehemaligen Krupp-Direktors Mühlson ab, dann wird das Volk sehen, wie die Wahrheit in Wirklichkeit aussieht. Wenn die breite Oeffentlichkeit erst den genauen Inhalt dieser Bekenntnisschriften erfährt, dann wird sie daran ein ganz hübsches Weisheit zu verdauen haben. (Sehr richtig!) Also, m. H., wer selbst so viel Dred am Steden hat, verschone gefälligst die Arbeiter mit dem Märchen von der Auswiegler der Streikenden, besonders mit dem Gespenst des Auslands. Da sollen russische Funkensprüche Wunder gewirkt haben. Na, die Arbeiter haben doch noch keine Funkenstationen. Die Funkenstationen der Gewalthaber haben unbedeutende Ausruhe unterdrückt, die russischen Aufrufe der russischen Regierung sind ja unterdrückt und den Arbeitern nicht mitgeteilt worden. Wenn eine drahtlose Telegraphie zwischen den Proletariats-Auslands und Deutschlands vorhanden ist, dann besteht sie in der politischen Gleichgestimmtheit, in der gegenseitigen Sympathie, in ihrem internationalen Solidaritätsgefühl. Das ist die Telegraphie, die vorhanden ist! Diese Funkentelegraphen wird auch weiter funktionieren, und je länger dieser Krieg dauert, um so lebhafter und um so wirksamer wird sie ihre Aufgabe erfüllen.

Seltam ist es schon, daß der neue Herr Dr. Drewws sich darüber entrüstet, daß die Streikenden bei ihren geforderten Verhandlungen mit der Regierung Entgegenkommen und Erfüllung ihrer Wünsche vorausgesetzt hatten. Na, das ist doch aber eigentlich etwas Selbstverständliches. Wie können sie denn Forderungen aufstellen, wenn sie nicht ein solches Entgegenkommen voraussetzen? Die Streikenden, laimentierte Herr Dr. Drewws, wollten die Beendigung des Streiks von Bedingungen abhängig machen, die aber eine ungebührliche Zumutung gewesen wären. Oberwörtlich sagte der Herr Minister nach dem Kommissionsbericht — ich will das wörtlich zitieren.

Das bedeute, die Regierung habe mit Leitern der Streikbewegung darüber verhandeln sollen, ob unter der Voraussetzung des Entgegenkommens der Regierung eine verkehrliche Haltung fortgesetzt werden soll oder nicht.

Wenn man das aus dem schönen, verrenkten und verkniffenen Büro- und Polizeideutsch in die Sprache normaler Menschen übersetzt, dann soll das wohl heißen, daß eine Verhandlung schon die Anerkennung, ja die Unterstützung des Streiks bedeuten würde? Das ist aber ganz im Geiste unseres rückständigsten und rücksichtslosesten Scharfmachtentums gedacht, das ja auch mit brutaler Herrengebarde jede Unterhandlung mit den Streikenden ablehnt. Den Herren v. Jedlich, Beumer und Fuhrmann hat der Herr Minister jedenfalls aus der Seele gesprochen. Es ist einmal hier vom Ministertisch gesagt worden: wir besorgen ja nur Ihre Geschäfte. Wir sehen, daß der neue Minister es nicht anders macht. Aber für jeden Arbeiter steht es anders; für jeden modernen Menschen ist damit der Vertreter des alten, verrottenen Macht- und Herrenstandpunkts für alle Zeiten erledigt und abgetan. Gewiß, man mag heute lächeln; man ist in der Nacht. Einstweilen haben Sie die Machtmittel; einstweilen benutzen Sie sie noch und denken gegen Demokraten schützen nur Soldaten. Das hat man auch in Rußland gedacht, bis man unsanft auf geschreckt und eines Besseren belehrt worden ist. Und wenn Sie sagen: wir sind aber nicht in Rußland, — so tun Sie doch durch Ihre absolutistische, zaristische Politik alles, um unsere Zustände denen des alten Rußland rapide zu nähern. (Sehr richtig!) Darüber kann kein Zweifel bestehen. Schon ist ja in den Straßen Berlins Bürgerblut geflossen; schon sind Männer und Frauen niedergeschossen, hundweise niedergeschlagen worden. Glauben Sie, daß das auf den Feldgrauen da draußen besonders erhebend wirkt, wenn die Frau schreibt: Ich bin niedergeschlagen worden? Gewiß, es gibt darunter viele Verdorbene, die sich durch ihre Einstellungen in der Presse, durch Ihre Täuschungen über den Streik und die ganze Kriegspolitik gedulbig verwirren lassen und gläubig das nachbeten, was Sie sagen. Aber es gibt auch Hunderttausende von Feldgrauen, die über das Vorgesagene in Zorn und Ingrimm aufstodern, und die man als Gemahregelle zum Schützengraben hinschaffe, werden erst recht als Sauerleig unter den Feldgrauen wirken. Darauf können Sie sich verlassen trotz all ihrer Schutzmittel, die das zu verhüten suchen. Wie wäre es denn auch anders möglich, da die Gemahregellen ja während des Streikes die Herrlichkeiten unseres Systems so gründlich kennen gelernt haben! Die Gemahregellen wissen ganz genau, wie die Polizei von erster Stunde an mit den Arbeitern, mit Hunderttausenden der besten und wertvollsten Staatsbürger umgegangen ist. Die Gemahregellen wissen, wie man alles unterdrückt, wie man das Gewerkschaftshaus, das Haus der Durchhalter, gesperrt hat, wie man verhindert, daß die Arbeiter dort berieten, wie man die Arbeiter bewußt und systematisch auf die Straße getrieben hat. Man wollte eben den Putsch haben; vor die Säbel und die Brownings sollten die Streikenden getrieben, und in Terror und Blut sollte die Bewegung unterdrückt werden. Man hat darauf hingewiesen: denn mal, in Moabit ist ein Wachtmeister von der Polizeimannschaft gefallen! Ja, das ist leider geschehen. Auch das bebauern wir. Wir stehen auf dem Standpunkt: die Vernichtung auch nur eines Menschenlebens ist immer zu verurteilen. Wir sind allerdings der Meinung: ganz egal, ob es das Leben eines Dienstmädchens, eines Anechtes oder eines in Berlin Gekleideten ist, vor der Majestät des Menschenlebens sollen wir stehen haben. Haben Sie bei dem Millionenopfer dieses Krieges aber diese

Scheu gehabt? Wo ist denn der erste Schuß bei dem Streik in Berlin gefallen? Nicht in Moabit: ich will es Ihnen sagen: in Treptow! als unser Genosse Dittmann verhaftet wurde, als er dort zu den Anwesenden im Parle sprach. Den Tag vorher hatte ich in Treptow in einer Versammlung gesprochen, die in einem Saale stattfand. Die Versammlung sollte erst nicht freigegeben werden; sie war dicht gedrückt voll. Wir haben immer und immer wieder mit dem Anstaltsvorsteher unterhandelt, und schließlich war er vernünftig genug und hat die Versammlung gestattet. Ich habe zu den Leuten gesprochen, und die Leute sind ruhig nach Hause gegangen, es hat sich nichts ereignet. Am nächsten Tage hat man aber auf höheren Befehl von Berlin aus alle Versammlungen unmöglich gemacht, hat damit die Leute auf die Straße getrieben, und als sie im Park zu Treptow zusammen waren, und Dittmann auf Wunsch einige Worte an sie richtete, wurde er verhaftet; ehe er von der Bank, auf der er stand, heruntergerissen wurde, fiel ein Schuß, und dieser Schuß war wie ein Signal. Erst auf diesen Schuß hin kam die fernstehende Polizei dorthin gestürzt und nahm Dittmann fest. Ich will auch feststellen, wer den Schuß abgegeben hat. Der Mann heißt Gutschmidt, er wohnt in Baumhuldenweg, Riefholzstraße 266/70, und soll der Bruder des Assessors des Amtes in Treptow sein, er selbst ist im Reichsamt in der Riefholzstraße zu Baumhuldenweg (Treptow) beschäftigt. Vielleicht genügt das. Da ist der erste Schuß gefallen, und da er mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat, können wir annehmen, daß es ein Signalschuss war. Feststellen wird sich das natürlich nie lassen. Man hat so großes Geschrei über den Zwang gegen Arbeitswillige, über das Umwerfen von Straßenbahnwagen erhoben. Ja, das geschah aber erst, als die Polizei jedes Beraten, jede Leitung des Streiks unmöglich gemacht hatte, als die Leitung im Gewerkschaftshause unmöglich gemacht worden war, als die Streikkommission verfolgt wurde, überall, wo sie sich sehen ließ, suchte man ihrer habhaft zu werden, sie festzunehmen, als alle Versammlungen verboten und die Massen auf die Straßen getrieben waren, da ist es zu solchen Szenen gekommen. Hätten sie die Arbeiter ruhig weiter beraten lassen, so hätte sie Selbstdisziplin gehalten. Das hat man aber gewünscht, und das wollte man nicht. Man glaubte, den Streik aufs schnellste klein zu bekommen, wenn man mit Gewalt vorging. Gegen das Verhalten der Regierung, der Militärbehörde und der Polizei müßten wir Protest einlegen.

Natürlich, solange Proletarier und Proletarierführer die Schutztruppe unserer Imperialisten und Oberungspolitiker bilden, solange sind sie gnädigst gelitten; solange werden die Regierungsozialisten auch reklamiert. Das kann nun nicht mehr bestritten werden, und ich will hier an dieser Stelle nochmals daran erinnern, daß das ganz offen und ehrlich zugegeben ist in der grünen Broschüre des General-Kommandos des VII. Armeekorps, deren Geschichte Sie ja kennen. Diese grüne Broschüre ist mit dem Staatsgeld geschaffen, Regierungsgewerkschaftler und Sozialisten haben dazu Handlangerdienste geleistet, die haben es übernommen, die Broschüre nicht nur fertig zu stellen, sondern auch zu verbreiten. Der Herr Oberleutnant Gießenich hat das den Herren in einer Zusammenkunft ja ganz offen gesagt, er hat gesagt:

Meine Herren wir haben für Sie nun schon manches getan in Reklamationsverhandlung. Nun wünschen wir von Ihnen auch eine Gefälligkeit. Eine Hand wäscht die andere.

So wird reklamiert, und so wird dann der Dank dafür abgestattet. Es kann also nicht mehr bestritten werden, daß solche Reklamationen in der Weise gemacht werden. Und das macht dann vielleicht manches begreiflich, was vorgeht. Wenn aber ein gemeinsames Völkerrecht, wenn ein Rechtsfriede verlangt wird, wenn man für eine wirkliche Demokratie eintritt, dann wird man zum Vaterlandsverräter gestempelt, dann wird man mit dem Säbel und eventuell mit blauen Bohnen traktiert. Es ist nur natürlich, daß sich das der Arbeiter nicht kalten Blutes gefallen läßt und daß es zu Akten der Wiedervergeltung kommt. Das ist eigentlich ganz selbstverständlich. Sie (rechts) wären die letzten, die sich das gefallen ließen; Sie würden sich schneller wehren, Sie würden nicht so lange geduldig sein, wie die Arbeiter Geduld bewiesen haben. Aber die Schuld für solche Vorfälle trägt die Regierung, die Schuld tragen die Vertreter des nackten Herrenstandpunktes, die Lobredner und die Verfälscher der Säbelidioten.

Um wieder auf die Straßenkämpfe in Berlin zurückzukommen, wer einen unerbürdigen Zeugen dafür braucht, wie die Dinge sich bei dem Streik abgespielt haben, wie wütend man gegen die Einwohner vorgegangen ist, gegen die Frauen der Feldgrauen, der hat nur nötig, sich an den Abgeordneten, schlagigen Vizepräsidenten des Reichstags, Herrn Scheidemann, zu wenden, der in der allerrücksichtslosesten Weise von Polizeifäulnis mißhandelt wurde. Scheidemann muß Ihnen doch ein vollwichtiger und einwandfreier Zeuge sein, er ist doch der willfährigste Regierungshandlanger gewesen, so daß er nicht als Heher, als Volksaufwiegler oder gar als Landesverräter gelten kann. Er war auch in die Streikleitung hineingegangen, aber doch nur, um dem Streik das Genick abzudrehen, um dem Streik ein Ende zu bereiten. Er mußte also der reaktionären Regierung im Grunde willkommen sein. Und die Herren Scheidemann, Ebert und Braun,

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Berantw. Redakteur: E. Peid; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Timm, Berlin, Köpenicker Str. 26/28.



(Fortsetzung aus der ersten Beilage.)

die in dieses Streikkomitee mit hineingingen, sie hätten im Innersten gar keinen schmerzlichen Wunsch, als den unerwünschten und ärgerlichen Streik sobald als möglich beizulegen, und zwar unter den denkbar bescheidensten Bedingungen für die Arbeiter. Erklärte doch Herr Braun in der Kommission, daß man in Verhandlungen die Aufhebung des Versammlungsverbots gewünscht habe, um Forderungen, die in der ersten Dikté gestellt worden seien, auf das vernünftige Maß zurückzuführen. Also nur zu dem Zwecke sollten die Verhandlungen freigegeben werden, nicht um die Streikenden bei der Vertretung ihrer Forderungen ehrlich und energisch zu unterstützen, übernahmen die Parteivorstandsmitglieder der Abhängigen das ihnen anvertraute Mandat, sondern um dem Streik das Rückgrat zu brechen, die Arbeiter zu einem baldigen sanften Frieden zu bringen und unseren Imperialisten und antidemokratischen Machthabern zu helfen. Kein politisch einigermaßen Unterrichteter konnte ja auch die Scheidemann nach ihrer ganzen Renegatenpositionalität anders beurteilen und ihnen etwas anderes zutrauen. Was die Regierungsozialisten beabsichtigen, hat ja auch der abhängige Abgeordnete Sindermann im Sächsischen Landtage am 21. Februar 1918 mit dürren Worten ausgesprochen: Er sagte — ich zitiere wörtlich:

Nachdem uns berichtet wurde, daß in den einzelnen Betrieben teilweise Streiks ausgebrochen sind, haben wir sofort gesagt: jetzt heißt es für uns, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten, zunächst einmal mit der Regierung, dem Herrn Minister des Innern, in eine Unterredung einzutreten, ob es nicht irgendwie möglich wäre, den Arbeitern beruhigende Zusicherungen zu geben.

Beruhigende Zusicherungen! Also mit ein paar der üblichen Schlafpulver sollten die Arbeiter schleunigst eingekullt werden. Wenn die Machthaber sich nicht von vornherein auf die Gewaltlosigkeit lapriziert hätten, dann wäre ihnen also gar kein besserer Sachwalter und Vertreter ihrer Interessen entstanden als Scheidemann und Genossen. Sie hätten es einfach damit erreicht. Sie wollten es aber nicht, sie wollten die Massen auf die Straße haben, sie wollten sie niederschlagen. Diesen Herrn Scheidemann, der längst für seine Verdienste um Thron, Altar und Militarismus alle möglichen Orden und Ehrenzeichen, vielleicht sogar den Hohenzollernschen Hausorden verdient hätte, ihn maltratierte man auf den Straßen Berlins in der fürchterlichsten Weise von selten der Polizei. Der Fall ist so recht typisch für das Vorgehen unserer Polizei gegen Streikende, und ich werde deshalb die Darstellung, wie sie Herr Braun in der Kommission gegeben hat, wörtlich anführen. Er sagte:

Ein klassisches Beispiel für das sinnlose und rohe Vorgehen der Polizei sei die Behandlung seines Parteifreundes Scheidemann. Dieser habe sich an dem fraglichen Tage nach Moabit begeben, um zu sehen, was dort passierte, und beruhigend auf die Leute einzuwirken. Er sei auf der Straße in einem gewissen Abstand hinter einem Trupp von 30 Mann hergegangen, der sich ganz ruhig fortbewegt habe. Diesem Trupp seien zwei Leute entgegengekommen, die mitgeteilt hätten, in Moabit werde geschlagen und geschossen. Als Abgeordneter Scheidemann mit den Leuten im Gespräch gewesen sei und ihnen geraten habe, umzukehren, seien 20 Schutzleute unter Führung eines Leutnants erschienen, die sofort auf diese Leute eingeschlagen hätten. Die Leute seien dort hineingedrängt worden, wo die Krawalle stattgefunden hätten. Abgeordneter Scheidemann sei ganz allein auf der Straße stehen geblieben. Darauf hätten die Schutzleute ihn mit Püffen und Fußtritten angefallen. Abgeordneter Scheidemann habe gebeten, wenn er sich vergangen habe, ihn festzustellen oder zu verhaften, und habe sich als Abgeordneter legitimiert. Darauf seien sofort vier Schutzleute über ihn hergefallen und hätten ihn in der rohesten Weise behandelt. Darauf habe er den Polizeileutnant um Schutz gegen diese Rohheit gebeten; dieser habe jedoch erklärt, er sei nicht zuständig, die Leitung habe ein Polizeihauptmann. Als sich Abgeordneter Scheidemann an diesen gewandt habe, habe ihm dieser gesagt, es sei alles gut, er solle weggehen. Der Polizeihauptmann habe die Namen der Schutzleute nicht festgestellt. Er (Rebner) könne sich danach vorstellen, in welcher Weise die Polizeibeamten in anderen Stadtteilen gegen die Passanten vorgegangen seien. Daher sei es nicht verwunderlich, wenn so beklagenswerte Ereignisse, wie sie vorgekommen seien, tatsächlich stattgefunden hätten. Es sei merkwürdig, daß über das Vorgehen gegen Scheidemann in der Deutschen Tageszeitung eine Notiz gestanden habe, die zweifellos nur von der Polizei herrühren könne, da außer dem Abgeordneten Scheidemann keine Zivilperson bei dem Vorfall zugegen gewesen sei. In dieser Notiz werde dargelegt, daß die Schutzleute ihre Bemühungen hätten fortsetzen müssen, da sich ihnen der Abgeordnete Scheidemann widersetzt hätte. Wegen dieses Bericht habe Abgeordneter Scheidemann eine Notiz an den „Vorwärts“ gegeben und darin kurz die tatsächliche Sachlage zum Ausdruck gebracht. Die Zensur habe jedoch verboten, diese Mitteilung abzuändern. So werde es gemacht, indem zuerst mit roher Polizeigewalt gegen einen Bürger vorgegangen und dann mit roher Zensurgewalt jede tatsächliche Missetatung unterdrückt werde.

So hat Herr Abg. Braun in der Kommission den Fall dargelegt, wie er ihm sicher von seinem Vorstandskollegen Scheidemann mitgeteilt worden ist. Was hat der Herr Minister des Innern darauf geantwortet, was hat er darauf zu entgegnen gewußt? Ich will der Parität wegen auch seine Darstellung aus dem Kommissionsbericht in Wortlaut wiedergeben.

Abgeordneter Braun habe von einem seiner Meinung nach brutalen Vorgehen der Polizei gegen den Abgeordneten Scheidemann gesprochen. Er habe bereits durch eine Zeitungsnotiz von der Anwesenheit des Abg. Scheidemann in Moabit erfahren und sich über diesen Fall Bericht eingefordert. Danach habe sich allerdings die Sache wesentlich anders abgespielt, als der Abgeordnete Braun sie dargestellt habe. Ein zur Unterfütterung der in Moabit durch die demonstrierende Menge in Bedrängnis geratenen Beamten entsandtes Schutzmannskommando sei in der Kaiserin-Augusta-Allee auf eine größere Menschenansammlung gestoßen. Der leitende Polizeioffizier habe eine Kette bilden lassen und angeordnet, niemand durchzulassen und die Menge in die Beustelstraße abzurängen. Beim Näherkommen sei von mehreren Schutzmännern der dem Zuge vorangehende Abgeordnete Scheidemann erkannt, der zweimal mit hochgehobener Hand der Menge zugewinkt habe, ihm in der Richtung auf die Beamten zu folgen. Trotzdem von den Beamten durch Winke und Zurufe zum Zurückgehen aufgefordert sei, habe der Abgeordnete Scheidemann mit mehreren anderen Personen die Absperrung zu durchbrechen versucht. Hieran gehindert, habe sich Herr Scheidemann auf seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter berufen und der ergangenen Aufforderung zum Weitergehen in einem so langsamen Tempo Folge geleistet, daß er kaum von der Stelle gekommen sei. Erst daraufhin habe ihn ein Beamter am Arm angefaßt und weiterzuschleppen versucht. Als dann von einigen anderen Beamten die Schwierigkeiten bemerkt wurden, die der Abgeordnete Scheidemann durch sein Verhalten hervorrief, seien noch zwei weitere Beamte hinzugezogen und hätten ihn, zunächst ohne ihn anzufassen, vorwärts zu drängen versucht — wie sie das gemacht haben, ist mir nicht recht klar — und ihn dann am Oberarm gefaßt und auf den Fahrdamm geschoben. Nach nochmaligem vergeblichen Versuch, durch die Sperre zu kommen, habe Herr Scheidemann sich an dem ihm zunächst gehenden Polizeileutnant gewandt, sei aber an den leitenden Offizier gewiesen und habe diesem unter Verweisung auf seine Abgeordneteneigenschaft erklärt, die Beamten hätten kein Recht, ihn anzufassen. Erst als ihm darauf von dem Kommandoführer erklärt worden sei, er müsse den Anordnungen wie jeder andere folgen und wenn er das nicht tue, so müsse Zwang angewendet werden, sei Herr Scheidemann der bereits auseinandergelassenen Menge gefolgt. Er habe keine Ursache, dem amtlichen Bericht keinen Glauben beizumessen. Differenzen in der Darstellung könnten im Laufe der weiteren Verhandlungen klargestellt werden. Einstweilen müsse er erklären, daß er das Verhalten der Schutzleute, wie es in dem Bericht geschildert sei, in jeder Beziehung als vollkommen korrekt anerkennen müsse. Die Berliner Schutzmannschaft habe mit dem Militär verständnisvoll Hand in Hand gearbeitet.

Ich muß sagen, der Herr Minister bestätigt durch seinen Bericht eigentlich die Darstellung Scheidemanns. Ein Trupp von 30 harmlos ihres Weges gehenden Arbeitern erhalten von zwei Entgegentkommenden die Nachricht, daß vor ihnen die Polizei schlage und schieße. Scheidemann rät ihnen, umzukehren. Da kommen von hinten 20 Schutzleute, die die 30 Mann in die Gefahrzone, wo geschossen wird, hineindrängen wollen. Scheidemann versucht, den Beamten die Lage klar zu machen, aber die Schutzleute winken ab, wollen nichts hören. Als Scheidemann sich trotzdem nähert, wird er zurückgestoßen und mit Püffen und Stößen auf die Beine gebracht. Als er nicht rasch gehen will, wird ihm besonders nachgeholfen. Seine Legitimation als Volksvertreter trägt ihm bei den Schutzleuten nur Hohn und doppelte Pässe ein. Ein Leutnant, bei dem er Zuflucht gegen die Mißhandlung, das unsinnige Kesseltreiben sucht, erklärt sich für unzuständig. Der Polizeihauptmann lehnt jede Feststellung der Beamten ab und rät dem verprügelten Reichstagsabgeordneten, sich schleunigst auf die Socken zu machen. Und das widerspricht ausgerechnet dem Musterpatrioten Philipp Scheidemann, dem Idol aller Zipselmägen, dem Schwarm aller Revolutionäre in Filzstiefeln und dem heimlichen Ehrenmitglied aller vaterländischen Jungfrauenvereine.

Ich habe auch selbst Gelegenheit gehabt, einer solchen Attade beizuwohnen. Ich bin also auch Leidtragender, und daß ich selber Säbelhiebe erhalten habe, wird Sie (nach rechts) besonders freuen. Glauben Sie aber nicht, daß mir mit diesen Säbelhieben eine bessere Meinung von den preußischen Zuständen beigebracht worden ist. Ich habe übrigens dabei einen sehr netten Leidensgefährten gehabt, der nicht nur wie ich Säbelhiebe über Blinck und Kreuz bekam, sondern dem der Schädel gespalten worden wäre, wenn er nicht Widerstand gegen diese Art von Staatsgewalt geleistet, indem er herzhalt zugriff und den Säbel des Polizeibeamten festgehalten hätte; das war der Reichstagsabgeordnete Otto Wels. Das ist einem in Ihrem Sinne „patriotisch veranlagten Durchhalter“ passiert, und zwar im Friedrichshain, wo man ebenfalls rücksichtslos dreingeschlagen hat.

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe solcher Fälle anführen, will aber zum Schluß dieses Kapitels nur noch zwei Fälle bringen, die von einigen unbetrefflichen Zeugen berichtet werden, die in die Massen hineingeraten waren, wie das bei solchen Gelegenheiten öfter passiert, also Leute, die auch in Ihrem Sinne unschuldig sind. Da schildern Damen die Affäre, die sie erlebten, wie folgt — ich zitiere wörtlich —:

Am 31. Januar 1918, abends 1/11 Uhr, kamen wir von der Schilderstraße her in die Alexanderstraße, um vom Alexanderplatz mit der Straßenbahn nach Hause zu fahren. Vor dem Polizeipräsidium kam ein Mann entgegengefahren, der von einem

Soldaten mit blankem Seitengewehr verfolgt wurde. An der Jagd auf diesen Mann beteiligten sich auch einige Zivilpersonen, wahrscheinlich Kriminalbeamte, in größerer Anzahl. Die Menge wurde in die Kaiserstraße hineingetrieben. Der Alexanderplatz war auffallend leer; nur Soldaten und Schutzleute und einzelne Zivilpersonen waren zu sehen. In der Haltestelle vor der Untergrundbahn stand ein Mann, der mißhandelt worden war und heftig aus Mund und Nase blutete. Auf dem Rasen lag ein anderer Mann, der allem Anschein nach die Krämpfe bekommen hatte, weil er so verprügelt worden war. Wie wir bei diesem Mann stehen bleiben wollten, um ihm zu helfen, wurden wir in ganz gewöhnlicher Weise angefahren von einer Zivilperson — es handelte sich um Damen —: macht mal, daß Ihr weiter kommt, dreckige Gören! Auf eine Bemerkung: Seit wann haben denn Zivilpersonen etwas zu sagen? trat ein Mann, unserer Ueberzeugung nach ein Polizeigang mit der Eisenbahnermütze, an und drohend heran und sagte, indem er uns weiter trieb: gut mal nicht so frech, dämliche Göre; sonst werde ich dir zeigen, wo du hingehörst!

Das wurde uns sehr anschaulich demonstriert. Ein junger Mann, der ruhig und schnell mit einem jungen Mädchen über den Platz ging, wurde von einem sehr jungen Soldaten angebrüllt: schneller laufen, los, los! der Mann kehrte sich gar nicht um, sondern ging ruhig weiter. Der Soldat lief jetzt hinter ihm her und schlug ihn von hinten sofort so über den Kopf, daß der Betreffende nach vorn übertaumelte. So wurden noch mehrere Personen mißhandelt, und sobald einer auf einen Menschen einschlug, kürzten sich noch andere Personen auf diesen, so daß immer fünf oder sechs auf einen Passanten einhiebten.

Als wir nachher vorn auf der elektrischen Bahn über den Platz fuhren, sahen wir, wie fast jeder, der über den Platz ging, in dieser Weise angefallen wurde. Darunter waren sogar drei kleine Knaben aus einer höheren Schule und eine junge Dame. Unsere Bahn konnte wegen einer großen Schlägerei nicht weiter fahren, und wir waren direkt gezwungen, eine unerhört rohe Szene mit anzusehen. Eine Frau wurde von mehreren Männern so geschlagen, daß sie zur Erde fiel, und wenn sie sich wieder aufrichtete, kürzten immer mehr auf sie zu. Ein Teil dieser Männer war mit biden Knäpeln — wahrscheinlich waren es die berühmten Gummiknäpeln — bewaffnet. Diese Vorgänge erregten bei den Fahrgästen der Elektrischen große Empörung; denn dieselben hatten zum Teil schon meist selbst solche Ueberfälle aushalten müssen. Darunter waren zum großen Teil Frauen.

Verwundert waren alle darüber, daß die Schutzleute, die dicht neben unserer Elektrischen standen und zusehen, wie die Frauen geschlagen wurden, nicht einschritten, sondern diese Personen bei ihrem sauberen Handwerk sogar noch zu unterstützen schienen. Der Fahrer unserer Elektrischen, der vor Aufregung und auch wegen des Anstaus vor dem Wagen nicht weiter fahren konnte, wurde von einem Schutzmann angebrüllt: Pos, los, weiterfahren, hier nicht stehen bleiben! Besonders groß war das Erstaunen darüber, als wir am nächsten Tage in der Zeitung lasen, daß unbekannte Rowdies unbekannte Personen auf dem Alexanderplatz angefallen hätten, und daß es mit Hilfe der Polizei gelungen sei, die Ordnung wiederherzustellen. Uns schien es, als ob die unbekannteren Rowdies nicht weit vom Alexanderplatz wohnten; denn sie gingen mit einer Schneidigkeit gegen Frauen und Kinder unter den Augen der Polizei vor, wie man sie nur dort zu finden gewohnt ist.

Das sind Zustände, über die der Herr Minister orientiert sein muß; denn alles, was die Militärbehörde in solchen Fällen macht, geschieht ja auf Information von selten der Polizei, wie ich Ihnen noch zu beweisen hoffe.

Einen zweiten Fall, der auch eine Frau betraf, will ich Ihnen auch noch kundgeben — und damit will ich die Liste der Mißhandlungen für heute schließen, obwohl sie zu Hunderten passiert sind. Auch hier lasse ich den Wortlaut der Beschwerde folgen:

Wir wurden also zurückgetrieben. Eilige Demonstranten flüchteten in die Häuser, ein Teil wurde in die Spandauer Straße gedrängt, eilige — das spielt in der Kaiser-Wilhelm-Str. — geradeaus bis zum Neuen Markt. Zu denen gehörte auch ich und mit mir eine andere Frau aus unserem Orte. Dieselbe hat mich noch an der Ecke der Kaiser-Wilhelm-Straße und dem Neuen Markt, doch mit ihr zusammen zu bleiben, da sie sich hier nicht aus noch ein lenne. Auf einmal erfolgte wiederum ein furchtbares Rennen der Demonstranten. Ich wollte mich nach der Frau umsehen, daß sie mitkommt. Da erlöschten wiederum Rufe der Demonstranten: „Langsam gehen, nicht so laufen!“ In demselben Augenblick aber war diese kurze Straße schon leer, und ich vernahm hinter mir einen Säbelhieb, einen furchtbaren Aufschrei, es war die Frau aus meinem Ort. Ich wandte mich um und sah sie in gebückter Haltung dahinter und rief ihr zu: „Was ist geschehen?“ Doch weiter kam ich nicht, als dieser brutale Mensch den Säbel schwingend schon hinter mir stand und rief: „Du hast sollst auch noch eins haben!“ und schon fauchte der Säbel auf meinen Kopf nieder, ehe ich mich flüchten konnte. Verämbt blieb auch ich stehen. Auf einmal kam mir der Gedanke: „Stüchle nur, sonst nimmst dich der Schurke noch fest“, und so kam ich in die Bischofsstraße. Da sah ich gerade, wie zwei Beamte auf eine Demonstration mit blanker Waffe dreinschlugen, niederschlugen, wieder aufspringend und wieder niederschlagend. Ein dritter Beamter eilte



hinzunehmen, und ich glaube bestimmt, es war Versenkung, der uns beide wehrlose Frauen so traktiert hatte. Ein entschliches Bild, mit Worten nicht wiederzugeben.

Ja, ist denn da die Schaffgeduld der Arbeiter nicht zu bewundern? Die Arbeiter waren da in solchen Massen, daß sie mit den paar Schutzleuten fertig geworden wären, wenn sie nicht ihre Ruhe behalten hätten, wenn sie nicht den Beweis erbracht hätten, daß sie mehr als Geduld haben gegen solche schamlose Behandlung.

Wir haben also alle Ursache, den Herrn Minister aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß solche geradezu skandalöse Szenen sich nicht wiederholen. Geschlecht es — ob Streiks wiederkommen, dafür können wir auch beim besten Willen nicht aufpassen; das hängt von der Ernährung, das hängt von der Haltung dieses Hauses, das hängt von der Art ab, wie Sie die Massen reizen. Wenn aber wieder so etwas vorkommt, wieder so brutal vorgegangen wird und die Arbeiter die Geduld verlieren, dann machen Sie nicht die Arbeiter verantwortlich, sondern diejenigen, die in so brutaler Weise ihr Handwerk ausüben. Es waren — ich bin überzeugt — zum großen Teil nicht einmal wirkliche Schutzleute, sondern Unteroffiziere in Schutzmannsuniform. Auch kürzlich hat man ja gemeldet, daß man in Neuruppin besondere Truppenabteilungen für den Kampf mit Streikenden ausbildet. Wir haben ja jetzt als Oberkommandeur den Karpathenkämpfer hier; vielleicht hat er besonderes Talent dazu. Unteren herrschenden Gewalten ist alles zuzutrauen, und Goethes Wort, daß Blut ein ganz besonderer Saft sei, hat ja für Sie selbst die Geltung verloren. Auch Bürgerblut ist für Sie kein besonderer Saft mehr. Aber das Volk registriert und merkt sich das gut, es prägt sich alle solche Handlungen und Drohungen und Mißhandlungen sorgfältig im Gedächtnis ein, es wird sich auch merken, daß der Minister des Innern auf diese Beamten das hohe Lied über das Verhalten der Schutzmannschaft während des Streiks angestimmt hat. Diese Saat, die uns unsere Gewalthaber ausgestreut haben, wird und muß eines Tages aufgehen und Früchte tragen.

Meine Herren, die Informationen, welche die Polizei dem Herrn Minister und der Militärbehörde gibt, sind die Grundursachen solcher Szenen; und wenn denn die, die diese Informationen geben? Welche Elemente sind denn die Handlanger der politischen Abteilung? Vor kurzem ist unter besonders tragischen Umständen eine Genossin in Berlin gestorben, die Mitglied des Zentralvorstandes der unabhängigen Partei von Berlin. An diese Genossin hatte sich vor einigen Wochen ein Mann herangeschlingelt, — die Genossin ist seit einigen Jahren Witwe, ihr Mann war im Kriege gefallen — und hatte versucht, mit ihr Bekanntschaft zu schließen. Er hat natürlich alles mögliche wissen wollen, angeblich war er auch Sozialdemokrat. Eines Tages wurde die Frau, (Zuruf) — kommt Ihnen die Sache lächerlich vor? dann bewundern Sie, mir kommt sie nicht lächerlich vor — tot in ihrem Zimmer gefunden. Ich will auf die Umstände, unter denen sie gestorben ist, nicht näher eingehen; nach ärztlichem Befunde war sie an Gasvergiftung durch Plagen des Waschlauches unfreiwillig gestorben. Nun wollte man den Betreffenden, von dem man glaubte, daß er sich für die Frau interessierte, benachrichtigen, er hatte als seine Adresse — der Mann hieß Märker — Grünauerstraße 33 angegeben. Als man dort hinkam, sagte die Frau, bei der er wohnen sollte: er wohnt hier nicht, er hat hin und wieder ein paar Stunden hier zugebracht und hat seine Briefe abgeholt. Der Mann ist Kriminalkommissar und hat öfter Besprechungen mit Arbeitern hier gehabt. Er hat in der Wohnung schon drei Leute verhaftet. Der Mann wäre in Adlershof in den Flugzeugwerkstätten angestellt und wird zur Ueberwachung der Arbeiter benutzt. In dieser Weise — das sage ich zur Warnung der Arbeiter — sind in allen Betrieben Polizeispione angestellt, die die Arbeiter auskundschaften, sie irgendwie verlocken und sie dann, wie es in den erwähnten Fällen geschehen ist, einstecken lassen. Die Berichte zu kontrollieren, die an die Polizei gehen, ist niemand in der Lage. Die so Eingekerkerten oder in Schubhaft Genommenen, an die Front Gebrachten oder Verurteilten sind nicht in der Lage, die Angaben nachzuprüfen, und so muß der Minister, dem die Polizei untersteht, die Verantwortung für diese Elemente mit übernehmen, die die Arbeiter anhörten, dann mit ihren Berichten und Phantasien die Polizeifakten deflorieren und die Betreffenden eventuell ins Gefängnis, in die Schubhaft oder an die Front und, auch selbst wenn sie d. u. sind, wie viele Fälle beweisen, in den Schützengräben bringen.

Wir haben es ja während des Sozialistengesetzes erlebt, die Leute wollen etwas berichten, und wenn sie nichts wissen, so machen sie etwas zurecht. Ich brauche nur an Ehring-Mahlow und Hauptmann Schmidt zu erinnern. Der Herr Minister sagte in der Kommission, eine solche Bewegung in Deutschland müsse mit allen Mitteln unterdrückt werden, denn als Nachrichten von dieser Bewegung aus Deutschland in London und Paris bekannt geworden seien, wären Jubelartikel erschienen mit großen Ueberschriften: „Deutschlands Zusammenbruch“, des Inhalts, was nicht auf dem Felde, nicht durch Hunger erreicht worden sei, das falle jetzt durch die inneren Zustände Deutschlands den Verbündeten aus reifer Frucht in den Schoß. Gott sei Dank hätten die Feinde unrecht gehabt. Daß aber der Kriegswille in England, Frankreich und Amerika durch derartige Tatsachen außerordentlich gestärkt und infolgedessen der Krieg verlängert und schwerer werde, könne kein Mensch in der Welt bestreiten.

Das bestreiten wir ganz entschieden. Wenn Jubelartikel in London und Paris erschienen sind, so sind die deutschen Streikenden dafür ebensowenig verantwortlich, wie die englischen und französischen Streikenden verantwortlich gemacht werden können für die

Dinge, die sich hier abspielten. In England und Frankreich wird es von den dortigen Gewalthabern in gleicher Weise gemacht, ebenso wie in Amerika und Oesterreich genau wie in Deutschland. Darin unterscheiden wir uns von Ihnen, daß wir nicht den deutschen herrschenden Klassen allein den Vorwurf machen, sondern ihn in der gleichen Weise erheben gegen alle Gewalthaber.

Es ist kein Wunder, daß man mit der Abschreckungstheorie die Arbeiter niederzuhalten sucht. Das läßt sich eine Zeit durchführen, und Sie können eine erzwungene Kirchhofruhe herbeiführen, wenn Sie Streikende, die sich irgendwie an dem Streik beteiligt haben, oder auch nur durch seine Kollegen „gekennzeichnet“ ist — Sie scheuen nicht zu wissen, wie das in solchen Betrieben zugeht. Da wird ein Kollege gewählt, er muß dann herhalten, er wird, weil er seine Kollegen vertreten hat, an die Front gebracht. Wie das geschieht, das ergibt sich aus einer Zuschrift des stellvertretenden Generalkommandos I in Königsberg, wo es heißt:

Abt. I/19081.

Zum Anschluß an das diesseitige Telegramm vom 2. dieses Monats — I A 173522 — wird gebeten, die in Frage kommenden dort eingestellten Truppenteile nochmals mit besonderer Weisung über Grund und Anlaß der Einziehung der bei diesem unter Stichwort „Berlin 1918“ eingestellten Leute zu versehen. Die unter Berlin 1918 Eingestellten sind die Leute, die hier streikverdächtig waren oder sich am Streik irgendwie beteiligt haben.

Diese Leute haben sich nachgewiesenermaßen an dem Streik in Berlin und Umgebung beteiligt und sich heberisch und teilweise agitatorisch zur weiteren Entwicklung des Streiks betätigt. Um ihnen die Möglichkeit einer späteren Reklamation auch Beurteilung oder Entlassung zu nehmen, war von hier aus auf eine Anweisung des Kriegsministeriums gebeten, in die Militärpapiere dieser Leute folgenden Vermerk einzutragen: „Die Wieder Einstellung erfolgt, da die Bedingung für diese Zurückstellung nicht erfüllt.“ Es wird nochmals ersucht, bei den in Frage kommenden Truppenteilen die sofortige Eintragung dieses Vermerks in die Militärpapiere aller derjenigen Leute anzuordnen, bei welchen der Vermerk noch fehlen sollte, bzw. diesbezüglich Nachprüfung bei den Truppenteilen vornehmen zu lassen. Ausfragen dieser Leute auf Beurteilung, namentlich nach Berlin und Umgebung, wenigstens für die nächste Zeit nicht stattzugeben. Vermerkt wird noch, daß für den angeführten Beweis die Vorbedingungen für eine weitere spätere Reklamation dieser Leute zur Arbeitsleistung im Betrieb genommen sind, also etwaige Reklimationsanträge in allen Fällen abgelehnt werden müssen.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos

für den Chef des Stabes

gez. Hofser, Generalmajor.

Wie sind nun die Leute so gekennzeichnet worden? Das ist es, was den Minister des Innern betrifft. Sie sind hier in den Akten, bei der politischen Polizei, und mit Mitteln, die ich Ihnen geschildert habe, gekennzeichnet. Keiner weiß, was in seinen Akten steht und was alles über ihn gesagt wird.

Das stellvertretende Generalkommando hat außerdem einen Erlaß unter dem 13. Februar dieses Jahres herausgegeben, in dem es mit Bezug auf die Leute, von denen ich eben gesprochen habe, heißt:

I A. K. Abt. II b. Nr. 21 983.

Bezug Verfügung vom 3. 2. 18 II b. 21 635 mit dem Ersuchen, die persönliche Prüfung bzw. Eintragung des Vermerks in die Militärpapiere durch den Herrn Adjutanten bzw. Führer der Ersatzkadron anzuordnen und Erledigung vom 20. 2. 18 hierher zu melden. Die Leute sind tunlichst bald zur Ersatzstellung heranzuziehen.

Also die Leute sollen in den Schützengräben zur Ersatzstellung gebracht werden, zur Vaterlandsverteidigung! Für das Vaterland zu sterben ist also keine Ehre mehr, sondern wird als Strafe verhängt. Es heißt dann weiter:

Für andere Waffengattungen Taugliche sind mit Bezug auf diese Verfügung zur Vernehmung in Vorschlag zu bringen. Die Unterbringung hat isoliert von anderen Leuten zu erfolgen, der Verkehr der Leute ist zu beaufsichtigen, Arbeitsgelegenheit außerhalb des Truppenfelddienstes ist ihnen nicht zu geben. Ebenso dürfen sie bis auf weiteres weder Heimat- noch Stadterlaubnis erhalten.

Von Seiten des stellv. Generalkommandos

Chef des Stabes

gez. Hahn, Oberstleutnant.

So wird es gemacht. Glauben Sie denn, daß die Dinge nicht immer mehr aufsteigen, fürchten Sie wirklich nicht die Katastrophe, die unbedingt kommen muß, und die Sie herbeiführen durch die Art, wie Sie vorgehen?

Und auf der anderen Seite sucht man in jeder Weise neue Kräfte für das Heer zu schaffen. Man hat eine Reihe Strafen erlassen: Entziehung des Ehrenrechts hat man aufgehoben; man hat die Strafkassen gestrichen. Wie man in Preußen Strafen erläßt und die Erlasse ausführt, dafür ist ja der beste Beweis aus einer Notiz erbracht, die die „Welt am Montag“ hier einmal veröffentlichte. Da schreibt jemand:

Ich bin vor circa 15 Jahren mit drei Tagen Gefängnis bestraft. Laut Amnestieerlaß vom 27. Januar 1918 des Kaisers mußte die Strafe gelöscht sein. Nun hatte man verlangt, daß Führungsausschüsse die Strafen nicht mehr enthalten dürfen auf Grund der Amnestie. Es fällt aber ein verlangtes Führungsausschüsse folgendermaßen aus: der so und so wurde im Jahre 1902 mit 3 Tagen Gefängnis bestraft. Die Strafe ist auf Grund Allerhöchsten Amnestieerlasses Seiner Majestät gelöscht.

Die Polizei teilt im Führungsausschuss mit, daß die Eintragung der Strafe gelöscht ist. Der Mann braucht ein Führungsausschuss, hat das aber nun wieder drin stehen. Ja, in der Kommission für die Kriegsbeschädigten unter dem Vorsitz des Stadtrats Preuß, der ich angehöre, sind uns Fälle bekannt geworden, daß das Berliner Polizeipräsidium Kriegsbeschädigte, denen auch die Eintragung ihrer früheren Strafen auf Grund des Amnestieerlasses gelöscht sind, dem Arbeitgeber, der sie in Stellung nehmen wollte, Auskunft gab über diese früheren Strafen. So behandelt man Leute, die für das Vaterland ihre Gesundheit hingegeben und die nun versuchen, sich wieder eine Existenz zu schaffen.

In gleicher Weise, wie hier der Abgeordnete Braun über das Versammlungsverbot sprach, könnte ich bis zur morgigen Sitzung sprechen, wenn ich alle die

### Versammlungsverbote

Personen hier bekannt geben wollte, ja auch nur den zehnten oder hundertsten Teil davon, die die unabhängige Partei erleben müssen. Selbst die Karl-Marx-Feier der Unabhängigen — drei Feiern — zum Gedächtnis an Karl Marx, die 12 Tage vor der Feier angemeldet waren unter der Angabe, daß es sich um ein wissenschaftliches, künstlerisches Programm handele, wurden drei Tage vor der Feier verboten. Man hat also erst die Arrangements ruhig treffen lassen. Ich sagte: 12 Tage vorher waren die Feiern angemeldet. Drei Tage vor der Abhaltung wurden sie verboten. Nun erhoben wir Beschwerde bei dem Oberbefehlshaber der Marine. Das Oberkommando antwortete wörtlich: „es habe mit der Angelegenheit nichts zu tun, von dem Verbot wisse es nichts“. Wir gingen zum Polizeipräsidium, und die Polizei erklärte: sie habe auf Anweisung des Oberkommandos gehandelt. — Ja, wer hat denn nun die Unwahrheit gesagt, die Polizei oder das Oberkommando? Auf einer Seite muß doch gelogen sein. Wir haben uns natürlich nicht dabei beruhigt. Schließlich gab das Oberkommando zu, daß es nicht unschuldig sei. So viel wurde aber klar, daß der Polizeirat Henninger wohl der treibende Geist des Oberkommandos in diesen Dingen ist. Da könnte, da müßte der Herr Minister des Innern Wandel schaffen, wenn er da oben in der politischen Abteilung mal gründlich reine machte. — Wenn er es könnte; es ist allerdings zu viel verlangt. Er darf es ja nicht, er würde ja von seinem Platz verschwinden, wenn er in ein solches Wespennest hineingriffe. Da muß man schon feste Hingreifen, und das ist Herrn Dr. Dreß nicht möglich. Die Beschwerden über das Verbot der Marxfeier haben wir auch beim Minister des Innern vorgebracht. Der Herr Minister ist uns — das will ich gern feststellen, in jeder Weise entgegengekommen, allerdings mit denselben Worten, die er hier ausgesprochen hat: ja, wenn die Militärbehörde das zwischen ist, da kann ich nichts machen. Nun hat aber die Militärbehörde gesagt: sie habe davon keine Ahnung, und die Polizeibehörde sagt: das Oberkommando hat es verlangt. Schließlich wurde die Feier freigegeben, aber im letzten Moment; am Tag vor der Feier erschien ein Kriminalbeamter in meiner Wohnung und teilte mit, daß die Feier freigegeben ist, aber unter der Bedingung der strengsten Kontrolle, die Karten und Mitgliedsbücher dürften nur an Mitglieder der Organisation ausgegeben werden. Das wurde uns am Tag vorher mitgeteilt; wir haben keine täglich erscheinende Zeitung, sondern nur ein Wochenblatt. Die Leute konnten also nicht mehr benachrichtigt werden. Es wurde uns aber die Feier nur unter der Bedingung gestattet, daß die Karten zugleich mit den Mitgliedsbüchern an der Kontrolle vorgezeigt werden müßten. Wir waren nicht in der Lage, das unseren Mitgliedern mitzuteilen. So haben sich ungeheuerliche Szenen abgespielt. Die Polizeibeamten haben die Kontrolle vorgenommen, und sie haben eine ganze Menge Leute nicht zugelassen, weil sie die Mitgliedsbücher nicht gehabt haben. Die Abhängigen konnten allerdings ohne jede Schwierigkeit ihre Feier abhalten. Das ist das gleiche Recht, was bei uns herrscht. Wir haben dem Minister, der Polizei und dem Oberkommando das Programm zugesandt, das ein rein wissenschaftliches, ein rein künstlerisches Programm war. Aber wie zurzeit der brutalen Nach des Sozialistengesetzes wissenschaftliche Bücher und Vorträge unter Verbot gestellt wurden, so sind auch jetzt die Zustände, die hier in der Polizei herrschen. Der Minister des Innern müßte, wenn er nur ein wenig beim Volk den Glauben wieder wachrufen will, daß wirklich geordnete Zustände in Preußen herrschen, hier endlich Abhilfe schaffen.

Nun zu den Zuständen im Polizeigefängnis! Dort sind nicht nur unwürdige Häftlinge heute noch vorhanden, die in skandalösem Zustand sind, sondern das Hungern wird dort heute systematisch geübt. Die Leute verhungern ja nahezu. Sie können sich denken, daß wir das von Leuten wissen, die aus Erfahrung sprechen. Nicht entbedehte Diebe und Verbrecher, die werden ja besser behandelt als politische Anrührer. Es ist ja der Polizeikommissar Große in Halle a. S. gewesen, der gesagt hat: Diebe sind mir lieber als Sozialdemokraten. Er meinte, vor Dieben kann ich mein Haus, meine Wohnung zuschließen; dann kann er nur schwer herein, aber der Sozialdemokrat, — wenn ich auch da nach Haus komme, dann liegt doch die Tür immer auf meinem Fuß. Deshalb waren ihm die Diebe lieber. Das stimmt heute noch. Die Untersuchungsgefängnisse, die in Schubhaft genommen gehen, wenn sie nicht Nahrungsmittel von außen bekommen, fast zugrunde. Die Gefängnisloft ist miserabel, miserabel, als sie nach den heutigen Verhältnissen zu sein braucht, und die Portionen sind so gering und so schlecht, daß die Menschen, die keinen Zufaß bekommen, davon nicht existieren können. — Ja, der Zufaß wird meist noch zurückgewiesen, nur in den seltensten Fällen zu



gelassen. Da liegt ein gewisses System drin. Die noch brauchbar sind, werden nach der Front geschickt, und die Leute, die nicht brauchbar sind, kommen hier verhungern; darauf kommt es ja nicht an. Herr Abgeordneter Hinz hat hier den dem Ministerium des Innern unterstellten Beamten seinen Dank für ihren Takt und ihr Feingefühl dem Volke gegenüber abgefaßt. Ich habe Ihnen die Schattenseiten gezeigt; dafür können wir keinen Dank abstatten. Wir müssen im Gegenteil auffordern, daß Sie endlich diesen allem spottenden Zuständen ein Ende machen. Der Herr Kollege Braun hat hier eine ganze Reihe von Beispielen vorgebracht, wie die Zensur geübt wird, die Zensur, die auch gegen die Presse der Abhängigen geübt wird. Nun können Sie sich denken, wie die Zensur gegen die unabhängige Presse geübt wird. Herr Braun wunderte sich darüber, daß der Leutnant mehr zu befehlen hat als der Minister. Das ist doch selbstverständlich; der Zensurleutnant befehlt, und der Herr Minister hat dazu nichts zu sagen. Wenn wir gar Kapitel über unser Mitteilungsblatt aufmachen wollten! Wir sammeln und werden zu geeigneter Zeit mal zeigen, was da geschrieben wird, wie das Blatt aussieht, wenn es von der Zensur kommt, dann darf zwischen den gestrichenen Stellen kein freier Raum gelassen werden und nicht gesagt werden: die Stelle ist konfisziert. Es darf auch nichts anderes eingefügt werden, sondern im letzten Augenblick kommt die Zeitung von der Zensur zurück, und muß so abgedruckt werden, wie die Zensur gemacht hat, oder das Blatt darf überhaupt nicht erscheinen.

Ueber einen Malausflug, den die Freie Jugend in Berlin gemacht hatte, war folgender Bericht an eine unserer Zeitungen gesandt: Ein rechter Matentag, wie ihn die Jugend nicht besser wünschen konnte, war unseren Burschen und Mädchen beschieden. Schon früh waren sie auf den Beinen. Mit frohen Liedern strebten sie auf kurzen und weiteren Wegen in vielen Trupps dem Ziele zu. Aber noch früher als sie waren die Polizei und die Gendarmen aufgestanden. Sie empfingen die Jugend bereits auf dem Festplatz. Sagte nicht leiblich einer von der Abhängigen Jugend, daß für sie das häßliche Kapitel von der Belämpfung durch den Staat und die Polizei abgeschlossen wäre? Hier war sehr deutlich gezeigt, daß dieses Kapitel für die Freie Jugend weiterdauert. Aber unsere Jungen und Mädchen ließen sich dadurch nicht stören. Ganz von selbst formierte sich zum Festplatz ein langer Zug und unter den Klängen der Arbeiterlieder dahin ging es zu Liedern zur Laute, und Rezitationen, die von Mai und Freiheit, von Kampf und Sieg kündeten, wechselten dann in bunter Folge ab. Auf die Festrede wurde verzichtet; aber ein brausendes Hoch auf Liebknecht, die Opfer des Leipziger Landesverratsprozesses, wurde ausgebracht. Während die rote Fahne hochgezogen wurde, erklang die Internationale. In langem Zuge ging es sodann nach Stolpe. Dabei wurde von der Polizei die rote Fahne zu beschlagnahmen versucht; doch fiel ihnen nur die Fahnenstange und der Träger in die Hände, der verhaftet wurde.

Das waren gewiß keine militärischen Interessen, die den Koffist hineinwirtschäften ließen. Nun hören Sie, was aus diesem Artikel von der Zensur gemacht wurde: Ein rechter Matentag, wie ihn die Jugend nicht besser wünschen konnte, war unseren Burschen und Mädchen beschieden. Schon früh waren sie auf den Beinen. Mit frohen Liedern strebten sie auf kurzen und weiteren Wegen in vielen Trupps dem Ziele zu. Ganz von selbst formierte sich zum Wald-Festplatz ein langer Zug, und unter den Klängen von Arbeiterliedern, Liedern zur Laute und Rezitationen dahinging, wechselten in bunter Reihe ab. Auf eine Festrede wurde verzichtet. In langem Zuge ging es nach Stolpe. — So sah der Bericht aus, als er wieder herauskam. Fragen Sie nun mal, wo hier die militärischen Interessen zur Zensur gewesen sind; hier war die brutale Gewalt und die einfache Diktatur maßgebend, derartig vorzugehen.

Wenn Herr Kollege Braun sich über den Steintiner Zensur beklagt hat — er sprach über die Pringen-ausfuhr — wir sind der Meinung, man sollte der Pringenausfuhr überhaupt keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Immer fort mit Schaden! Die da dranhin werden sie sich schon selber wieder vom Hals schaffen, wenn sie ihnen nicht passen; dafür hat ja Albanien den Beweis erbracht.

Der Steintiner Zensur verlangt — sagte hier Herr Braun — von dem Redakteur des Blattes, daß er die sozialistische Tendenz aufgeben solle, und Herr Braun meinte: wie kommt er dazu? — Ja, wenn man dem Teufel — sagte ich vorhin schon — einmal den kleinen Finger reicht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn er die ganze Hand nimmt. Das Berliner Oberkommando hat verlangt, daß gegen die frühere Redaktion des „Vorwärts“ Sicherungen getroffen werden, und der Parteivorstand der Abhängigen ist diesem Wunsch nachgekommen: er hat diese dem Oberkommando nicht passende Redaktion beseitigt, er hat dem Befehl Rechnung getragen. Da kann man sich nicht wundern, daß man in Steintin auch verlangt, daß man sagt: Stellen Sie uns einen Redakteur, der uns Garantie bietet. Dasselbe wie hier. — Inzwischen kam ich Ihnen mitteilen, daß mir schon die Nachricht geworden ist, daß heute das Steintiner Blatt „Der Volksbote“, ein Blatt der Abhängigen, dauernd verboten worden ist; obwohl nach dem Gesetz dies nur auf drei Tage geschehen darf, ist das Blatt heute dauernd verboten. Sie sehen also, in welcher Weise man arbeitet, in welcher Weise das Gesetz achtet.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Zeitungen, auch auf dem Gebiete der übrigen Literatur wird ja die Zensur in einer Weise gehandhabt, die jeder Beschreibung spottet. Ich habe mir erlaubt, vor einigen Wochen den familiären Mitgliedern des Hauses

und auch der Regierung eine Schrift zu übermitteln, die „Freier Volkstaktikismus, ein Wegweiser zur wahren Nächstenliebe und freien Meinungsäußerung“ heißt. Man kann nicht bestreiten, daß dieser Katechismus wirklich, wenn auch von freigeistigen Standpunkte aus, die reine Menschenliebe atmet, und ich kann Ihnen mitteilen, daß eine ganze Reihe von Arbeitgebern, nicht nur solche, die meiner Partei angehört, sondern bis zur rechten Seite, diese Broschüre von mir bezogen, sie auch an ihre Arbeiter verteilt haben. Diese Broschüre ist dann beschlagnahmt worden. Es sind einige Sätze darin, die in rein menschlicher Form gegen den Krieg sprechen. Da sagte mir der Zensur — ich weiß nicht gleich, wie er heißt, das tut auch nichts zur Sache — ein ganz bekannter Herr, der in der Zeitungszensur schon bekannt ist: „Wir werden uns doch nicht den Krieg bereiten lassen!“ — Ich mußte aus diesem Buche zwei Blätter heraus schneiden; überdrucken, überleben war nicht statthaft, obwohl es sich nur um drei kleine Sätze handelte, mußte ich das Buch verschandeln und zwei Blätter heraus schneiden. — Ein junger Mann, der dieses Buch in die Hand bekommen hatte, las es in einer Konditorei; da fragte ihn ein neben ihm sitzender Soldat, ob er es nicht bekommen könnte. Er gab es ihm, und als sie sich später wieder trafen, fragte der Soldat, ob er nicht noch eins haben könne. Der junge Mann antwortete, er wolle sehen, ob er noch eins bekommen könnte, er würde es ihm bringen. Das hat er auch getan. Am dem Tage, als er ihm das zweite Buch brachte und aus der Konditorei heraustrat, fand er den Soldaten mit einem Offizier drinnen und wurde verhaftet; er wurde eingesperrt und 15 Tage in Haft gehalten, und zwar erst in der Genthinerstraße, dann in der Dirschstraße. Der Leutnant, der den Angeklagten vernahm, erklärte dem Vater des Verhafteten:

Daß es ihm unbegreiflich sei, wie man seinen Sohn auf Grund dieses Buches hätte verhaften können. Hätte der Leutnant, der das tat, das Buch vorher gelesen, müßte er unbedingt zu der Ueberzeugung gekommen sein, den Jungen laufen zu lassen. Den jungen Mann hat man 5 Tage nach seiner Entlassung ohne weiteres nach Königsberg i. Pr. transportiert. Vorher ging ihm folgendes Schreiben zu:

Berlin, Mittwoch, d. 15. Mai 1918.  
Oberkommando in den Marken  
Sekt. A. W. H. Nr. 258 359.

Aufenthaltbeschränkungsbeleg.

Gegen den Werkzeugmacher R. M., geb. den 26. Dezember 1895 zu Berlin, wohnhaft bisher Berlin-Buchholz, B.-Straße, beim Vater, wird hiermit zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches die militärische Aufenthaltbeschränkung in einem kleinen Orte der Mark Brandenburg gemäß den Paragraphen 111 des Gesetzes, betreffend die Verfassung und Aufenthaltbeschränkung vom 4. Dezember 1916 angeordnet. R. hat am 18. und 20. d. M. an eine Militärperson in Pankow zwei revolutionäre Schriften verbreitet, die während des jetzigen Krieges geeignet sind, der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zuzufügen. Es besteht die Gefahr, daß er, falls er sich ohne Aufsicht während des jetzigen Krieges im Deutschen Reich bewegen dürfte, weitere Handlungen zum Nachteil des Deutschen Reiches begehen würde. Um einer solchen Gefährdung für die Sicherheit des Reiches zu begegnen, ist die Verfügung der Aufenthaltbeschränkung in einem kleinen Orte der Mark Brandenburg notwendig. Gegen den Befehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zulässig.

Berlin, den 25. April 1918.  
Der Oberbefehlshaber  
gez. v. Reffel, Generaloberst

Das ist eine grelle Illustration, wie hier die Zensur geübt wird.

Ein zweites Buch, es heißt: die „Lebensfragen“ von Waldeck Ranasse und ist bereits in 50 Tausend erschienen, eine Schrift, die nach dem Gesetz, da sie vor dem Krieg erschienen, gar nicht mehr in Frage kommt, ist plötzlich beschlagnahmt worden, ein Buch, das doch ganz unschuldiger Natur ist. Es wäre sehr verlockend, Ihnen zu zeigen, was darin steht. Ich werde auch dieses Buch auf den Tisch des Hauses niederlegen, damit Sie sich selbst überzeugen. Dem Verfasser sind 1. B. an seinem 50. Geburtstag und auch sonst Tausende Anerkennungsschreiben zugegangen aus allen Ecken der Bevölkerung, darunter auch ein solches vom Feldmarschall Goltz bis zum einfachsten Soldaten; auch eine solche Schrift verfällt der Zensur.

Aber nicht nur in der Politik, auch auf den übrigen Gebieten geht man in gleicher Weise vor. Es wurde im Reichstage festgestellt — ich brauche hier daher nicht näher darauf einzugehen —, daß in Flugblättern jedes Wort über „Frieden“ gestrichen wurde, aber nicht nur in Schriften und Flugblättern wütet der Stifft des Zensors, es passieren noch andere Dinge. Von dem Professor Fabrenkrug ist ein wundervolles Gemälde gemalt, es heißt „Frieden schaffen“. Eine originalgetreue farbenprächtige Wiedergabe, ist erschienen. Die zweite Auflage ist nicht mit dem Unterdruck „Frieden“, sondern mit dem Unterdruck „Wiedersehen“ erschienen. Also selbst die Kunst findet keine Gnade, selbst die Kunst muß verbannt werden, das deutsche Volk darf keine Friedenssehnsucht haben, und es darf die Schönheit des Friedens dem deutschen Volke nicht vorgeführt werden. Das deutsche Volk darf Sehnsucht zum Wiedersehen, aber nicht Sehnsucht zum Frieden haben. Da werden selbst Meisterwerke der Kunst verschandelt. In allen diesen Fällen, die ich hier besprach, erfolgte fast immer nur ein Eingreifen, wenn die Berichte der Polizeibehörde kamen. Die Polizei ist auf der Suche, und sie unterbreitet immer alles der Militärbehörde. Dann erfolgt die Anweisung. Eine ganze Reihe von Leuten sage ich, ist von dieser Polizei als

Landesverräter bezeichnet. Mir selber ist das auch passiert. Auch ich bin der Berliner Polizei als Landesverräter bezeichnet. Man sagte, es schwebte gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats. Als die sozialistischen Beschuldigungen in Stockholm stattfinden sollten, wurde mir mit der Motivierung der Paß verweigert, gegen mich schwebte ein Landesverratsverfahren. Ich konnte den Paß also nicht erhalten. Ich habe dann wiederholt nachgefragt, ich möchte doch wissen, worauf sich das Landesverratsverfahren gründe. Ich habe außer durch die Zeitung kein Wort erfahren, habe nie eine Benennung gehabt, ich weiß nicht, worum es sich handelt. Ich habe mich schließlich durch den Rechtsanwalt Haase an den Oberreichsanwalt gewandt, bin im Reichsamt des Innern gewesen, habe dort nach meinem Paß verlangt, immer hat man mir grantwortet; gegen mich schwebte ein solches Verfahren; kurz, ich konnte den Paß nicht bekommen. Im November vorigen Jahres habe ich abermals ein solches Ersuchen gestellt, nicht mehr, um nach Stockholm zu gehen, sondern um endlich zu erfahren, warum ich ein Landesverräter bin. Am 2. März d. J. hat, glaube ich, zum dritten oder vierten Male, mein Anwalt an den Oberreichsanwalt folgendes Schreiben gerichtet: In der Ermittlungssache gegen den Landtagsabgeordneten Adolph Hoffmann, J.-Nr. 323/17 frage ich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 14. August v. J. an, ob die Ermittlungen nunmehr zum Abschluß gekommen sind. Der Reichsanwalt Haase. — W. H., ich sagte, im November und im Januar wurde mir der Paß verweigert, abermals mit der Motivierung, daß gegen mich ein solches Verfahren schwebte. Auf der Rückseite dieser Anfrage hat der Reichsanwalt folgendes wiedergeschrieben: J.-Nr. 323/17. 19. Ergebnis zurückgeleitet; das Verfahren ist am 28. Oktober v. J. eingestellt worden. Leipzig, 4. 3. 1918. Der Oberreichsanwalt.

Die Landesverratsfrage, über die die Polizei berichtet hat, sollte in einer Streifenversammlung beantragt sein. Dieselbe Polizei, die den falschen Bericht durch einen ihrer Spione aufgestellt hat, den sie nicht hat aufrecht erhalten können, hat es aber nicht der Mühe für wert gehalten, zu berichten, daß das Verfahren gegen mich eingestellt ist, sondern im November und Januar ist noch die Auskunft erteilt worden, der Paß könne nicht gegeben werden, weil gegen mich ein solches Verfahren schwebte, das bereits im Oktober eingestellt war. So geht unsere Polizeibehörde vor. Aber gegen einen unabhängigen Sozialdemokraten ist das ja nach ihrer Auffassung nicht nur erlaubt, sondern auch geboten. Wir sind auch nichts Besseres gewöhnt.

Aber, daß man selbst Kindern gegenüber in solcher Weise vorgeht, ist ein Skandal. Sie billigen es ja, ein Teil von ihnen freut sich sogar über das Schicksal, das unser ehemaliger Kollege Karl Liebknecht ertragen muß. Die Strafe, zu der man ihn verurteilt hat wie einen gemeinen Verbrecher, ist so grausam, daß man es mit Worten gar nicht leimzeichnen kann. Gewiß man kann darüber auch anders denken, Sie denken von Ihrem Standpunkte; das ist recht. Sie haben mir schon freundschaftlich zugeredet: Schade, daß Sie nicht dort sind. Ich nehme Ihnen das nicht weiter übel. Sie werden es nicht übel nehmen dürfen, wenn die Zeit mal umgekehrt kommt, wenn Sie in die Verlegenheit kommen. Wir werden Sie allerdings nicht einsperren, wo Sie nichts zu tun haben, wir werden Sie zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen versuchen.

Aber daß man Verfolgungen auch auf die Kinder des so Betroffenen überträgt, ist das Skandalöseste! Ein gutmütiger Gesinnungsfreund in Holland hatte sich angeboten, und zwar durch meine Vermittlung, einen Sohn des Genossen Liebknecht für die Dauer seiner Strafe zu sich nehmen, den selben in eine höhere Schule zu senden und vollständig zu unterhalten. Ich teilte das der Gattin Liebknechts mit. Sie setzte sich mit dem Gesinnungsfreund in Verbindung. Da es sich um eine Familie handelte, bei der ein solches Kind sicher gut aufgezogen wäre — Sie bringen ja selbst Kinder nach dem Auslande, um sie besser zu ernähren; hier handelte es sich sogar um einen Jungen, also einen künftigen „Vaterlandsvertriebener“ — wurde alles abgemacht und die Mutter kam um den Paß für den Jungen ein. Dieser Paß wurde verweigert! Das ist geradezu ein Skandal! Der Paß ist infolge der Auskunft der Polizei verweigert. So rächt man sich selbst an dem Sohne des unglücklichen Vaters. Dagegen haben wir wohl ein Recht, ja die Pflicht, mit voller Schärfe Einspruch zu erheben.

Für Herrn Scheidemann gibt es Pässe. Nach dem Tageblatt befindet er sich bereits wieder in Holland, um an der Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der Mittelmächte teilzunehmen. Unserem Kollegen Hofner hat man den Paß verweigert, als er als Vertreter der unabhängigen Partei zu dem Großen Parteitag der auf dem Boden der unabhängigen Partei stehenden schwedischen Partei nach Stockholm gehen sollte! Hier verweigert man selbst einem Kinde den Paß. Das ist eine solche skandalöse Tat, daß Sie gar kein Recht mehr haben, sich über Paßverweigerungen in England aufzuhalten! Auf Kinder hat man dort die Verweigerung noch nicht ausgedehnt.

Der deutsche und der österreichische Friedensstreik hat ein Echo in der ganzen Welt gefunden. In England und in Frankreich sind die Streiks friedensschaffend geführt worden als hier. Sie können also nicht sagen, daß der Streik dem einen Lande schadet und dem anderen nicht. Friedenswille in Deutschland löst auch den Friedenswillen in anderen Ländern aus, aber umgekehrt erweckt auch die Eroberungsgier und die Kriegswut die gleiche Leidenschaft in anderen Ländern. Und so ist es mit dem Gewaltfrieden, der im Osten abgeschlossen worden ist. Die Kriegsgemeinschaftlichkeit der Entente ist durch diesen



Gewaltfrieden war bedeutend gefährdet worden. Die Welt läßt sich nun einmal nicht unter den preussischen Kommissariats nehmen, sie läßt sich den preussischen Kommissariats nicht ins Gesicht setzen, und ihre Siege im Westen werden daran nichts ändern. Für die gepanzerte Faust scheint es nur eins zu geben, und das ist der Krieg, den Sie bis zum Weißbluten bis zur Weltrevolution treiben, bis der gesamte große Kladderadatsch in ganz Europa eintritt wird. Alle Pläne, England durch das Angebot eines gemeinsamen Industrie- und Weltmarktes zu fördern, wie sie im Berliner Tageblatt empfohlen worden sind, müssen in England und in andern Ländern so lange Mißtrauen hervorrufen, als bei uns die Zustände in der Weise bestehen, wie es in Preußen der Fall ist. Ihre Nachbarn, die nach dieser Richtung arbeiten, sind es, die das Volk, die das Vaterland zum Ruin treiben. Haß und Mißtrauen haben in der Welt immer weiter gegen uns um sich gegriffen, und nur die gründliche Demokratisierung Deutschlands kann uns das Ansehen in der Welt und das Vertrauen wiederbringen, das wir verpielt haben. Die erste Voraussetzung für den Frieden ist der Verzicht auf Eroberungen, der Verzicht auf Angliederungen. Wollen Sie das nicht begreifen, so wird die Vernunft Ihnen diese Tatsache einbläuen. Ueberheizen Sie den Dampfessel nur weiter, wundern Sie sich dann aber nicht, wenn er eines Tages explodiert und Ihnen Stücke davon an den Kopf fliegen. Sie haben Vernunftgründen keinen Zugang in Ihrem Schädel finden lassen. Sie können sich da nicht wundern, wenn die von Ihnen provozierte Gewalt es tut. Dann machen Sie uns aber nicht verantwortlich, sondern geben Sie denen, die es so weit gebracht haben, die Verantwortung. Der Gewaltfrieden im Osten hat die Verständigung im Westen unmöglich gemacht. Frankreich und England müssen danach das Schlimmste befürchten und werden mit Hilfe Amerikas und eventuell Asiens noch Jahre hindurch gegen die Eroberung durch Deutschland sich wehren. So wird der Kampf weitergehen bis zum Weißbluten oder, wie ich sagte, bis zur allgemeinen Weltrevolution der gequälten, mißhandelten, dahingemordeten Völker. Dann klagen Sie aber nicht über wahnsinnige Lufteinbrüche Verzweifelter. Nicht wir sind die Urheber der unausbleiblichen Revolution und ihrer Folgen. Wer die Anführer sind, wird jedem, der nicht Vogelstraußpostill treibt, klar sein. Nicht wir, wie Sie es behaupten, haben den Streit angestiftet, sondern aus Ingrimm, aus Verzweiflung der Massen ist er entstanden. Fürchten Sie daher die kommende Generalabrechnung der Völker mit den herrschenden Gewalten aller Länder!

Der Januarstreik war vielleicht schon die letzte Warnung. Wir behaupten gar nicht, daß alle unabhängige Sozialdemokraten waren. Nein, sehr viele davon waren politisch unaufgelärzte Elemente, sogar Christliche und Gelbe. Die zielbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen bildeten nur den Kern der großen Armee der Streikenden. Beweist das etwas gegen uns? Vermindert das die Wucht der gewaltigen Demonstration und der Angst der herrschenden Klassen? Im Gegenteil, in diesen Tagen haben wir es wieder erleben müssen, wie die Angst sich hier breit machte bei allen den Gründen gegen das Wahrecht. Sie wissen selber, es beweist die Tatsache, daß die dumpfe Gärung und die Empörung in den Massen weit über den Kreis der unabhängigen Sozialdemokraten verbreitet ist. Sie sind gewarnt! Treiben Sie das grausame Spiel mit Helatomben von Menschenleibern, mit Millionen von Siechen und Krüppeln mit Unzähligen an Unterernährung zu Grunde gehenden Hungernden nicht weiter! Wieder haben sie den Hungerriemen enger geschnallt in den letzten Tagen, nur um Ihre Eroberungspläne vom Osten auch im Westen zu verwirklichen. Gewiß noch wiegen Sie sich in Sicherheit. Die Massen lassen sich durch künstlichen sogenannten Siegesjubel und Siegestänfchungen und Vortäuschungen, durch die Sie zum baldigen Frieden kommen wollen, immer wieder vertrösten, aber wie lange denkt man das Spiel fortzusetzen? Monate um Monate, Jahre um Jahre sind die Leichenberge zur grauenhaften Höhe angewachsen, ist die Zahl der Krüppel und Kranken ins Unermeßliche angeschwollen. Hunger und Elend wächst stündlich. Die Zeit kommt, sie ist nicht fern, in der die Empörung über so schrecklich getäuschte hingeworfene Massen der in Hunger und Elend Verkommenen sich Bahn bricht, und die Volksverderber die Volksbetrüger, die wahren Verräter des Vaterlandes, das heißt diejenigen, die das Volk zur Verzweiflung gebracht haben, zum Teufel jagen wird. (Bravo! b. d. Unabh. Soz.)

Präsident v. Schwerin-Löw: Ich schlage vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung am Mittwoch, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr, abzuhalten. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich schließe die Sitzung.

### Die Eidesformel der roten Armee.

Die Eidesformel, die in einer Sitzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Arbeiter, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputiertenräte am 22. April genehmigt wurde und die kürzlich zum erstenmal bei der Vereidigung der Roten Truppen durch Trotski zur Anwendung kam, hat folgenden Wortlaut:

1. Ich, ein Sohn des werktätigen Volkes und Bürger der Räterepublik, übernehme den Beruf eines Kriegers im Arbeiter- und Bauernheer.
2. Vor dem Angesicht der werktätigen Massen Russlands und der ganzen Welt verpflichte ich mich, diesen Beruf in Ehren zu halten, das Kriegsgewissen gewissenhaft zu studieren und das Volks- und Kriegsgut wie meinen Augapfel gegen Beschädigung und Raub zu schützen.
3. Ich verpflichte mich, streng, unentwegt die revolutionäre Disziplin zu halten und widerspruchslos alle Befehle der Kommandierenden auszuführen, die durch die Macht der Arbeiter- und Bauernregierung eingesetzt sind.

4. Ich verpflichte mich, jeglicher Handlungen, die die Würde eines Bürgers der Räterepublik schädigen oder mindern, mich zu enthalten und meine Kameraden von solchen abzuhalten, ferner all mein Handeln und Trachten dem erhabenen Ziele der Befreiung aller Werktätigen zuzuwenden.

5. Ich verpflichte mich, dem ersten Rufe der Arbeiter- und Bauernregierung folgend, für den Schutz der Räterepublik gegen alle Gefahren und Anschläge von Seite aller ihrer Feinde einzutreten und im Kampfe für die russische Räterepublik, für den Sozialismus und die Verbrüderung der Völker weder meine Kräfte noch mein Leben zu schonen.

6. Sollte ich böswillig von diesem meinem feierlichen Versprechen zurückweichen, so mag mich die allgemeine Verachtung und die Strafe der rauen Hand des revolutionären Gesetzes treffen.

### Aus unserer Sammel-Mappe.

#### Gegen die Privilegien-Wirtschaft! — Die Taktik des 4. August!

In der Nr. 316 der „Vossischen Zeitung“ führt der Geheimen Regierungsrat und Hochschulprofessor **Flamm** gar bewegliche Klagen über die mancherlei Vorrechte, die in dieser schweren Zeit einer Anzahl von Personen und Personengruppen noch eignen. Indem er gegen die Steuer- und Postfreiheit verschiedener Mitbürger zu Felde zieht, die Verschiedenartigkeit der Steuerbelastung zwischen Großgrundbesitz, Gutsbezirken und Städten moniert und leise über die Institution von Landesgerichten für prinzipielle und andere Herrschaften weint, kommt er zu folgendem Schluß:

„... Heute, in unserem aufgekärten Zeitalter der vollendeten Beherrschung der Naturkräfte, sollte man eigentlich erwarten, daß unter dem unendlich tiefgehenden moralischen Einfluß des Krieges und seiner Opfer jene Vorrechte aus freien Stücken hervortreten würden und sich geistlich einordnen in die Reihen derer, die bisher den Staat durch ihre Arbeit erhalten und gefördert haben und die heute ihr Alles, ihr Gut und Blut, für seine Erfindung darbringen; aber davon ist nicht die Rede, im Gegenteil, man wagt nicht, die bestehenden Verträge anzugreifen, man wagt nicht, trotz der unendlichen Verkehrsschwierigkeiten, den Angehörigen der fürstlichen Familien die Luxusperle fortzunehmen, die alle anderen hergeben müssen, man macht immer noch Halt vor Vorrechten und Vorurteilen, die in die heutige Zeit nicht passen, die überlebt sind und den damit Befassten noch lange nicht immer Segen bringen, es jedenfalls erschweren, daß auch sie zu nützlichen Mitgliedern ihres Volkes werden.“

Uns scheint, als ob der Herr Professor da ganz gehörig ins Fettnäpfchen getreten hätte. Er sagt wirklich wörtlich, wenn seine Rede anders einen Sinn hat: unseren mit Vorrechten irgendwelcher Art behafteten Zeitgenossen wird es durch ihre dem bürgerlichen Recht widersprechende Stellung im Staate erschwert — wenn nicht unmöglich gemacht — zu nützlichen Mitgliedern des Volkes zu werden! Wir sind keine Unmenschen und erklären unsere Zustimmung zu den professoralen Lamentationen, Lamentationen allein aber können nicht zu dem Ziele führen, das unserm Gewährsmann vorschwebt. Umsoweniger, weil sie sich um Symptome drehen, deren Ursache Herr Professor Flamm vielleicht kennt, von der selbst er aber vorsichtig schweigt. Was er nämlich beklagt, ist so fest im Wesen des kapitalistischen Staates begründet, daß es als von ihm völlig untrennbar erscheinen muß. Eines bedingt hier das andere. Zu der Zeit, als die verschiedenen Vorrechte und Privilegien von den Landesfürsten an ihre Gehilfen vererbt wurden, also besonders ausgangs des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit, der kapitalistischen Ordnung der Gesellschaft, wurde die Praxis im Interesse der Konsolidierung der Dynastien und Staaten geübt. Es galt, gegenüber der großen indifferenten Volksmasse eine Obermacht am Gedeihen des Staates hochinteressierter zu schaffen, solcher, die aus seinem Fortbestand und Wachstum Vorteile zogen. Die Fürsten schufen sich auf diese Weise zugleich eine irenergebene Leibgarde gegen unzufriedene, auffällige Untertanen, denen der Staat nichts weiter bedeutete als das Symbol der Macht, der sie zins- und tributpflichtig waren bis zur Erschöpfung. Sie hatten alle Pflichten — auf der anderen Seite waren alle Rechte. Wer am meisten davon erbaut war und den bestehenden Zustand verteidigt wissen wollte, versteht sich von selbst.

Bis heute hat sich nun nicht allzuviel daran geändert. Man braucht nur — zu den Beiträgen Professors Flamm's — noch das preussische Wahlrecht, das Einjährig- und Fideikommissprivileg, die Ständeschule und ähnliche reaktionäre Vorrechte legen, um zu erkennen, was solche Vorrechte für die „damit Befassten“ bedeuten. Viel enger als alle noch so tiefgehenden moralischen Erwägungen und Einsprüche bindet sie der Genuß dieser Einrichtungen an den gegenwärtigen Staat. Ihr Wohl und Wehe identifiziert sich mit dem seinigen. Das wissen der Herr Professor und seine Bestimmungsgenossen so gut wie wir. Und deshalb modern sie wohl ein wenig über materielle Kleinigkeiten wie Postfreiheit und Steuerprivileg, ohne aber den Grund die Verschiedenartigkeit der Verteilung des politischen Rechtes unter den verschiedenen Klassen des Volkes gebührend an den Pranger zu stellen. Gibt sie doch einer verschwindend geringen Oberschicht von Staatsbürgern die Klinke der Gesetzgebung in die Hand und damit zugleich die Bestimmung über alle öffentlichen Einrichtungen.

Die Pose moralischer Entrüstung und ethischer Forderung kann an diesen Verhältnissen nichts ändern. Wer sich ihrer bedient, kämpft gegen Windmühlennägel gleich dem edlen Don Quixotte und wird wie dieser in den Sand gestreift. Der Wind ist es, der die Mühle bewegt; und ehe seine real-

tionäre Quelle, die politische Entrechtung der breiten Volksmassen nicht gereinigt worden, eher kommt ihr schädliches Getriebe nicht zum Stillstand.

Frägt sich nur, ob der Wille zu dieser politischen Reinigung im Bürgertum vorhanden. Einfließen werden sich seine Vertreter nur gegen Symptome, treiben also Spiegelschere. Denn man kann nicht Erscheinungen beseitigen, die auf Grund bestehender Tatsachen stets aufs neue, wenn auch vielleicht in modifizierter Gestalt, wiederkommen müssen. Der Klassenstaat braucht eben Einrichtungen, die seine Klassenenteilung aufrecht erhalten und damit ihn selbst!

In einer nicht unbekanntem Zeitschrift, die den Anspruch erhebt, die publizistische Vorkämpferin einer neuen politischen Richtung zu sein, lesen wir nach einer Charakteristik der Taktik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege — soweit sie sich auf die prinzipielle Ablehnung des Verhandels mit der Regierung bezieht —:

„... Nur durch ihre (der Sozialdemokratie) unerbittliche und die sozialen Gegensätze scharf herausmeißelnde Kritik, die Hand in Hand ging mit ihrer politischen Isolierung, gelang es, die deutsche Arbeiterbewegung zur stärksten und geschlossensten Partei der Welt zu machen. ... Freilich war dieser Honig aus einer Gistblüte geflossen; denn eben diese deutsche Taktik hatte zur Voraussetzung die schier hoffnungslose Verfahrbarkeit der deutschen gesellschaftlichen Verhältnisse, die noch im Juli 1914 die deutschen Arbeiter mit der Zerstückelung ihres Koalitionsrechtes bedrohte. Aus ihr gab es kaum einen anderen Ausweg als den Krieg, es sei denn die Revolution. Die Entwicklung hat uns mit der Weltkatastrophe beides zugleich gebracht. ... Erst jetzt, unter dem furchtbaren Abdruck des Weltkrieges, scheidet der deutsche Volkslörper das Gift aus, das ihm Bismarck eingeimpft hat, erst jetzt haben wir Aussicht, bei allen scharfen politischen Gegensätzen ein innerlich geeintes Volk zu werden, erst jetzt ist die verbrecherische Dummheit des Sozialistengesetzes überwunden.“

Ei, der Tausend! Es geht doch nichts über ein bißchen Dialektik! Wegschwindeln kann man gewisse Tatsachen nicht: also werden die Voraussetzungen verdreht! In unserer Unschuld Malenblüte glauben wir bisher immer, die politische Taktik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege wie die der U. S. P. im Kriege sei ein Produkt grundsätzlicher Ueberlegungen gewesen, basierend auf der Ablehnung des Klassenstaates als Ueberbau des kapitalistischen Systems. Aber nun wird uns endlich einmal gezeigt, daß wir mächtig auf dem Holzwege waren. Nur die deutschen gesellschaftlichen Verhältnisse, die wahrheitlich nirgendwo anders auf der Welt ein Analogon hatten, schufen unsere spezielle deutsche Taktik, von der unser freundlicher Kritiker immerhin in anmutig bilderreicher Sprache als „Honig“, wenn schon aus einer „Gistblüte“ gefaßt, spricht. Nun aber kamen Krieg und — ja da staunste! — Revolution; und siehe, nun muß sich alles, alles wenden!

Diese hervorragend originale Feststellung — zumal die der Revolution in Deutschland — beweist, was wir Zeitgenossen — abgesehen vom genialen Entdecker — doch für Schlafmützen sind. Nur eines läßt uns noch einige Hoffnung über unseren geistigen Zustand: das ist der Zusammenhang, in dem der zitierte Herr redet! Wir meinen die Verknüpfung seiner Ausführungen mit den Präsidentenwahlen im Deutschen Reichstage! Uns fällt nämlich ein Ausdruck des derzeitigen Präsidenten dieses hohen Hauses ein: er sagte ungefähr, es sei für den Reichstag eine Schande, nichts an bestehenden, von ihm kritisierten Verhältnissen — wie Schutzhaft, Zensur und dergleichen Kleinigkeiten — nach seinem Willen ändern zu können. Die „politische Entgiftung“, wie sich unser Entdecker ausdrückt, scheint also nicht ganz so weit zu gehen, als er jubelnd meint. Const! erklärt mir Graf Derindur. . . !

Der Zwiespalt zwischen der Darstellung der Dinge in unserem Blatt und ihrer wirklichen Gestaltung, wie sie der Strohseufzer des Reichstagspräsidenten blühartig beleuchtet, wird uns freilich bald klar, wenn wir unseren Gewährsmann etwas näher beaugenscheinigen. Ist er doch kein geringerer als das ehemals hypertrophische, anjeho aber abhängige R. d. R. Dr. Paul Lensch. Und sein Organ benamset sich „Glocke“, in deren Nr. 11 er wie oben gezeigt geistig onaniert. Seinem krampfhaften Bemühen gegenüber, die Dinge so unzulänglich, daß sie sich seiner veränderten politischen Anschauung und Taktik anpassen — nämlich der demütig wartenden Hoffnung auf alles Glück von oben, womit die Rechtfertigung der modernen bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Einrichtungen untrennbar vereinigt ist — genügt es zuweilen schon, ein ehrliches Wort bürgerlichen Unmutes entgegenzustellen, um seine ganze Hohlheit aufzudecken. Nur zu deutlich zeigte es sich dann, auf welch schwanken Grundlagen die herrliche Politik des 4. August beruht. Der Berg kommt nun einmal nicht zu Mohammed, also geht Mohammed zum Berg! Solcher Propheten, wie des gelehrten Herrn Doktors wünschen wir uns recht viele! Dann kanns uns auf die Dauer nicht fehlen!

### Quittung.

Für Unterstützungszwecke gingen bei mir ein: Von Herrn. Ranke 10 Mk., von Bremer Bürgern durch H. A. 56 Mk., 2. Rate 60,50 Mk.

A. K. A. witter, Bremen, Landwehrstr. 105.  
5 Mk. für den Pressefonds und 5 Mk. für Parteizwecke aus dem Wahlkreis Grünberg-Freyroda. — Friedrichshagen durch Mag. 29,50 Mk. — Pressefonds Weise 10 Mk.

Eingelaut durch Samed 16,90 Mk.  
Verantw. Redakteur: G. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.  
Druck: Maurer & Dinnick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.